H 8040 F
ISSN 1619-1404
27. Jahrgang
Nummer 162
September | Oktober 2016
3,50 Euro

Enver Şimşek,
Abdurrahim Özüdoğru,
Süleyman Taşköprü,
Habil Kılıç,
Mehmet Turgut,
İsmail Yaşar,
Theodoros Boulgarides,
Mehmet Kubaşık
Halit Yozgat
Michèle Kiesewetter
...

im Gedenken an die Opfer des NSU



Besonders bedanken möchten wir uns bei den bundesweit aktiven antirassistischen und antifaschistischen Initiativen, die uns ihr Bildmaterial für diese Ausgabe zur Verfügung gestellt haben.

editorial & inhalt

Liebe Leserinnen und liebe Leser,

Ein Titel ohne Bild scheint angemessen, um der Dimension des NSU-Terrors gerecht zu werden. Es soll herausstellen, um wen es, wenn wir recherchieren, schreiben und analysieren, immer gehen sollte: Die Opfer. Ihre Angehörigen müssen seit über 16 Jahren damit leben, dass ihre Ehemänner, Väter und Söhne – und in einem Fall ihre Tochter – ermordet wurden und dass immer noch nicht alle Hintergründe der Taten geklärt wurden. Durch das Strafverfahren in München und die Medienberichterstattung werden sie immer wieder mit den Geschehnissen konfrontiert.
Dass es jenseits der Ermordeten und ihrer Familien noch weitere Menschen gibt, die Opfer des Neonaziterrors geworden sind, deuten die Auslassungspunkte auf dem Titel an: Eine junge Frau, die bei dem Sprengstoffanschlag in der Kölner Probsteigasse schwer verletzt wurde, zwei Dutzend Opfer des Nagelbombenanschlags auf der Kölner Keupstraße – einige unter ihnen erlitten schwerste Verletzungen – und ein Auszubildender in einer Zwickauer Sparkasse, dem vermutlich Uwe Böhnhardt in den Bauch schoss: Auch sie kämpfen, zum Teil bis heute, mit den physischen und psychischen Folgen der Taten; viele sind traumatisiert. Aus der Perspektive der Betroffenen ist die Geschichte des NSU kein spannender Geheimdienstthriller, kein aufregender Krimi, bei dem das Publikum sich gruseln und gespannt sein darf, welche schaurigen Details noch ans Licht kommen. Für sie bedeutet »NSU« ein Verbrechen, das von Grund auf ihr Leben verändert hat. Es bedeutet, in einem Staat zu leben, der nicht nur damals keinen Schutz geboten, sondern der bis heute die politisch Verantwortlichen nicht zur Rechenschaft gezogen hat. Der nicht nur damals zuließ, dass die Verfassungsschutzbehörden ihre V-Leute im Dunstkreis des NSU aufstellten, sondern der bis heute keinen reinen Tisch im Verfassungsschutz gemacht hat. »Wir tun alles, um die Morde aufzuklären und die Helfershelfer und Hintermänner aufzudecken und alle Täter ihrer gerechten Strafe zuzuführen«, sagte Angela Merkel im Februar 2012. HelfershelferInnen, die frei herumlaufen, Hinterleute, die nichts zu befürchten haben, Akten unter Verschluss, VerfassungsschutzzeugInnen, die nicht aussagen müssen und Quellen, deren Identität bis heute geschützt wird – das beschreibt ganz gut die Realität im Jahr 2016.

Siegeszug dank Wahlkampfhilfe

von Andreas Speit



> *Es gibt in MV Menschen die wissen was das Problem ist – Demonstration gegen Rassismus im Juni 2016 in Rostock*

Sie feiern sich. Am Wahlabend des 4. September war nur eine Partei Wahlsiegerin: Die »Alternative für Deutschland« (AfD). In Mecklenburg-Vorpommern zog die Partei mit ihrem Spitzenkandidaten Leif-Erik Holm erneut in ein Landesparlament. Der ehemalige Radiomoderator erklärte am Abend: »Wir schreiben hier heute in Mecklenburg-Vorpommern Geschichte«. In neun von 16 Landesparlamenten ist die AfD um Frauke Petry und Jörg Meuthen mittlerweile eingezogen. Ein Siegeszug, der kein Ende zu nehmen scheint. In der Bundespolitik und in den Wahlkämpfen diktieren sie längst die Agenda und seit Monaten forciert der bayerische Ministerpräsident Horst Seehofer (CSU) gar ihre Themen.

Im Nordosten nicht ohne Folgen: Am Wahltag entfielen auf die AfD 20,8 Prozent der Stimmen – 18 Mandate im Schweriner Schloss. Erstmals überrundet die vor drei Jahren gegründete Partei die CDU. Auf die Volkspartei entfielen 19 Prozent der Stimmen – 16 Mandate. Bei der Landtagswahl Anfang des Jahres in Sachsen-Anhalt übertraf die AfD bei den Zweitstimmen mit 24,3 Prozent bereits die Volkspartei SPD, die mit 10,6 Prozent knapp im zweistelligen Bereich landete. Ein Wahlergebnis, das noch nicht zu so heftigen Wahlreaktionen führte. Nach dieser Wahl sah sich aber die Union zutiefst getroffen. Die Diktion von Franz Josef Strauß (CSU) »Rechts von der CSU darf es keine demokratisch legitimierte Partei geben« war schon bei den vergangenen Landtagswahlen Makulatur, nun offenbarte sich ein Debakel. Erstmals brach Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) auch die Regel, aus dem Ausland nicht über Innenpolitik zu sprechen. Beim G20-Gipfel in China räumte sie aber eine Mitverantwortung für den Wahlausgang ein, die bundespolitischen Themen – vor allem die Flüchtlingspolitik – hätten die Landtagswahl überlagert. Alle müssten nun nachdenken, wie sie Vertrauen zurückgewinnen könnten – »auch ich« meinte sie.

Die Wahlanalysen bestätigen diese Einschätzung so aber nicht. Laut »Infratest dimap« gaben 53 Prozent der Befragten »soziale Gerechtigkeit« als wahlentscheidendes Thema an; das Thema »Flüchtlinge« hatte bei 20 Prozent der Befragten den Ausschlag gegeben. Was stimmt hier nicht? Realität und Fiktion, darf geantwortet werden. Im Wahlkampf um das Schweriner Schloss liefen aber nicht alleine die CSU, sondern auch SPD und CDU nicht bloß den Themen der AfD hinterher, sie wollten sie auch übertreffen.

Vor der heißen Phase des Wahlkampfes im dünn besiedelten Flächenbundesland mit 1,6 Millionen EinwohnerInnen und einem AusländerInnenanteil von 3,9 Prozent griff Ministerpräsident Erwin Sellering (SPD) Merkel wegen ihrer Flüchtlingspolitik an: »Merkel tut bis heute so, als könnte Deutschland alle Verfolgten aufnehmen. Das entspricht nicht der Realität.« Und er beklagte die von der Europäischen Union beschlossenen Sanktionen gegen Russland: »Der Westen lässt sich auf eine Eskalationsspirale ein.« Innenminister Lorenz Caffier (CDU) verschärfte nicht nur in seiner Abschiebepolitik von Asylsuchenden den Ton, sondern machte sich auch für die Forderung nach einem Burka-Verbot stark.

»Nichts hat den Wahlkampf so beherrscht wie die Angst der Etablierten vor der rechten ‹Alternative›«, schrieb Albrecht von Lucke vor den Wahlen in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt in den »Blättern für deutsche und internationale Politik« (3/2016). In Mecklenburg-Vorpommern verhielt es sich kaum anders. Das »Dauerfeuer« der Kritik von Seehofer und »seiner CSU« an der Flüchtlingspolitik der Regierung »mit einer dezidiert rechts-autoritären Ansprache« sei die beste »Wahlhilfe für die AfD«, führte Lucke weiter aus, denn wen wähle man dann? »Natürlich das radikale Original, sprich die AfD.« Einen solchen Effekt konnte die NPD nie auslösen. Ihre Mitglieder sowie ihre Themen und Forderungen wurden auch nicht so verständnisvoll als berechtigt und nachvollziehbar aus der Mitte entspringend aufgegriffen.

Vor Jahren warnte Siegfried Jäger vor einem »Extremismus der Mitte«. Eine bewusste Zuspitzung, um darauf hinzuweisen, dass in Politik, Wissenschaft und Medien eine »politische ‹Mitte›« imaginiert werde, »die gut und schön« sei. Dieses »symbolische Gebilde« signalisiere »zugleich Normalität, so dass alle politischen Handlungen, die aus der ‹Mitte› heraus geschehen, als normal erscheinen«, schrieb Jäger 1998 in »Über das Eindringen von Ideologemen des Völkischen Nationalismus in den öffentlichen Diskurs«. Diese ‹Mitte› immunisiere sich selbst, weil sie die ‹Mitte› sei, so auch gegen Kritik an rechten Ressentiments in ihrer Mitte.

Am Wahltag merkte die NPD erneut, dass sie ihre Alleinstellungsmerkmale verloren haben. Mit 3 Prozent misslang der NPD mit Udo Pastörs als Spitzenkandidat an der Fünf-Prozent-Hürde der dritte Einzug in Folgen in den Landtag. Ein Ergebnis, das nicht darüber hinwegtäuschen sollte, dass im Nordwesten fast 25 Prozent extrem rechts wählten.

Die Ergebnisse der Wahlen in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt hätten eine Warnung sein können, um sich mit einem eigenen Profil gegen die AfD zu positionieren. Das ist nicht passiert. Im Gegenteil, getrieben von den Erfolgen der AfD hat die Regierung unter Merkel längst eine Verschärfung des Asylrechts mit verschiedenen Maßnahmen umgesetzt. An Europas Grenzen sterben die Menschen dank der deutschen Regierungspolitik. Einer AfD, die sich als parlamentarischer Arm einer neuen deutschen außerparlamentarischen Rechten festgesetzt hat, werden so nicht die WählerInnen abgeworben. Sie führt längst einen Kulturkampf für ein »anders Deutschland« – ein nicht »links-rot-grün verseuchtes 68er-Deutschland« (O-Ton Meuthen). Derweil möchte Petry nun den Begriff »völkisch« umdeuten und positiv besetzen.

In Schleswig-Holstein versprach SPD-Landesvorsitzender Ralf Stegner im kommenden Wahlkampf »den Rechtspopulisten« entgegen zu treten, ohne über Burkini-Verbote oder ähnliches zu reden. Hoffentlich nicht bloß ein Wahlversprechen.

Frühling in Weikersheim

Seit bald 40 Jahren agiert das rechte »Studienzentrum Weikersheim« an der Schnittstelle zwischen bürgerlichem Konservatismus und der extremen Rechten. Sein Vizepräsident Karl Albrecht Schachtschneider sorgt als Autor und Redner für eine starke Präsenz des Studienzentrums in der extremen Rechten.

von Timo Büchner

»Wanderungsbewegungen in Europa zwischen Seßhaftigkeit und Migration« – das war das Thema der 39. Jahrestagung des »Studienzentrum Weikersheim«, die vom 9. bis 11. September 2016 stattfand. Auf dem Programm der Veranstaltung im noblen Schloss Weikersheim im baden-württembergischen Main-Tauber-Kreis stand neben Beiträgen des Präsidiums auch ein Vortrag des slowakischen Europaabgeordneten Richard Sulík (»Sloboda a Solidarita«/»Freiheit und Solidarität«). In Anlehnung an seinen Gastkommentar in der neu-rechten Wochenzeitung »Junge Freiheit« (16. September 2015) sprach er über »das Chaos, das aus Deutschland kam« – und meinte damit die »Willkommenskultur« gegenüber Geflüchteten.

Rechter Think-Tank

Das »Studienzentrum Weikersheim« (SZW) wurde 1979 gegründet. Ziel war es, die Nationalkonservativen in der CDU zu stärken und den Ende der 1970er Jahre als vermeintlich links ausgemachten Mainstream in der Gesellschaft zurückzudrängen. Der ehemalige NS-Marinerichter und CDU-Politiker Hans Filbinger (†2007) initiierte die Gründung ein Jahr nach seinem Rücktritt als baden-württembergischer Ministerpräsident. Er war zurückgetreten, nachdem bekannt geworden war, dass er als Richter an Todesurteilen mitgewirkt hatte – was er bestritt. Die »Filbinger-Affäre« sorgte in Folge immer wieder für kontroverse Diskussionen – zuletzt bei der Trauerfeier für den verstorbenen ehemaligen NS-Marinerichter. Die Äußerung des damaligen Ministerpräsidenten von Baden-Württemberg, Günther Oettinger (CDU), sein Vorgänger Filbinger sei »kein Nationalsozialist«, sondern »ein Gegner des NS-Regimes« gewesen, sorgte für einen Eklat. Die Affäre dürfte dazu beigetragen haben, dass das SZW heute nur noch etwa 130 Mitglieder hat – ein Viertel der Anzahl Anfang der 1990er Jahre. Nicht ausgetreten war dagegen Baden-Württembergs ehemaliger Ministerpräsident Lothar Späth (CDU), der nach Angaben des SZW bis zu seinem Tod im März 2016 Mitglied gewesen war.

»Weikersheimer Thesen«

In den vergangenen 40 Jahren referierten zahlreiche PolitikerInnen – vornehmlich aus der CDU und CSU sowie AkademikerInnen auf zahllosen Kongressen oder Tagungen. Die häufig als Scharnier beschriebene Funktion zwischen rechts und extrem rechts erfüllt das SZW, indem es Publizisten der extremen Rechten einen Auftritt vor ausgesuchtem Publikum und so auch Vernetzung und Austausch zwischen rechtskonservativen und extrem rechten Inhalten und Strukturen ermöglichte.
Die aktuell auf der Homepage des SZW veröffentlichten »Weikersheimer Thesen«, eine Art Grundsatzprogramm des Studienzentrums, charakterisieren die »Grundwerte und Grundlagen« des SZW. Es versteht sich als »Diskussionsforum für die zeitgemäße Formulierung eines freiheitlichen Konservatismus«, um sich »auf christlichem Fundament« mit den »Problemen der Gegenwart des 21. Jahrhunderts« zu beschäftigen. Die ‹deutsche› Bevölkerung sei »in ihrem Bestand gefährdet«, denn sie werde durch eine »weithin ungesteuerte« Einwanderung bedroht. Sie befinde sich »auf dem Weg zu einer Multiminoritätenstruktur, in der das zum Überleben notwendige kulturelle Zentrum zu verschwinden droht«. Eine große Rolle spielen die »christlichen« Werte. Deren Bedeutung wurde deutlich, als 2006 Karlheinz Weißmann – damals noch für das »Institut für Staatspolitik« (IfS) aktiv – von einer Tagung der »Jung-Weikersheimer« ausgeladen wurde. Im Gespräch mit der JF wurden damals »neuheidnische Strömungen« im Umfeld des IfS als Begründung für die Ausladung aufgeführt. Damals trennten sich die Wege der beiden rechten Think Tanks IfS und SZW.
Im Juli 2016 trat der bisherige SZW-Präsident und Hochschullehrer Harald Seubert »auf eigenen Wunsch hin mit sofortiger Wirkung« von seinem Amt zurück, das er seit 2011 innehatte. Die beiden Vizepräsidenten des SZW, Karl Albrecht Schachtschneider und Jost Bauch, übernehmen vorläufig die »Amtsgeschäfte«. Beisitzer sind der Brigade-General a. D. Dieter Farwick, Klaus Hornung, Daniel Krieger und Herwig Praxl. Die Geschäftsstelle hat ihren Sitz in Wien nahe des Westbahnhofs.

Wiederannäherung an das IfS

Nach einer längeren Zeit der Stagnation zeigten sich in den vergangenen Monaten Anzeichen einer Wiederbelebung des SZW. So zog ein Symposium des SZW im Januar 2016 in Wien, das mit Unterstützung der FPÖ-Fraktion veranstaltet wurde, über 100 Gäste an. Und es kam – vor allem in der Person des Vizepräsidenten Karl Albrecht Schachtschneider – zu einer Wiederannäherung an das Spektrum des IfS. Sowohl der kürzlich zurückgetretene SZW-Präsident Seubert als auch Vizepräsident Schachtschneider traten mehrfach als Gastredner der jährlichen Akademien im IfS auf. Und das Blättchen des Instituts, »Sezession«, veröffentlichte Beiträge der beiden SZW-Aktiven. Während Seubert zuletzt bei der 13. »Winterakademie« (2013) referierte, sprach Schachtschneider zum Thema »Der gesellschaftliche Umbau Deutschlands und das Grundgesetz« im Rahmen der 16. »Sommerakademie« (2015).
Auf dem IfS-Herbstkongress im November 2015 wurde die Kampagne »Ein Prozent für unser Land« gegen den vermeintlichen »Ansturm auf Europa« vorgestellt, die Ungarns Grenzpolitik gegenüber Flüchtlingen unterstützt und verschiedene rechte Akteure eint, neben dem SZW-Vizepräsidenten Schachtschneider auch Götz Kubitschek (IfS und »Sezession«), Jürgen Elsässer (»Compact«) und Hans-Thomas Tillschneider (Abgeordneter der »Alternative für Deutschland«). Ende Januar 2016 gab Schachtschneider bekannt, er wolle die Bundesregierung mit einer Verfassungsbeschwerde dazu zwingen, die deutschen Grenzen »gegen die illegale Einreise von Ausländern zu sichern«. Im März wies das Bundesverfassungsgericht die Beschwerde zurück.

Nähe zum »Compact«-Magazin

Lob gibt es für Schachtschneider von »Compact«-Chef Jürgen Elsässer. Der SZW-Vizepräsident sei »einer der wichtigsten Staatsrechtler Deutschlands«, weshalb er ihn immer wieder als Gastredner einlade – zum Beispiel am 22. November 2014 im Rahmen der 3. »Souveränitätskonfe-



renz« in Berlin zum Thema »Ukraine, Krim und Völkerrecht« und für die kommende 5. »Souveränitätskonferenz« am 29. Oktober 2016 in Köln. In der aktuellen Spezial-Ausgabe der »Compact« zum Thema »Islam – Gefahr für Europa« behauptet Schachtschneider, das Bundesverfassungsgericht verteidige eine Religionsfreiheit, »mittels derer der Islamisierung Deutschlands die Tore weit geöffnet werden«. Er fordert deshalb: »Keine Freiheit für die Feinde der Freiheit!« In dem gemeinsamen Buch »Einwanderung oder Souveränität: Deutschland am Scheideweg. Die Illegalität der Zuwanderung und der Verfall des Staates« der beiden SZW-Vizes Schachtschneider und Bauch behaupten sie, die Bundesregierung würde »Fremde in großer Zahl zur Einwanderung einladen« und »auf lange Sicht den Souverän, das Volk, austauschen«. Bauch nennt dies den »gezielten Ethnosuizid der Deutschen«. Die angebliche »Landnahme der Fremden« führe in eine »multikulturelle Zufallsbevölkerung« und ende in »bürgerkriegsähnlichen Entwicklungen«.

Autor im »Kopp«-Verlag

Schachtschneider publizierte mehrere Bücher im rechten und verschwörungstheoretischen »Kopp-Verlag« aus Rottweil am Neckar, darunter die Titel »Die Souveränität Deutschlands. Souverän ist, wer frei ist« (2012) und »Erinnerung ans Recht. Essays zur Politik unserer Tage« (2015). Der wohl bekannteste Autor des Verlags ist der ehemalige FAZ-Journalist und rechte Autor Udo Ulfkotte. Gemeinsam mit ihm schrieb Schachtschneider das Buch »Gebt uns unsere D-Mark zurück. Fünf Experten beantworten die wichtigsten Fragen zum kommenden Staatsbankrott« (2012). Auch zum »Frühjahrskongress« des SZW am 14. März 2015 in Stuttgart-Karlshöhe war der »zeitgeistkritische« Autor Ulfkotte als Redner zum Thema »Pegida und die veröffentlichte Meinung« eingeladen.

»Verein Gedächtnisstätte«

Auch zum geschichtsrevisionistischen »Verein Gedächtnisstätte«, der in Guthmanshausen nahe Sömmerda (Thüringen) in einer alten Landwirtschaftsschule ein Tagungshaus und eine »Gedächtnisstätte für die deutschen zivilen Opfer des Zweiten Weltkrieges durch Bomben, Verschleppung, Vertreibung und in Gefangenenlagern« unterhält und aus dem Spektrum deutscher Holocaust-LeugnerInnen gegründet wurde, gibt es Kontakte des SZW. So ist der ehemalige SZW-Geschäftsführer (1982 - 1997) und frühere persönliche Referent von Hans Filbinger, Albrecht Jebens, heute der zweite Vorsitzende des »Vereins Gedächtnisstätte«. Im Rahmen eines »Vortragswochenendes« am 20./ 21. Oktober 2012 im »Rittergut Guthmannshausen« referierte neben Jebens (»50 Thesen zur Vertreibung«) auch SZW-Präsident Seubert als Gastredner in der »Gedächtnisstätte« zum Thema »Dekadenz und Orientierungslosigkeit – Zur geistigen Situation in Deutschland«. Berührungsängste mit dem Milieu aus GeschichtsrevisionistInnen, Holocaust-LeugnerInnen und der extremen Rechten hatte Seubert offenbar nicht. Im Juni 2013 war er erneut für einen Vortrag in Guthmannshausen angekündigt – der Auftritt fiel aber aus unbekannten Gründen aus.

AfD und FPÖ

Auch mit der »Alternative für Deutschland« (AfD) pflegt das SZW Kontakte und Austausch. Nachdem VertreterInnen der baden-württembergischen AfD-Jugendorganisation »Junge Alternative für Deutschland« (JA) um den Bundesvorsitzenden Markus Frohnmaier die 36. SZW-Jahrestagung am 13. September 2013 besuchten und Frohnmaier laut einem Bericht der JF deutlich machte, dass es Gemeinsamkeiten zwischen der JA und dem Studienzentrum gebe, nahmen mehrere AfDler, zum Beispiel Dubravko Mandic und Markus Frohnmaier, auch an einem »Sicherheitspolitischen Seminar« des SZW am 9. November 2013 in Tübingen teil.

Die Nähe zwischen SZW und AfD ist naheliegend: Schachtschneider war einer der 68 Hauptzeichner der eurokritischen »Wahlalternative 2013«. Seitdem unterstützt er die daraus später entstandene AfD mit Vorträgen. Für den 16. April 2016 beispielsweise, luden ihn die beiden AfD-Bezirksverbände Niederbayern und Oberbayern zu einer Veranstaltung zum Thema »Grenzen der Religionsfreiheit am Beispiel des Islam« in Ingolstadt ein.

Das Verhältnis des SZW zur »Freiheitlichen Partei Österreichs« (FPÖ) ist eng: Daniel Tapp, Assistent der FPÖ-Politikerin Barbara Rosenkranz, ist seit September 2014 Geschäftsführer des »Studienzentrum Weikersheim«. Das SZW veranstaltete am 11. Januar 2016 gemeinsam mit der FPÖ ein Symposium zum Thema »Ungarns Rolle in Europa« im Wiener »Palais Epstein«. Auf dem Podium saß neben Rosenkranz und Bauch auch Schachtschneider, der über das Thema »Orbán vs. Merkel – Masseneinwanderung aus verfassungsrechtlicher Sicht« sprach. Schachtschneider lobte dort »das umsichtige Vorgehen Orbáns«. Er stellte fest: »Die Souveränität des Volkes verbietet es, die Verantwortung für die Sicherheit und Ordnung aus der Hand zu geben. (...) Illegaler Aufenthalt von Fremden kann unter keinen Umständen geduldet werden.« Unter den gut 100 Gästen war auch Ungarns Botschafter in Österreich, János Perény.

Von einer Renaissance des SZW zu sprechen, dürfte verfrüht sein. Aber die Ausflüge des Studienzentrums in die Welt der politischen Rechtsparteien angesichts deren aktueller Wahlerfolge, die weiterhin bestehende Nähe zu einem spezifischen Teil der CDU, die gut, zum Teil mit politischer Prominenz, besuchten Veranstaltungen und die vierzigjährige Kontinuität politischer Debatten und Netzwerkens am rechten Rand zeigen, dass das Studienzentrum weder eine Eintagsfliege noch eine unbedeutende Sekte ist. Auch mit nur noch 130 Mitgliedern ist das SZW offenbar attraktiv für all jene, denen die CDU allein zu liberal, die AfD oder NPD zu prononciert rechts und die »Neue Rechte« zu völkisch oder abgehoben ist.

Rechter Tumult in der Debatte

In Dresden erscheint mit »Tumult – Vierteljahresschrift für Konsensstörung« ein Debattenmagazin, das inzwischen der Sphäre der »Neuen Rechten« zugeordnet werden kann.

von Lucius Teidelbaum



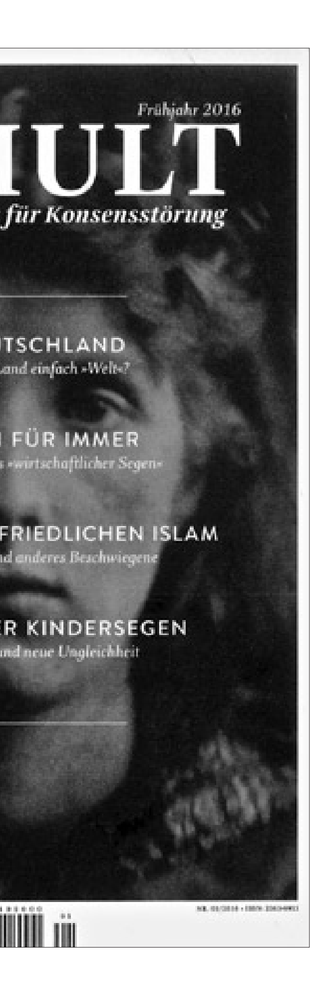
Das seit 1979 existierende Magazin »Tumult« ist ein vierteljährlich erscheinendes Debattenmagazin mit Aufsätzen, Essays, Gedichten und Erlebnisberichten, das sich an eine akademische LeserInnenschaft wendet. Laut Selbstdarstellung versteht man sich als »unabhängiges Organ der Gegenwartserkundung fernab akademischer und volkspädagogischer Sprachregelungen« und richtet sich gegen einen angeblich wachsenden »Konsensdruck in der öffentlichen Meinung«.
Herausgegeben wird das Magazin von Dr. Frank Böckelmann (Jahrgang 1941), einem ehemaligen Aktiven der außerparlamentarischen Linken aus Dresden. Böckelmann war Anfang der 1960er Jahre Mitbegründer der »Subversiven Aktion«, Wortführer der »antiautoritären Fraktion« im »Sozialistischen Deutschen Studentenbund« (SDS) München und initiierte eine »Studiengruppe für Sozialtheorie«. Spätestens ab 1998 setzte bei ihm eine Wende zur politischen Rechten ein. 2002 unterzeichnete er einen Appell der »Jungen Freiheit« (JF) und trat 2014 als Referent für die JF-nahe »Bibliothek des Konservatismus« in Berlin auf.

Die »Tumult«-AutorInnen
Laut Angabe des Magazins haben 96 AutorInnen in den meist etwa 100 Seiten starken Ausgaben publiziert. Bei weitem nicht alle AutorInnen können der »Neuen Rechten« oder ihrem Umfeld zugerechnet werden. Einige Beiträge, etwa von Carl Schmitt, Peter Furth oder Hans Magnus Enzensberger, sind Neuauflagen älteren Datums. Mit Benjamin Jahn Zschocke (»Blaue Narzisse«), Thor Kunkel (»eigentümlich frei«), Siegfried Gerlich (Autor und Herausgeber im »Sezession«-Verlag »Antaios«), Sebastian Hennig (JF, »Sezession« und »Compact«-Magazin) tauchen auch einige bekannte Publizisten der »Neuen Rechten« auf. Auch die ehemaligen Geschichtsprofessoren Ernst Nolte und Egon Flaig sowie der Extremismustheorie-Vorkämpfer Lothar Fritze, der dem Hitlerattentäter Georg Elser das moralische Recht für den Anschlag absprach, greifen für »Tumult« zur Feder. Mit Andreas Lombard (ehemals Andreas Krause) findet sich ein ehemaliger Mitarbeiter der Berliner Zeitung und Träger des jährlich von der JF verliehenen Gerhard-Löwenthal-Preises unter den AutorInnen. Hinzu kommen rechte Konservative wie Lorenz Jäger, einst von Habermas als »Rechts-Außen der deutschen Feuilletons« bezeichnet, oder die CDU-Rechtsaußen Vera Lengsfeld.

Gegen Flüchtlinge und »Schuldkult«
Auch von den bisher politisch unauffälligen »Tumult«-AutorInnen stammen Texte mit deutlich rechter Stoßrichtung, wie die Herbstausgabe 2015 und die Frühjahrsausgabe 2016 verdeutlichen. So führt der Schriftsteller und Büchner-Preisträger Reinhard Jirgl die Willkommenskultur gegenüber Flüchtlingen auf einen angeblich in Deutschland vorherrschenden »Schuldkult« und die »Kollektivschuld-These« zurück. Der Jurist Wolfgang Hetzer springt Jirgl bei und beklagt: »Beim Quietschen der sich rhetorisch öffnenden Tore von Auschwitz kann man dann oft kaum sein eigenes Wort hören.« Bereits im Vorwort der Ausgabe Winter 2015/16 legte Böckelmann diese Linie fest: »Die Immigranten wenden die Hypermoral, zu der sich viele Deutsche in eitler Selbstlosigkeit aufschwingen, gegen die deutschen Institutionen. Viele Deutsche hat die fortgesetzte Mahnung an jene einen zwölf Jahre in ihrer Vorgeschichte geschichtslos gemacht.«

Der ehemalige »Die Welt-»Kolumnist Matthias Matussek schreibt im Frühjahr 2016: »Die Flüchtlingsbombe detonierte im September 2015, als die Trecks der Elenden vor der Grenze Ungarns gestrandet waren und erst mit dem Versprechen der Bundeskanzlerin auf Asyl weiterrücken konnten.« Der Dozent Albrecht Goeschel vermutet eine Verschwörung und orakelt: »In Zeiten ‹verdeckter Aktionen› von Geheimdiensten, Söldnerfirmen und Nichtregierungsorganisationen auch in Europa ist es durchaus vorstellbar, dass die ‹Sex-Mob›-Attacke an Silvester und mehreren Großstädten, bei der so ganz und gar keine oder jedenfalls nicht genug Polizei zur Verfügung stand, nicht wie eine Naturkatastrophe über uns hereinbrach.«
Der Soziologe Alexander Schuller führt die Aufnahme von Flüchtlingen auf die Kriegsniederlage 1945 zurück und beklagt neben dem vermeintlichen »Auschwitz-Wahn der Deutschen«: »Der 8. Mai war in diesem Sinne der totale Identitätsverlust. (…) Seither ist Auschwitz das einzige Identitätsmerkmal, das den Deutschen geblieben ist.«
Die in der Herbstausgabe 2015 zu verzeichnende Verschärfung der Tonlage des Magazins hatte zur Folge, wie Böckelmann im Frühjahr 2016 beklagte, dass 30 bis 40 Prozent der AutorInnen absprangen. Zudem zog sich Horst Ebner, Mitherausgeber und Redaktionsmitglied seit 2009, zurück. Seit der Frühjahrsausgabe 2016 kooperiert das Magazin mit dem Berliner »Wolff Verlag«, der 2008 von dem Verleger Robert Eberhardt gegründet worden war. Im regelmäßig vom »Wolff Verlag« veranstalteten »Jungen Salon« konnte 2015 Götz Kubitschek zum Thema »Warum rechts sein?« vortragen.

Fazit: MUT 2.0
Hans Hütt bezeichnete in »Die Zeit« das Magazin als »intellektuelles Freikorps«. Böckelmanns Aussage, dass man sich in einem »geistigen Bürgerkrieg« befinde, kann sinnbildlich als Bestätigung dieser Einschätzung und zugleich als Ausdruck der sich nach rechts radikalisierenden, antipluralen Intellektuellen verstanden werden. Der zu beobachtende Diskurs in den genannten Ausgaben weist deutliche Parallelen zu den Debatten der »Neuen Rechten« um eine ‹selbstbewusste Nation› Deutschland auf. Als rechtes Magazin mit elitärem Anspruch ist »Tumult« so etwas wie der Nachfolger des in die Mitte gerückten Magazins »MUT«.



»Das Schillern der Revolte« im »Tumult«

von Volkmar Wölk

Als »konservativ-anarchisch« charakterisiert das Blog von »eigentümlich frei« die Zeitschrift »Tumult«. Anarchisch, nicht anarchistisch. Der Anarch, das ist im rechten Weltbild der Idealtypus des souveränen Menschen, das ist Ernst Jüngers »Waldgänger«, das ist ein aristokratischer Individualist, der durch seine Entschlossenheit zum Widerstand besticht. Hätte man Frank Böckelmann, einst wie heute Kopf hinter der Zeitschrift »Tumult«, der »Vierteljahresschrift für Konsensstörung«, in der Gründungsphase des Blattes – damals noch mit dem Untertitel »Schriften zur Verkehrswissenschaft« – mit dieser Charakterisierung konfrontiert, hätte er sich vermutlich einen besonders gelungenen Akt der Subversion zugeschrieben. Wie kann ausgerechnet ein Wort wie »Tumult« im Kontext einer Begrifflichkeit verortet werden, die auf den Diskurs der »Konservativen Revolution« verweist? »Tumult« steht für ungerichtete, ziellose Unordnung, letztlich für die Vorstufe des Chaos. Und ist nicht die Chaosfurcht die ideologische Mutter jeglichen rechten Denkens, das Streben nach Ordnung ihr zugehörig? Ja, weiß denn der Autor des Begriffs »konservativ-anarchisch« nicht, dass der in Dresden geborene und dorthin zurückgekehrte Frank Böckelmann in seiner Jugendzeit ein Aktivist der »Subversiven Aktion« war, einer Nachfolgestruktur der linksradikalen »Situationistischen Internationale«? Um »Konsensstörung« ging es Böckelmann und seinen MitstreiterInnen schon damals, auch wenn an den »Tumult« noch nicht einmal gedacht wurde. Stattdessen waren sie Teil der Revolte, jener der Jahre 1967/68, lieferten wichtige Impulse für die Herausbildung und Ideologie der sogenannten antiautoritären Linken. Zwar kam die »Subversive Aktion« nie über ein Zirkeldasein hinaus, doch war der Einfluss beträchtlich. Noch heute bekannte Namen wie Rudi Dutschke, Dieter Kunzelmann, Herbert Nagel und Bernd Rabehl unter den Protagonisten sprechen dafür. Der Berliner Professor Bernd Rabehl allerdings landete im Lager der extremen Rechten, zuletzt sogar als Gutachter aktiv für die NPD, Herbert Nagel wiederum hatte seine Anfänge in der revanchistischen »Deutschen Jugend des Ostens« und als Mitglied der faschistischen französischen Gruppe »Jeune Nation«. Als konservativ hätte sich wohl niemand von ihnen bezeichnet, den Anarchen dagegen hätten einige als nicht ganz unberechtigt akzeptiert. Doch am Ende des »roten Jahrzehnts«, der Jahre bis 1977/78, stand das Scheitern. Das Scheitern der »Subversiven Aktion« wie der Subversion insgesamt, das des »Sozialistischen Deutschen Studentenbundes« (SDS) wie der antiautoritären Bewegung. Die Alternative zum Staatssozialismus hatte sich nicht als tragfähig erwiesen. Immerhin: Vom orthodoxen Marxismus hatte man zumindest Lenins Diktum, das jegliche revolutionäre Bewegung einer revolutionären Theorie bedürfe, nicht verworfen. Also wurde Theorie rezipiert – Theorie, die die Grenzen bisheriger Ansätze sprengte, jene der linken DissidentInnen. Theorien, die nicht länger in einer Klasse das revolutionäre Subjekt sahen, sondern vielmehr »nicht vollständig unterworfene Widerstandssubstrate«, jene »renitenten Restbestände«, die sich »der Totalität der Kapitalverwertung entziehen«, so Frank Böckelmann 1978 in einem Sammelband, der im wichtigen undogmatisch linken Merve-Verlag erschien. Bei den damaligen AutorInnen spielte der inhaltlich uneindeutige Tumult keine Rolle, als Titel hatte man gewählt: »Das Schillern der Revolte«. Und im Titelaufsatz wurde deutlich das Ziel benannt: »Für eine entgrenzte Theorie der Subversion«. AutorInnen in dem Bändchen waren auch Dietmar Kamper, Professor für Erziehungswissenschaft, der Politologe Walter Seitter und der Übersetzer Ulrich Raulf. Sie alle sollten zu wichtigen Autoren der ein Jahr später erstmals erscheinenden Zeitschrift »Tumult« werden. Und auch Herbert Nagel von der »Subversiven Aktion« gehörte zu diesem Kreis. Entgrenzen meint mehr, als die Grenzen der Orthodoxie und des Dogmatismus zu überschreiten. Wer Grenzen nur überschreitet, erkennt sie trotzdem an. Wer entgrenzt, bestreitet ihre Gültigkeit, letztlich auch die von Grenzen insgesamt. Auch die zwischen links und rechts. Und so kam Karin Priester bereits 1995 zu dem Schluss, es handle sich bei Autoren wie Kamper und Seitter um »Geistige Pfadfinder der Neuen Rechten«, die – nach ihrer Aneignung Martin Heideggers – »apokalyptisches Denken, meist in Verbindung mit der Gnosis« pflegten. Dabei gehe es um mehr als Esoterik, nämlich »um die Kritik des Bestehenden, die radikal vor jeder konkret-historischen Gesellschaftskritik ansetzt und weit über sie hinauszugehen beansprucht«. Es handle sich um einen »Radikalismus des non plus ultra mit jenem elitären Hauch von ‹radical chic›, der jede konkret-historische Gesellschaftskritik als spießigen Reformismus erscheinen lässt«. Und so entstanden Themenhefte wie die über den Prähistoriker Georges Dumézil, einen Referenzautoren der »Nouvelle Droite«, in dem neben Michel Foucault und dem Situationisten Asger Jorn der neu-rechte François-Xavier Dillmann zu Wort kam. Im Band über den Sonnenkult folgten Texte von Franz Altheim und Otto Rahn, in dem über Katechonten solche der »Konservativen Revolutionäre« Carl Schmitt und Hans Freyer. Grenzenlose Entgrenzung also. Bis zum heutigen Tage, wo der einst zum AutorInnenstamm der neurechten »Etappe« zählende Andreas Raithel als »Berater« im Impressum geführt wird, wo der Dresdener Literaturwissenschaftler Ulrich Fröschle, einst für die gleiche neu-rechte »Etappe« aktiv, heute als Lektor wirkt. Die »Entgrenzung« hat dazu geführt, dass tatsächlich zusammenwuchs, was schon lange zusammengehörte. Gemerkt hatten es auf der Linken nur wenige wie Karin Priester.

»Alternative« mit Schmiss

Burschenschafter in der AfD

von Jörg Kronauer



^ *mit Fackeln für Deutschland – DB in Eisenach 2012*

Für Sascha Jung hat es nicht gereicht. Den 43-Jährigen, der während seiner Studienzeit in München der »Danubia« beigetreten war – einer der am weitesten rechts stehenden deutschen Burschenschaften – hatte die »Alternative für Deutschland« (AfD) lediglich auf Platz 23 ihrer KandidatInnenliste für die Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern am 4. September gesetzt. Das genügte nicht für den Einzug ins Parlament. Aber Jung kann sich trösten: Mindestens zwei seiner Verbandsbrüder haben den Sprung in den Landtag geschafft. Enrico Komning, Inhaber einer Rechtsanwaltskanzlei und laut eigener Angabe Mitglied der »Greifswalder Burschenschaft Rugia«, hat auf dem sicheren Listenplatz 4 nicht zittern müssen; auch Sandro Hersel konnte sich mit Listenplatz 12 einen ruhigen Wahlabend machen. Zählt man den Polizeioberkommissar Nikolaus Kramer hinzu, dessen Einzug in den Landtag ebenfalls nicht in Frage stand – er hatte Listenplatz 8 erhalten –, dann sind Burschenschafter in Mecklenburg-Vorpommern erstaunlich erfolgreich gewesen. Kramer war zwar nur in der »Pennalen Burschenschaft Ernst Moritz Arndt zu Greifswald« aktiv, einer Schülerverbindung, doch diese ist unmittelbar an die »Burschenschaft Markomannia Aachen zu Greifswald« angebunden.

Neue alte Anschlussversuche

Dass sich Burschenschafter bei der AfD betätigen würden, ist von Anfang an zu erwarten gewesen. Aktivisten aus dem ultrarechten Dachverband »Deutsche Burschenschaft« (DB) haben eigentlich bei jeder halbwegs relevanten Partei rechts von CDU/CSU und FDP zumindest zeitweise mitgemischt. Das konnte man bereits bei der jungen NPD beobachten. Der »Nationaldemokratische Hochschulbund« (NHB) etwa lebte Ende der 1960er, Anfang der 1970er Jahre nicht zuletzt von burschenschaftlicher Beteiligung. Als in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre »Die Republikaner« (REP) zur Modepartei der extremen Rechten in der Bundesrepublik wurden, mischten sich Burschenschafter ein, gründeten 1989 den »Republikanischen Hochschulverband« (RHV) und wurden auch in der Mutterpartei aktiv; 1994 wurde mit Rolf Schlierer ein Alter Herr der »Gießener Burschenschaft Germania« sogar Parteivorsitzender. Mitte der 1990er Jahre interessierten sich Burschenschafter eine Zeitlang für den 1994 gegründeten, allerdings schon bald in der Bedeutungslosigkeit versinkenden »Bund freier Bürger«, nahmen in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre nochmals kurzen Kurs auf den 1997 neubelebten RHV, um sich um die Jahrtausendwende tendenziell der NPD zuzuwenden – obwohl NPD-Aktivitäten wie die von Jürgen Gansel, Arne Schimmer (beide »Burschenschaft Dresdensia-Rugia Gießen«) und anderen in der DB nie unumstritten waren

Auch im Fall der AfD hat es nicht lange gedauert, bis man Burschenschafter in deren Reihen fand. Einer der ersten war Ulrich Wlecke. Seine politische Biographie ist durchaus typisch für dieses Milieu. Wlecke hatte Ende der 1970er Jahre in Münster ein Studium aufgenommen und war dort 1978 bei der »Burschenschaft Franconia« aktiv geworden. Bald darauf betätigte er sich gemeinsam mit weiteren »Franconen« in einem damaligen Modeclub politisierender ultrarechter Jungakademiker, dem deutschen »Ring Freiheitlicher Studenten« (RFS), der nach dem Vorbild der gleichnamigen FPÖ-Studierendenorganisation gebildet worden war. Von 1989 bis 1992 war Wlecke Mitglied der REPs, bei denen er laut Berichten in Bemühungen um den Aufbau einer Parteistiftung eingebunden war. Anschließend machte er bei der »WestLB« und der Unternehmensberatung von Roland Berger Karriere. Dies verlangte unvermeidlich eine gewisse politische Zurückhaltung. Erst 2009 und 2010 wagte sich Wlecke wieder in die politische Öffentlichkeit – als »Budget-Experte« bei Parlamentsanhörungen der FPÖ in Wien. Von der AfD war er sofort angetan, und entsprechend ließ er sich auf dem zweiten Landesparteitag der NRW-»Alternative« am 4./5. Mai 2013 in Schmallenberg auf Platz 4 der Bundestagskandidatenliste wählen. Weil aus dem Bundestagsmandat nichts wurde, ging Wlecke schließlich für die AfD in den Düsseldorfer Stadtrat. Inzwischen hat er sich mit der Partei zerstritten und gehört der gemeinsamen Stadtratsfraktion von »Tierschutzpartei« und »Freie Wähler« an.

Radikalisierungsbemühungen

Man kann nicht sagen, dass die AfD die burschenschaftliche Wunschpartei à la FPÖ geworden sei; schon gar nicht in ihrer ersten Phase, als Bernd Lucke an ihrer Spitze stand. Noch Ende 2014 rechnete Johann Hagus (»Alte Breslauer Burschenschaft der Raczeks zu Bonn«) im DB-Verbandsblatt »Burschenschaftliche Blätter« mit Dieter Stein ab, seinerseits Gründer und Chefredakteur der »Jungen Freiheit« (JF). Dieser sei ein »Studienabbrecher«, »prinzipienlos« und »nicht in der Lage, ein kohärentes Gedankengebäude zu errichten«. Zudem habe er die Wochenzeitung aus ihren ursprünglich konservativ-revolutionären in öde spießige Gewässer geführt. Sie unterstütze die AfD dermaßen, »daß politische Beobachter unken, die JF sei das inoffizielle Lucke- und Henkel-Sprachrohr«, ätzte Hagus.

Noch heute ist so manchem Burschenschafter vom rechtesten Verbandsflügel, der nach wie vor Sympathien für die NPD hegt, die AfD zu kleinkariert, zu weichgespült, schlicht nicht extrem genug. Das hat jedoch andere Rechtsaußenburschenschafter nicht daran gehindert, die AfD schon recht früh als Chance zu begreifen, in einer noch jungen, formbaren, aber bereits sehr erfolgreichen Partei Pöstchen und Einfluss zu erlangen. Neben der üblichen ‹Gschaftlhuberei› ging es denjenigen unter ihnen,



sehen«, weil es die »Kölner Burschenschaft Alemannia« gewagt hatte, einen ‹Bundesbruder› mit dunkler Haut nach Eisenach mitzubringen. In der allgemeinen Hochstimmung überreichte Nolte, wie mehrere Quellen bestätigten, »den anwesenden Mitgliedern der Alemannia eine Banane«. Wenige Tage nach Veröffentlichung des Berichts war Nolte Ex-Vizechef der JA. Heute gehört er dem AfD-Bezirksvorstand im urigen Oberbayern an, wo Südfrüchte keine ‹allergischen Reaktionen› auslösen.

Burschenschafter tummeln sich heute überall in der AfD, nicht nur in Oberbayern und Mecklenburg-Vorpommern. Ein dritter Münchner »Danube« neben Jung und Nolte, Alexander Wolf, ist für die Partei in die Hamburger Bürgerschaft gewählt worden. Andreas Kalbitz, stellvertretender Fraktionsvorsitzender im brandenburgischen Landtag, gehört der »Pennalen Burschenschaft Saxonia-Czernowitz zu München« an, die ihren Sitz wiederum im Haus der »Danubia« hat. Als die AfD ihren Landesverband im Saarland auflöste, weil dessen Verflechtungen mit der extremen Rechten nicht mehr herunterzuspielen waren, setzte sie Christian Wirth zu einem ihrer drei Vertreter ein, die den Schaden für die AfD begrenzen sollten. Wirth gehört der »Burschenschaft Ghibellinia zu Prag in Saarbrücken« an, die ihrerseits die DB verlassen hat. Zugleich gibt es im Dachverband ein erhebliches Interesse an Verbindungen zur AfD. Das drückt sich beispielsweise darin aus, dass immer wieder Parteifunktionäre zu Vortragsveranstaltungen in Burschenschaftshäuser eingeladen werden. Jüngst etwa Sven Tritschler, einer der JA-Bundesvorsitzenden, den die »Burschenschaft Rheinfranken« am 3. Juni 2016 nach Marburg gebeten hatte. Beim diesjährigen Burschentag kam der Hauptredner des Festkommers ebenfalls von der AfD: Es war der stellvertretende Bundessprecher Alexander Gauland.

die strategisch denken, darum, die AfD samt ihrer AnhängerInnenschaft nach rechts zu trimmen, das heißt sie systematisch zu radikalisieren.

Zwischen »Deutscher Burschenschaft« und AfD

Tatsächlich stellte sich schon Anfang 2014 heraus, dass einige von Hagus‘ Bonner Bundesbrüdern den Weg in die AfD gegangen waren. »Raczek«-Mitglied Joachim Paul hatte es bis zum Landesschriftführer der AfD in Rheinland-Pfalz gebracht, Ralf Spitzl zum Vorstandsmitglied im Kreisverband Rhein-Sieg und Alexander Jungbluth immerhin zum Vizechef der AfD-Jugendorganisation »Junge Alternative« (JA) in NRW. Alle drei sind heute noch in der Partei aktiv; Jungbluth führt den Stadtverband Aachen, Spitzl sitzt im Vorstand des Kreisverbandes Rhein-Sieg, Gymnasiallehrer Paul wiederum wirkt zur Zeit als stellvertretender Vorsitzender der Fraktion im Landtag von Rheinland-Pfalz. Neben mehreren »Raczeks« war vor zwei Jahren auch Gordon Engler (»Aachen-Dresdner Burschenschaft Cheruscia«) bei der AfD tätig; damals hatte er noch den Posten des DB-Sprechers inne, mittlerweile sitzt er für die Partei im Dresdner Stadtrat. Auch Philipp Runge, Ex-Sprecher der »Berliner Burschenschaft Gothia« und Ex-PR-Referent der JF, war zur AfD übergelaufen und in der »Abteilung Strategie und Kampagnen« ihrer Bundesgeschäftsstelle für »Organisation und Planung« zuständig.

Benjamin Nolte von der »Münchner Burschenschaft Danubia« bescherte der AfD im Frühjahr 2014 ihren ersten echten Burschenschafterskandal. »Bananen-Nolte macht Karriere«, titelte die »taz« wenige Wochen nachdem er zum stellvertretenden JA-Bundesvorsitzenden gewählt wurde. Nolte hatte laut der Zeitung im Frühjahr 2009 – damals war er DB-Obmann für Politik und Kultur – während eines Saufgelages am Rande des »Eisenacher Burschentages« einen großen Auftritt gehabt. Es ging damals hoch her, besoffene Burschenschafter grölten: »Wir wollen den Neger

Infiltration von »Junger Alternative« und Hochschulgruppen

Burschenschafter spielen nicht nur in der AfD eine wichtige Rolle, sondern auch in der JA und beim Aufbau der AfD-Hochschulgruppen. »Die JA ist von einschlägigen Burschenschaften und Identitären letztlich übernommen worden«, beklagte im Juli ein ehemaliges JA-Führungsmitglied gegenüber der »Badischen Zeitung«. Die »Freiburger Burschenschaft Saxo-Silesia« habe sich zu einer Art AfD-Zentrum entwickelt. Hier »gehen AfD-Funktionäre ein und aus«, meldete das Politmagazin »Frontal 21« im Juli dieses Jahres. Angefangen hatte alles spätestens Anfang 2014 mit Dubravko Mandic. Der »Saxo-Silese«, der überregional bekannt wurde, weil er US-Präsident Barack Obama auf Facebook einst einen »Quotenneger« nannte, hatte über die AfD geschrieben: »Von der NPD unterscheiden wir uns vornehmlich durch unser bürgerliches Unterstützerumfeld, nicht so sehr durch Inhalte.« Mandic gehört dem Schiedsgericht des AfD-Landesverbandes in Baden-Württemberg an. Zudem sind Mitglieder der Freiburger Burschenschaft auch in der JA aktiv.

Unter den Burschenschaftern, die versuchen AfD-Hochschulgruppen aufzubauen, ist unter anderem Lars Steinke, Mitglied der »Burschenschaft Hannovera Göttingen«, die mittlerweile aus der DB ausgetreten ist. Beim Versuch in Göttingen eine Hochschulgruppe zu etablieren, hat der JA-Aktivist Steinke aber bislang kläglich versagt. 2015 erhielt sie bei den StuPa-Wahlen gerade einmal 87 Stimmen, 2016 sogar nur 64. Die AfD-Hochschulgruppe in Düsseldorf postet auf Facebook ein Foto von einer Zusammenkunft im Haus der »Burschenschaft Rhenania-Salingia«. Auch hier bestehen also durchaus enge Kontakte in die DB. Erstaunen kann das natürlich nicht. Wer an den deutschen Hochschulen rechte Politik machen will, wird zwangsläufig dort nach Kontakten suchen, wo die Rechte bereits fest verankert ist – in Burschenschaftshäusern.

Kein Kampf um den Campus

Die einst als ‹Professoren-Partei› bezeichnete »Alternative für Deutschland« tut sich schwer mit ihrer Ausdehnung auf Universitäten und Hochschulen. Die Versuche eigene Hochschulgruppen zu gründen sind unbeständig und verfangen nur wenig. Resonanz gibt es stattdessen unter Korporierten.

von Lucius Teidelbaum



^ Antifaschistischer Protest in Erfurt 2015 gegen Gauland und die »Campus Alternative«

Für die extreme Rechte sind Universitäten seit 1968 ein schwieriges Terrain. Die Versuche der NPD mit dem »Nationalen Hochschulbund« und der »Republikaner« mit dem »Republikanischen Hochschulverband« blieben marginal und scheiterten nach einiger Zeit. Auch unabhängige rechte Hochschulgruppen wie der »Ring freiheitlicher Studenten« oder der »Gesamtdeutsche Studentenverband« gehören schon länger der Vergangenheit an.
Seit der Gründung der »Alternative für Deutschland« (AfD) versuchen nun auch deren Parteimitglieder universitäre Ableger zu gründen. Von 2013 bis Mitte 2016 gab es AfD-Hochschulgruppen in Baden-Württemberg (Tübingen, Mannheim, Freiburg), Bremen, Nordrhein-Westfalen (Düsseldorf, Münster), Niedersachsen (Göttingen), Hessen (Kassel, Darmstadt, Frankfurt am Main, Marburg), Bayern (Augsburg, München, Würzburg, Bayreuth), Thüringen (Erfurt), Sachsen (Mittweida) und Sachsen-Anhalt (Magdeburg).

Schnelle Auflösungserscheinungen

Doch kamen sie in Marburg und Bremen offenbar nicht einmal über die Gründungsankündigung hinaus. Andere traten nur als Facebook-Gruppen in Erscheinung (Augsburg, Bremen, Darmstadt, Tübingen) oder haben ihre Aktivitäten wieder eingestellt, wie in Mannheim, Mittweida und Göttingen. In Frankfurt am Main löste sich die Hochschulgruppe wohl wegen des innerparteilichen Konflikts auf; ebenso die Freiburger Gruppe, die geschlossen zur AfD-Abspaltung »Allianz für Fortschritt und Aufbruch« (ALFA) überlief und seitdem unter dem Namen »Campus Reformer Freiburg« firmiert. Offensichtlich sind hier neo- und ordoliberale Volkswirtschafts-Studierende dem geschassten Parteivorsitzenden Bernd Lucke gefolgt.

Wenig Aktivitäten

Jenseits von Facebook waren zur Jahresmitte 2016 lediglich die Gruppen in Kassel, Düsseldorf, München, Würzburg, Bayreuth, Münster und Magdeburg wahrnehmbar, wobei die letzten beiden erst in diesem Jahr gegründet wurden. Damit sind die aktiven Ableger überschaubar, die fast ausschließlich von Männern gestellt werden, nicht selten mit korporiertem Hintergrund. So war Michael Werl, Sprecher der AfD-Hochschulgruppe an der Universität Kassel, zeitweise bei der »Burschenschaft Germania Kassel« aktiv. In Düsseldorf sind mit Yannick Noe und John David Haase zwei Mitglieder der »Alten Halleschen Burschenschaft Rhenania-Salingia zu Düsseldorf« involviert. Und in Göttingen ist Lars Steinke Vorsitzender der Hochschulgruppe der AfD-Jugendorganisation »Junge Alternative«; er trägt das Band der »Burschenschaft Hannovera Göttingen«. Doch nicht nur Mitglieder der deutschnationalen Burschenschaften können sich für die AfD begeistern. Amon David Blatz, Vorsitzender der »Campus Alternative Würzburg«, war in der »Katholischen Studentenverbindung Walhalla Würzburg« organisiert.
Zwar versuchten die Gruppen vereinzelt öffentliche Veranstaltungen auszurichten, diese stießen jedoch häufig auf antifaschistische Gegenproteste. Die Tumulte beim Auftritt des AfD-Vizevorsitzenden Alexander Gauland am 23. Januar 2015 in Erfurt haben wohl alle Aktivitäten der dortigen »Campus Alternative« zum Erliegen gebracht.
Thematisch haben die AfD-Studierenden zumeist ein gemeinsames Feindbild: die »Allgemeinen Studierendenausschüsse«, insbesondere jene, die als links bekannt sind. Neben der Kritik an deren Ausgaben wollen sie das Rad der Zeit an den Universitäten gänzlich zurückdrehen. Die Hochschulgruppe in Kassel fordert in ihrem Wahlprogramm, den Studierenden »historische Ereignisse und Personen in der deutschen Geschichte« näherzubringen und ihnen ein »patriotisches Wertebild« zu vermitteln. Zudem ist sie gegen die Zivilklausel, die eine Verbindung von ziviler und militärischer Forschung verbietet. Ansonsten stört sie sich an Gender-Studies und diskriminierungsfreier Sprache, insbesondere die Umbenennung von ‹Studentenwerk› in ‹Studierendenwerk› ist ihr ein Dorn im Auge – alles Positionen, die auch vom CDU-Studentenverband »Ring Christlich-Demokratischer Studenten« stammen könnten.

Universitäten sind keine AfD-Hochburgen

Die Partei hat bisher offenbar keinen Plan für eine bundesweite Struktur der Hochschulgruppen. Selbst die Namensgebung ist nicht einheitlich. Meist heißen sie »AfD-Hochschulgruppe«, in Bayern fungieren sie als »Campus Alternative« und in Kassel trat sie unter dem Namen »Junge Alternative Uni Kassel« in Erscheinung. Sie traten kaum zu Wahlen an und wo sie es versuchten, wie in Göttingen, scheiterten sie. Bisher gibt es nur zwei Vertreter in den Studierendenvertretungen. Mit 3,1 Prozent der Stimmen erhielt die AfD-nahe Liste »Bund Freiheitlicher Studenten« an der Universität Kiel im Juni dieses Jahres einen Sitz im Studierendenparlament. Einen Monat später entsandte die Gruppe in Kassel mit 4 Prozent ebenfalls einen Delegierten. Doch der Sprung an die Hochschulen ist der AfD noch nicht gelungen. Lediglich in Bayern scheint die Ausdehnung gezielter vonstatten zu gehen: dort treten die Gruppen mit einheitlichem Namen und gemeinsamer Internetpräsenz auf.
Zwar ist das Interesse für die AfD bei den Burschenschaften groß, doch sie haben beide dasselbe Problem: öffentliche Auftritte stoßen auf Gegenprotest. Zudem sind viele Studentenverbindungen politisch gemischt und ihre »Alten Herren« stehen eher der Union nahe. Am deutlichsten für die AfD positionieren sich noch die Mitgliedsbünde der »Deutschen Burschenschaft« und des geplanten neuen Dachverbandes »Allgemeine Deutsche Burschenschaft«. Sie sind allerdings wie die AfD bisher in den meisten Universitätsstädten isoliert.

Almosen für überlebende Roma

Prag/Tschechien. Für die 15 letzten verbliebenen tschechischen Roma, die deutsche Konzentrationslager überlebt haben, hat das tschechische Außenministerium nach mehreren Monaten eine »Entschädigung« von 2.500 Euro pro Person ausgehandelt. Die Auszahlung muss aber beantragt werden. Ein Vertreter des »Ausschusses für Holocaust-Entschädigung für die tschechischen Roma« (VPORH) nannte den Betrag »lächerlich«. Während des Nationalsozialismus wurden die europäischen Sinti und Roma als »fremdrassige« und »geborene Asoziale« verfolgt und ermordet. Nur knapp 600 der 6.500 tschechischen Roma überlebten den Völkermord, danach wurden sie weiterhin rassistisch diskriminiert und lebten in Armut.

Neonazi läuft Amok

Woodland/USA. Am 15. Juli ist ein 35-jähriger Neonazi auf der Flucht festgenommen worden, nachdem er drei Menschen getötet und eine Frau schwer verletzt hatte. Das Tatmotiv sei unklar, teilte die Polizei mit. Alle Opfer seien Weiße und aus dem Umfeld des Täters. Zuletzt war er 2013 verurteilt worden, als er zusammen mit seinem Bruder einen Schwarzen in einer Bar rassistisch beschimpft und mit einer Waffe bedroht hatte. Ein Foto aus den Akten der Polizei zeigt ihn mit nacktem Oberkörper, der mit Nazi-Tätowierungen (Hakenkreuzen, Hitler-Portrait, SS-Totenköpfen und dem Schriftzug »RaHoWa« [»Racial Holy War«]) übersät ist.

»Sturmvogel«-Lager in Schweden

Småland/Schweden. Das schwedische Recherchemagazin »EXPO« hat am 30. Juli ein Sommerlager der völkischen Organisation »Sturmvogel« aufgedeckt. Etwa 40 Kinder im Alter zwischen fünf und 16 Jahren sollen in dem Camp im südschwedischen Småland übernachtet und uniformiert an körperlichen Übungen und Fahnenappellen teilgenommen haben. Der Sturmvogel wurde 1987 als Abspaltung der mittlerweile verbotenen »Wiking-Jugend« (WJ) gegründet, die sich auf den Nationalsozialismus bezog. Die Organisation »volkstreu eingestellter Deutscher« will die Kindererziehung von KameradInnen unterstützen. Auf Fahrten werden Runenschrift und germanische Begriffe gelehrt, völkische Lieder gesungen und Fahnenappelle abgehalten. Nach dem Verbot der »Heimattreuen deutschen Jugend« (HDJ) schlossen sich viele der extrem rechten Mitglieder dem »Sturmvogel« an, der weniger auffällig in Erscheinung tritt.

Spitzel in der NPD?

Dresden. Der frühere NPD-Politiker Werner Georg Klawun erklärte am 28. Juli gegenüber »Bild«, er habe als V-Mann für den Verfassungsschutz gearbeitet. Der 1942 geborene frühere Lehrer zog 2004 über die Liste einer Wählervereinigung in den Dresdener Stadtrat ein. Nachdem ihn die »Bürgerfraktion« 2006 ausschloss, wechselte er zur NPD-nahen Liste »Nationales Bündnis Dresden« (NBD). Durch diesen Übertritt erreichte das NBD Fraktionsstatus. 2009 kandidierte Klawun für die NPD erfolglos zum Stadtrat. Seine Kandidatur war umstritten, da sie aufgrund seiner Ehe mit einer Albanerin und eines gemeinsamen Kindes dem »völkischen und nationalen Bestreben« entgegen stehe. Klawun sei ein »Exponent der Multi-Kulti-Gesellschaft« lautet die Kritik. Zur Bundestagswahl 2009 trat Klawun im niedersächsischen Wilhelmshaven erfolglos für die NPD als Direktkandidat an. Mittlerweile ist er zum Islam konvertiert. Wann und für welchen Geheimdienst Klawun spitzelte, ist unbekannt.

Braunes »Familienfest«

Erfurt. Der Kreisverband der Partei »Die Rechte« um den Neonazi Michael Fischer hat am 30. Juli ein »Familienfest« für »hilfsbedürftige deutsche Familien« ausgerichtet. Nachdem der ursprüngliche Veranstaltungsort untersagt wurde, wurde auf dem Drosselberger Marktplatz unter dem Slogan »Deutsche Familien zuerst« eine Kundgebung abgehalten und danach das Fest in einer ehemaligen Kaufhalle, in welcher der extrem rechte Verein »Volksgemeinschaft Erfurt e. V.« Räumlichkeiten angemietet hat. Für die Kinder gab es Losbuden, Hüpfburg und Kinderschminken, für die Männer ein Fußballturnier und für die Frauen »das ein oder andere Stück Kuchen«. Als weiterer Organisator trat neben Fischer der stellvertretende Kreisvorsitzende Enrico Bicysko auf, der bei seinem Wechsel von der NPD zur »Die Rechte« sein Mandat als Stadtrat in Erfurt mitgenommen hat.

Hooligan-Konzert verhindert

Beverstedt. Ein geplantes Konzert der Hooliganband »Kategorie C« ist am 30. Juli durch die Stadtverwaltung in Zusammenarbeit mit den örtlichen Sicherheitsbehörden verhindert worden. Der Bürgermeister hatte dem Pächter des Veranstaltungsortes eine Untersagungsverfügung überreicht. Im gleichen Gebäude sind auch Geflüchtete untergebracht. Das Konzert sollte im Rahmen einer Geburtstagsfeier stattfinden, vereinzelt wurden am Abend Autos gesichtet, die Angehörigen des rechten Spektrums zugeordnet wurden.

Kein Gedenkmarsch zum »Wincklerbad«

Bad Nenndorf. Der seit 2006 jährlich stattfindende »Trauermarsch« in Bad Nenndorf bei Hannover ist in diesem Jahr ohne Angabe von Gründen abgesagt worden. Im vergangenen Jahr waren nur knapp 200 Neonazis dem Aufruf gefolgt, in den Jahren davor waren es bis zu 900. Sie zogen zum »Wincklerbad«, in dem sich von 1945 bis 1947 ein Internierungslager und ein Verhörzentrum der britischen Armee für Nazis befunden hatten. Die Trauermärsche sind noch bis zum Jahr 2030 angemeldet; die Internetpräsenz, die in den vergangenen Jahren als Mobilisierungsplattform diente, steht inzwischen zum Verkauf.

Freispruch für Püschel

Naumburg. Das Oberlandesgericht Naumburg hat am 3. August mitgeteilt, der NPD-Politiker Hans Püschel sei seit Oktober 2015 vom Vorwurf der Volksverhetzung freigesprochen. Püschels Äußerungen in einem Gedicht seien im Rahmen der Meinungsfreiheit nicht als strafbar eingestuft worden. Er hatte darin den Holocaust als »Mythos« bezeichnet. Im Kreistag des Burgenlandkreises, wo er als Fraktionsvorsitzender der NPD sitzt, sprach er im März 2016 vom Holocaust als »Gespenst der Vergangenheit«, außerdem stellte er die Zahl der Opfer der Shoah in Frage. Das Gericht sah darin jedoch »kein verharmlosendes Herunterrechnen«. Püschel bezeichnet seine relativierenden Aussagen als »Aufklärungsarbeit«.

PEGIDA-Partei gegründet

Dresden. Wie am 18. Juli bekannt wurde, will PEGIDA-Chef Lutz Bachmann bereits am 13. Juni die Partei «Freiheitlich direkt-demokratische Volkspartei« (FDDV) gegründet haben. Er selbst wolle kein Amt einnehmen, sondern »der Lutz von PEGIDA auf der Straße« bleiben. Seit einem Jahr schon war im Gespräch, einen »parlamentarischen Arm« der PEGIDA-Bewegung zu schaffen, der aber ausdrücklich nicht in Konkurrenz zur »Alternative für Deutschland« (AfD) stehe. Offiziell sind beim Bundes- und Landeswahlleiter noch keine Unterlagen eingereicht worden, Strukturen und Inhalte der Partei sind ebenfalls nicht bekannt.

Leichenumrisse gemalt

Sachsen. Am 17. Juni wurde an den Bahnhöfen Heidenau und Dresden-Zschachwitz Leichenumrisse gemalt und diese mit dem Schriftzug »Kehren Sie in ihre Heimat zurück« auf Arabisch versehen. Am 23. Juli wurden erneut mit Kreide Leichenumrisse mit einer roten Flüssigkeit auf die Bahnhöfe Dresden-Zschachwitz sowie in Heidenau, Heidenau-Süd und Königstein im Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge angebracht, daneben wurden Zettel mit den Aufschriften »Migration tötet« und »Merkel = Volkstod« gefunden. Eine Woche später wurden die Stationen in Böhlen, Neukieritzsch und Lobstädt beschmiert. Die Polizei ermittelte laut eigenen Angaben bislang vier Personen aus dem Umfeld der »Identitären Bewegung«. Unklar sei, ob die Männer für alle Taten verantwortlich seien. Der Staatsschutz hat die Ermittlungen übernommen, da die Taten politisch motiviert seien. Der Straftatbestand der Volksverhetzung sei aber laut Polizei nicht erfüllt, sie habe Anzeige wegen Sachbeschädigung gestellt. Ähnliche Vorfälle fanden am 5. August vor der Landesgeschäftsstelle der Linken und am Bahnhof Dresden-Strehlen statt, weitere an Bahnhöfen in den Kreisen Chemnitz und Leipzig.

Keine Unterkunft für Geflüchtete in Rostock

Rostock. Die Stadt Rostock hat die Einrichtung einer Unterkunft für minderjährige Geflüchtete im Stadtteil Groß Klein gestoppt. Sie begründete die Entscheidung mit Sicherheitsbedenken, da es zuvor mehrfach zu Protesten und Zwischenfällen gekommen war. Am 2. Juni hatte eine extrem rechte »Bürgerwehr« demonstriert, in den folgenden Wochen versammelten sich immer wieder Neonazis, zum Teil unter »Heil Hitler«-Rufen. Im Juli war daraufhin eine Wohngruppe für Geflüchtete aufgelöst worden. Antirassistische AktivistInnen bezeichneten die Entscheidung als »Einknicken« vor den Neonazis und werteten sie als »falsches Signal«.

Freiwillige bei Stadtfest rassistisch beleidigt

Nordhausen. Am 6. August sind BesucherInnen eines Altstadtfestes in Nordhausen fremdenfeindlich beschimpft worden. Die jungen Erwachsenen aus Mexiko, Russland und Schweden – TeilnehmerInnen des »International Summer Camp« in der KZ-Gedenkstätte Mittelbau-Dora – seien rassistisch beleidigt und aufgefordert worden, in ihre Heimatländer zurückzukehren, außerdem wurde ein Fahrrad beschädigt.

Schusswechsel mit »Reichsbürgern«

Korb/Reuden. Am 19. August musste die Polizei in Korb (Rems-Murr Kreis) einen Autofahrer durch einen Schuss in einen Reifen stoppen. Zuvor hatte sich der 60-Jährige bei einer Verkehrskontrolle geweigert sich auszuweisen. Als »Reichsbürger« habe er keine Dokumente der Bundesrepublik Deutschland und erkenne diesen Staat und seine Institutionen nicht an. Anschließend versuchte er mit dem Auto zu flüchten und schleifte dabei einen Polizeibeamten mehrere Meter mit.
Bei der Zwangsräumung einer von »Reichsbürgern« bewohnten Immobilie am 25. August in Reuden (bei Zeitz in Sachsen-Anhalt) kam es zu Steinwürfen auf die Polizei. Der 41-jährige Eigentümer, Adrian Ursache – ein ehemaliger Mister Germany – bedrohte die Polizei mit einer Schusswaffe. Bei dem anschließenden Schusswechsel wurde Ursache schwer verletzt und musste in ein Krankenhaus geflogen werden. Bei der Räumung wurden zwei Polizeibeamte verletzt.

Treffen für Haverbeck – Wulff verlässt die NPD

Walsrode/Hamburg. Am 27. August fand auf einem Privatgrundstück im Ortsteil Nordkampen eine »Solidaritätsveranstaltung für Ursula Haverbeck« statt. Etwa 60 Personen folgten dem Ruf des Ortsverbandes Verden von »Die Rechte«. Nach Beschwerden über die Lärmbelästigung beschlagnahmte die Polizei die Lautsprecheranlage und führte sogenannte Gefährderansprachen durch. Neben Haverbeck und dem kürzlich aus der Haft entlassenen Dieter Riefling war auch Thomas Wulff anwesend. Wulff, ehemaliges Bundesvorstandsmitglied und Landesvorsitzender der NPD in Hamburg, hat wenige Tage nach der Veranstaltung in Walsrode/Nordkampen gegenüber »NDR Info« seinen Austritt aus der NPD bestätigt.



im Gedenken an die Opfer des NSU

NSU: Mühsame Aufklärung

Im November 2011 wurde bekannt, dass eine Gruppe polizeibekannter Neonazis jahrelang unerkannt gemordet, Bomben gelegt und Banken ausgeraubt hatte. Von Spitzeln umstellt und durch bekannte AktivistInnen der Szene unterstützt, lebte die Gruppe unbehelligt in Sachsen.

von Sandra Lex und Ernst Kovahl

Fünf Jahre sind vergangen, seitdem die Polizei die Leichen von Uwe Böhnhardt und Uwe Mundlos im thüringischen Eisenach entdeckt hat. Fünf Jahre, seit sich Beate Zschäpe in Jena der Polizei mit den Worten »Ich bin die, die Sie suchen« gestellt hat. Zuvor hatte sie ein zynisches Bekennervideo versandt, das Licht in bis dahin ungeklärte Verbrechen brachte.

Morde, Anschläge und Überfälle
Seit November 2011 weiß die Öffentlichkeit, dass eine Gruppe polizeibekannter und zeitweise intensiv gesuchter Neonazis unter dem Namen »Nationalsozialistischer Untergrund« (NSU) über dreizehn Jahre lang aus dem Untergrund mordete, Banken überfiel und Sprengstoffanschläge durchführte. Zwischen dem 9. September 2000 und dem 6. April 2006 ermordete der NSU in Nürnberg, Hamburg, München, Rostock, Dortmund und Kassel neun Männer, die eine türkische, kurdische oder griechische Migrationsgeschichte hatten. Am 25. April 2007 tötete die Gruppe die Polizistin Michèle Kiesewetter in Heilbronn. In Köln detonierten am 19. Januar 2001 und am 9. Juni 2004 Sprengsätze: Einer richtete sich gegen eine deutsch-iranische Familie, die ein Lebensmittelgeschäft betrieb. Der andere explodierte auf der Keupstraße im Stadtteil Mülheim, einer Einkaufsstraße mit türkischen und kurdischen Geschäften. 15 Raub- und Banküberfälle werden dem NSU zugerechnet. Der letzte fand am 4. November 2011 auf eine Eisenacher Sparkasse statt und war Auftakt zur Selbstenttarnung des NSU.

Netzwerk und nicht »Trio«
Seit fünf Jahren gibt es mehr oder weniger erfolgreiche Versuche, die Taten, Motive und Struktur des NSU aufzuklären. Eine ungeheure Fülle an Informationen und Erkenntnissen aus Akten, ZeugInnenbefragungen und Recherchen ist seitdem zusammengetragen worden. Weiterhin gibt es mehr Fragen als Antworten.
Ungeachtet dessen sind zentrale Erkenntnisse gewonnen worden – unter anderem, dass der NSU keine isolierte Zelle und auch kein »Trio« war, sondern als Netzwerk begriffen werden muss. »Im Untergrund, aber nicht allein«, so beschrieb es die Journalistin Andrea Röpke. Mundlos, Böhnhardt und Zschäpe kamen aus militanten Neonazi-Strukturen (»Thüringer Heimatschutz« und dem Milieu von »Blood & Honour«), in dem sie zahllose Kontakte pflegten. Auch im »Untergrund« hielten sie Kontakt zu »KameradInnen«, die ihnen halfen, wie an Zschäpes Mitangeklagten deutlich wird. Carsten Schultze und Ralf Wohlleben sollen die Mordwaffe besorgt haben, Holger Gerlach habe seine Identität zur Verfügung gestellt und Kontakt mit den Untergetauchten gehalten. André Eminger wird vorgeworfen, Mietwagen für die Taten gemietet zu haben und ist wegen Beihilfe zum Sprengstoffanschlag 2001 und wegen Unterstützung einer terroristischen Vereinigung angeklagt.
Dennoch geht im Strafverfahren vor dem Münchner Oberlandesgericht, das seit 2013 gegen fünf Personen geführt wird, der Generalbundesanwalt davon aus, dass ein Trio am Werk gewesen sei. Ob es MitwisserInnen oder MittäterInnen gab, spielt nur eine untergeordnete Rolle. Auch ob weitere Personen verfolgt werden, die zwischen 1998 und 2011 Kontakt zu Mundlos, Böhnhardt und Zschäpe hielten – so etwa Susan Eminger –, ist unklar. Die Frage nach einem Netzwerk hat keinen Platz in der Anklage und muss immer wieder von den VertreterInnen der Nebenklage und der kritischen Öffentlichkeit aufgeworfen werden.

Rassismus
Eine zweite Erkenntnis ist zentral für das Verständnis der Geschehnisse: Rassismus spielte im NSU-Komplex eine entscheidende Rolle. Die Taten waren rassistisch motiviert, die Radikalisierung der TäterInnen fiel in eine Zeit, in der die Neonazi-Szene noch von den Erfahrungen der rassistischen Stimmungsmache, den Übergriffen und Morden zu Beginn der 1990er zehrte. In den 2000er Jahren offenbarte sich mit den voreingenommenen und auf die Opfer fokussierten Ermittlungen zu der Mordserie und dem Anschlag in der Keupstraße der Rassismus in den Sicherheits- und Ermittlungsbehörden. Es ist ein Fakt, dass dem NSU bekannt war, dass die ErmittlerInnen die Täter für die Serienmorde im Drogenmilieu und der Organisierten Kriminalität suchten. Die Polizei ging davon aus, dass die Opfer selbst in kriminelle Machenschaften verwickelt gewesen seien. Es ist anzunehmen, dass der NSU keinen Anlass sah, die wahren Gründe für die Taten zu offenbaren und die Stigmatisierung der Opfer wohlwollend in Kauf nahm. »Am Dönerstand herrschen Angst und Schrecken. Kommt er vorbei, müssen sie verrecken«, höhnte 2010 die Neonazi-Band »Gigi und die braunen Stadtmusikanten« in ihrem Lied »Döner-Killer« – ein Zeichen, dass die extrem rechte Szene auch ohne Kenntnis der wahren Hintergründe die Taten verstand und guthieß. Die Botschaft des NSU war angekommen – in den migrantischen Communities und in der Neonazi-Szene.

Blackbox Verfassungsschutz
Die Verfassungsschutz-Ämter sind tief in den NSU-Komplex verstrickt. In den 1990er Jahren war gerade die Thüringer militante Neonazi-Szene rund um den THS von Spitzeln umstellt. Mit Tino Brandt stand ein V-Mann des Thüringer Dienstes an der Spitze, die drei späteren NSU-Mitglieder waren Teil der Struktur und in ihr aktiv. Auch mehrere der späteren NSU-UnterstützerInnen kamen aus der mit V-Leuten mehrerer Ämter durchsetzten Szene zwischen Jena und Saalfeld. Mehrfach erhielten die Verfassungsschutzämter Informationen über die Abgetauchten – auch, dass sie sich um den Kauf von Waffen bemühten und mutmaßlich Straftaten begingen. Die Polizei, die mit teils immensem Aufwand nach den dreien fahndete, berichtete, der Geheimdienst habe Informationen zurückgehalten. Einzelne BeamtInnen notierten, der Verfassungsschutz habe die abgetauchten Neonazis gar geschützt. Ein internes Papier des Bundeskriminalamtes warnte 1997 davor, dass der Geheimdienst die Szene aufbaue, finanziere, ausstatte und schütze. Die Arbeit von Spitzeln habe einen »Brandstifter-Effekt« (s. drr Nr. 150). Bis heute ist das System der V-Leute und ihrer Führung eines der undurchschaubarsten Kapitel im Fall des NSU.

Untersuchungsausschüsse
Gegenüber den parlamentarischen Untersuchungsausschüssen gab und gibt es eine hohe Erwartungshaltung, die teils aus der Logik der Ausschüsse, teils aus Behinderung durch Regierungen und teils aus mangelndem

Engagement jedoch nicht immer erfüllt werden. Die Abschlussberichte der ersten Ausschüsse des Thüringer Landtages und des Bundestages sind im Vergleich Meisterwerke. Aber auch spätere Berichte und durch öffentliche ZeugInnenbefragungen gewonnene Erkenntnisse haben intime Einsichten in die Neonazi-Szene und das Innenleben der Behörden erlaubt. Für eine erfolgreiche Ausschussarbeit, für Öffentlichkeitswirksamkeit und vor allem für politische Konsequenzen braucht es aber mehr als gute Arbeit von ParlamentarierInnen, es braucht öffentliches Interesse, Antifa-Recherchen, politische Begleitung und Druck.

Antifaschistische Recherchen

Die Menge an Informationen, die zum NSU bekannt geworden ist, stellt AntifaschistInnen vor eine kaum zu bewältigende Aufgabe: Wie soll all das Wissen gesammelt, archiviert und analysiert werden, ohne dass in nächster Zeit ein Großteil davon verloren geht? Wer soll all dies leisten und zugleich die politisch wichtige Aufklärungs- und Erinnerungsarbeit machen, und das in Zeiten, wo mehr denn je die Präsenz auf der Straße gefordert ist? Es gibt darauf wahrscheinlich keine befriedigende Antwort. Doch was Initiativen, Antifa-Gruppen, Archive und Redaktionen in den letzten Jahren begonnen haben, scheint ein guter Weg zu sein, nämlich Prozess und Untersuchungsausschüsse zu beobachten und zu dokumentieren, Material zu sammeln und Analysen zu erstellen. Noch nie zuvor war es möglich, so viele Erkenntnisse über die militanten Neonazi-Szenen der letzten 20 Jahre zu gewinnen – nicht zuletzt, weil der politische Druck Behörden und Verfassungsschutzämter gezwungen hat, bisher geheim gehaltene Akten offen zu legen. Es ist ein großes Wissen und unterschiedliche Kompetenzen in dem Themenfeld entstanden, die in naher Zukunft gebündelt und weitergegeben werden sollten.

Wissenschaft

Wer etwas Anschub gebrauchen könnte, wäre die kritische wissenschaftliche Welt, die sich bisher mehr oder weniger auf den eingefahrenen Bahnen der Parteien- und Einstellungsforschung bewegt. Bis auf einige Ausnahmen hört man vor allem Stimmen, die Forschungslücken beklagen – aber wenige Ansätze für eine konkrete wissenschaftliche Beschäftigung. Bezeichnenderweise sind es vor allem ForscherInnen an den Fachhochschulen sowie junge NachwuchswissenschaftlerInnen, die sich mit dem Thema beschäftigen, die etablierten Universitäten hingegen glänzen weitestgehend mit Schweigen.

Offene Fragen

Auch nach fünf Jahren NSU-Aufklärung bleiben viele Fragen offen. Statt fertige Antworten zu geben, sollten wir weiterhin Fragen stellen und auf Beantwortung drängen. Zu beleuchten sind unter anderem die nicht geklärten Vorgänge um den NSU-Mord an Halit Yozgat in Kassel, die Rolle des hessischen V-Mann-Führers Andreas Temme, die schützende Hand des damaligen hessischen Innenministers über dem Geheimdienst, die Ungereimtheiten rund um die Ermordung Michèle Kiesewetters, die Funktion und realen Auswirkungen des undurchschaubaren V-Leute-Systems in den Verfassungsschutzämtern als Aufbauhelfer und Beschleuniger der Neonazi-Szene, die zeitgenaue Vernichtung und das Zurückhalten von Akten und Beweismitteln durch den Geheimdienst, die tatsächliche Dimension der Unterstützung für die Abgetauchten durch die Neonazi-Szene, die Existenz weiterer HelferInnen und möglicher unentdeckter Terrorstrukturen, die Bedeutung der offenkundigen Überschneidungen zwischen der militanten Rechten und organisierter Kriminalität, die Verharmlosung rechter Gewalt durch Konservative und Sicherheitsbehörden und die hohe Wirkung des gesellschaftlichen Rassismus und der Ende der 1990er Jahre vom Konservatismus losgetretenen Diskurse um die doppelte Staatsbürgerschaft, Migration und die Frage, wer wie in Deutschland leben kann.

… und heute?

Spätestens seit den frühen 1990er Jahren sind die sich wechselseitig stärkenden Dynamiken am rechten Rand zwischen rassistischen Mobilisierungen auf der Straße, Wahlerfolgen am rechten Rand, Gesetzesverschärfungen, Hetze und einem Rechtsruck der gesamten Gesellschaft überdeutlich zu erkennen – ein Kreislauf und ein kurzer Weg zu Brandsätzen. Die heutige Stimmung ähnelt der in den 1990er Jahren. Rassistische Massenaufmärsche in Dresden, Demonstrationen gegen Geflüchtete und Unterkünfte quer durchs Land, Brandanschläge, Wahlerfolge der AfD, Gesetzesänderungen… Der rassistische Stammtisch und die extreme Rechte fühlen sich erneut bestätigt und ermutigt. Heute ist die Szenerie offenbar so drastisch, dass selbst Hessens Verfassungsschutz-Chef Robert Schäfer warnt: »Sie fühlen sich im Aufwind«. Terroranschläge seien der Neonazi-Szene zuzutrauen, warnte er Anfang September 2016 auf einer Tagung in Wiesbaden und verwies auf den Mordanschlag auf die Kölner Politikerin Henriette Reker.

Ambivalente Konsequenzen

Die Konsequenzen aus dem Auffliegen des NSU sind ambivalent. Einerseits hat es eine faktische Stärkung der Verfassungsschutz-Behörden und der Sicherheitsarchitektur gegeben, teils sogar einen erheblichen Stellenaufbau in den Diensten. Auch hat der gesamte NSU-Skandal recht deutlich das Signal an die Neonazi-Szene ausgesendet, dass die Behörden keine großen Kompetenzen und keinen ausgeprägten Willen zur Verfolgung rechter Straf- und Gewalttaten haben. Andererseits wuchs das mediale und politische Interesse am Thema immens und damit erweiterten sich die Fördermöglichkeiten für Projekte gegen Rechts. Handlungsempfehlungen, Leitfäden oder Bildung gegen Rassismus gehören heute zur alltäglichen Arbeit. Die Debatten rund um den NSU haben maßgeblich dazu beigetragen, die Extremismustheorie in die Defensive zu treiben, auch wenn sie gerade in den Behörden weiterhin virulent und wirkmächtig ist. Die Verfassungsschutz-Reformen in Niedersachsen und Thüringen haben dem Nachrichtendienst zwar durchaus Schläge versetzt, doch eine Auflösung ist offenbar unter den gegebenen Kräfteverhältnissen nicht durchsetzbar. In der Polizei und vor allem den Verfassungsschutzbehörden scheinen Korpsgeist, eingeübte Feindbilder, Ressentiments, Intransparenz und mangelnde Kompetenzen beim Blick nach rechts unüberwindbar. Der Geheimdienst hat bewiesen, dass er nicht vor rechter Gewalt schützt, sondern Teil des Problems war und ist.


ZUM GEDENKEN AN
MEHMET TURGUT
VON NEONAZIS ERMORDET
25. FEBRUAR 2004

Drei Jahre Prozess

Seit dem 6. Mai 2013 findet vor dem 6. Strafsenat des Oberlandesgerichts München der Prozess gegen das mutmaßliche NSU-Mitglied Beate Zschäpe und mutmaßliche Unterstützer des Terrornetzwerkes statt. Während des Prozesses vertritt die Nebenklage die Interessen der Opfer der Mordanschläge. Mit dem Rechtsanwalt und Nebenklagevertreter Björn Elberling sprach Margarete Schlüter von »der rechte rand« über die Entwicklungen seit Verhandlungsbeginn.

drr: Der NSU-Prozess dauert mittlerweile über drei Jahre an. War diese Länge von Beginn an absehbar?
Björn Elberling: Es war klar, dass dieser Prozess lange dauern würde. Zehn Morde und ein Mordversuch, mehrere Sprengstoffanschläge, diverse Raubtaten, die mehr als zehnjährige Existenz einer nazi-terroristischen Organisation. Das klärt man nicht eben in ein paar Monaten auf – selbst wenn man sich ganz auf die viel zu eng gefasste Anklage beschränkt. Andererseits war nicht vorhersehbar, dass das Gericht den Prozess immer wieder für längere Zeiträume auf Sparflamme setzen würde, mit vielen halben Verhandlungstagen, mit Beweisaufnahmen, die den Prozess im Kern nicht vorangebracht haben. Das mag unter anderem daran gelegen haben, dass das Gericht seit dem Spätsommer 2015 auf die angekündigten Einlassungen der Angeklagten Beate Zschäpe und Ralf Wohlleben gewartet hat.

Welche Erwartungshaltungen hatten Angehörige und Betroffene am Anfang des Prozesses und haben sich diese über die Zeit verändert?
Die Erwartungshaltungen waren unterschiedlich – neben einigen NebenklägerInnen, die auf ein möglichst schnelles Ende des Verfahrens hofften und denen es vor allem um eine Verurteilung der Angeklagten ging, gab es auch eine ganze Reihe von Betroffenen und Angehörigen, für die neben den Angeklagten auch die deutschen Behörden im Vordergrund standen, zum Beispiel rassistische Ermittlungen der Polizei, die ja häufig gegen die jetzigen NebenklägerInnen gerichtet waren, oder die Rolle des Verfassungsschutzes.
Wie sich das im Einzelnen geändert hat, ist gar nicht so leicht einzuschätzen. Natürlich wurde Genugtuung geäußert, dass die Fragen und Anträge der Nebenklage beispielsweise mit dazu beigetragen haben, dass es nun doch einen zweiten Untersuchungsausschuss im Bundestag und weitere Ausschüsse in verschiedenen Bundesländern gibt. Aber neben die Befriedigung, dass jedenfalls einiges zu diesen Themen herausgekommen ist, und die Enttäuschung, dass so vieles eben nicht zur Sprache gebracht oder beiseite gewischt wurde, tritt sicher auch eine gewisse Ermüdung ob des so langen Prozesses – vor allem angesichts der ziemlich unergiebigen letzten Monate und der Farce um die Einlassungen von Zschäpe und Wohlleben.

Ist die Motivlage seitens der Verfassungsschutzämter wie auch der Polizei klar zu bestimmen? Sind Konkurrenzen zwischen Geheimdiensten und Polizei erkennbar – zum Beispiel, wenn es um Vertuschung versus Aufklärung geht?
Das ergibt sich ja aus deren Verhalten im Prozess – der Inlandsgeheimdienst arbeitet darauf hin, dass er im Prozess möglichst wenig thematisiert wird, und wird dabei gegebenenfalls auch von den Strafverfolgungsbehörden unterstützt – so gab es etwa Anfang 2013, also zwischen Anklageerhebung und Beginn der Hauptverhandlung, eine Besprechung des Verfassungsschutzes Bund und Brandenburg mit BKA und GBA zum V-Mann Carsten Szczepanski.
Ansonsten arbeitet das BKA halt die Aufträge der Bundesanwaltschaft ab und hält sich dementsprechend auch in dem Rahmen, den die vorgibt.

Nun hat Richter Götzl am Anfang des Prozesses deutlich gemacht, dass er den »Verstrickungen« der Verfassungsschutzämter und dem »Versagen« durch die Polizei nicht ausdrücklich nachgehen will. Inwiefern konnten Sie zusammen mit den anderen NebenklagevertreterInnen die Verknüpfungen eben jener Behörden mit dem NSU thematisieren?
Die rassistischen Ermittlungsmethoden der Polizeibehörden wurden, von Fall zu Fall unterschiedlich, in den Befragungen der Ermittler oder auch in den ZeugInnenaussagen der Betroffenen selbst thematisiert. Dabei waren es mitunter gar nicht die AnwältInnen, sondern die Betroffenen selbst, die das thematisiert haben. Den Prozesstag im Januar 2015, an dem die Betroffenen aus der Keupstraße im Gerichtssaal eindrücklich schilderten, wieso ihnen gleich klar war, dass das ein rassistischer Anschlag war, und wie die Polizei das ignoriert hat – und gleichzeitig mit diversen UnterstützerInnen vor dem Gericht eine laute, kraftvolle, inhaltlich beeindruckende Kundgebung durchgeführt haben, den werde ich nie vergessen.
Was den Inlandsgeheimdienst angeht, haben wir es immerhin geschafft, dass zahlreiche V-Leute und einige V-Mann-Führer in München aussagen mussten und dass die Tatsache, dass sich im Umfeld des NSU zahlreiche V-Leute tummelten, thematisiert wurde. Die Nebenklage Yozgat hat zudem umfangreich die Rolle des hessischen Verfassungsschutz-Mitarbeiters Temme thematisiert, der beim Mord an Halit Yozgat am Tatort war, sich aber nicht bei der Polizei meldete und auch später behauptete, nichts mitbekommen zu haben. Insgesamt ist aber bei all dem nicht viel Konkretes herausgekommen – auch, weil die Bundesanwaltschaft sich den Aufklärungsbemühungen entgegengestellt hat und das Gericht wenig Interesse gezeigt hat.

Die Bundesanwaltschaft (BAW) erhob vor dem Staatsschutzsenat des Oberlandesgerichts München Anklage gegen das mutmaßliche Mitglied der terroristischen Vereinigung »Nationalsozialistischer Untergrund« (NSU) Beate Zschäpe und vier mutmaßliche Unterstützer und Helfer des NSU. Meint die BAW nach wie vor, dass sich der NSU auf drei Personen beschränken ließe?
Die Anklage und damit die BAW vertraten diese These von Anfang an. Die BAW ist ja eine politische Behörde und hat offensichtlich das Ziel, das Thema NSU schnellstmöglich abzuschließen und dabei möglichst wenig an staatlicher Verantwortung aufzuklären.
Dem Gericht ist der Prozessstoff zwar formal durch die Anklage vorgegeben, es kann aber natürlich bei der Aufklärung der Anklagepunkte Mitgliedschaft beziehungsweise Unterstützung des NSU darüber hinausgehen und etwa die Rolle weiterer möglicher UnterstützerInnen aufklären. Das hat es zwischendurch ansatzweise getan, etwa die Verbindungen zu »Blood & Honour« begonnen aufzuklären; aber inzwischen macht das Gericht überdeutlich, dass es an jeder Aufklärung in dieser Richtung gar nicht mehr interessiert ist.

Warum? Wieso hat das Gericht kein Interesse?

Darüber kann ich wirklich nur spekulieren. Es kann sein, dass das Gericht sich eben auf seine Rolle als Staatsschutz-Senat besinnt und bestimmte Dinge gar nicht thematisiert haben will – das betrifft vor allem die Rolle der V-Leute und des Verfassungsschutzes allgemein. Es kann aber auch sein, dass sie einfach zum Ende kommen und ein Urteil zu der Anklage schreiben wollen – da kommen wir ihnen mit unseren Versuchen, weitere Aspekte zu thematisieren, natürlich in die Quere.

Wie hat sich die Neonazi-Szene im Laufe des Verfahrens zu den Angeklagten verhalten? Gibt es aktuell Solidaritätsbekundungen oder -aktionen?

Es gab ja in der Bundesrepublik nie besonders ambitionierte Solidaritätskampagnen von Nazigruppen für wegen Gewalttaten inhaftierte Mitglieder, sondern die Szene hat eher die Distanz zu Gewalttätern gesucht, um die Existenz ihrer legalen Arbeit nicht zu gefährden. So auch hier: Es sind immer wieder Neonazis auf der Publikumstribüne, es gibt auch die Kampagne »Freiheit für Wolle« für den NPD-Funktionär Wohlleben, aber insgesamt ist die Reaktion eher verhalten. Andererseits ist es ja auch so, dass etwa der Angeklagte André Eminger nicht in Untersuchungshaft sitzt und daher nach dem Prozesstag in München noch auf der Bagida-Demo (Anm. d. Red.: »Bayern gegen die Islamisierung des Abendlandes«) mitlaufen kann – das mag sich auf die Einschätzung der Szene, wieviel Solidarität hier nötig ist, durchaus auswirken.

In jedem Fall erwähnen sollte man in diesem Zusammenhang die ganze Szene um den Blogger »Fatalist«, der mit Hilfe einer verschwörungstheoretischen Deutung der Akten und des Prozesses versucht, den NSU als Staatskonstrukt darzustellen – was natürlich die hier Angeklagten und auch die bundesdeutsche Neonazi-Szene entlastet. Kein Wunder also, dass diese Szene das ganze Spektrum von VerschwörungstheoretikerInnen und RechtspopulistInnen bis hin zu Neonazis abdeckt.

Das Bundeskriminalamt ermittelt aktuell laut der Nebenklage zu wenig. Was genau ist damit gemeint und was sind die Gründe?

Nicht nur aktuell, sondern von Anfang an – es ist an den Akten zu sehen, dass sich die Ermittlungsbehörden wenige Wochen nach der Selbstenttarnung des NSU auf die Linie von der kleinen Gruppe dreier Durchgeknallter festgelegt haben und diese seitdem verfolgen. Was in den Verfahren gegen einzelne Personen passiert, denen Unterstützung vorgeworfen wird, wissen wir nicht, weil die BAW diese Akten nicht herausgibt. Es ist aber zu befürchten, dass die Verfahren nach dem Ende des Münchner Prozesses einfach eingestellt werden. Und das »Strukturverfahren«, das eigentlich Fragen der Struktur der Gruppe und der Involvierung weiterer Kreise behandeln sollte, scheint vor allem dazu genutzt zu werden, ZeugInnenvernehmungen zu »parken«, die man nicht in die Akten des Münchner Verfahrens geben will.

Man hätte zum Beispiel fragen müssen, wer die weiteren UnterstützerInnen des NSU waren, welche Rolle Neonazi-Netzwerke wie »Blood & Honour« und die »Hammerskins« spielten, ob die für die 1990er geschilderten Verbindungen zu westdeutschen Neonazikadern der »Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front« sich auch in den 2000ern fortsetzten, wer in den einzelnen Städten die Opfer der Morde und Bombenanschläge ausspähen half, welche Bedeutung und Funktion den diversen V-Leuten im Netzwerk des NSU zukam, und so weiter. Ich fürchte, diese Ermittlungen lassen sich wohl jetzt, fünf Jahre später, auch nicht mehr wirklich nachholen.

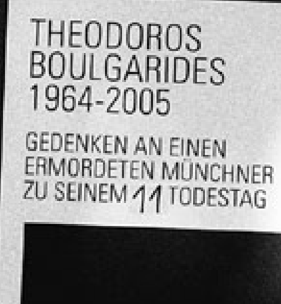
Zu den Gründen: Ich würde sagen, es ist einfach Staatsräson, dass der NSU eine einmalige Ausnahmeerscheinung war und nicht ein logischer Ausfluss der Entwicklungen und Diskussionen in der Neonazi-Szene, aber auch der politischen Gesamtstimmung in der BRD der 1990er. Das ist ja nichts Neues: Schon seit den 1950er Jahren gab es immer wieder bewaffnete Gruppen und Handlungsstrategien in der Neonazi-Szene, gezielte Tötungsaktionen, Amoktaten, Sprengstoffanschläge – und schon immer haben Polizei, Staatsanwaltschaften und der Inlandsgeheimdienst das als Einzeltäteraktionen abgetan. Diese Strategie wird nun fortgesetzt.

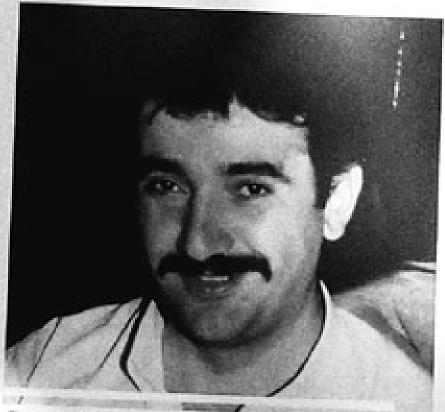
Zu Beginn des Interviews hast Du die Erwartungshaltungen der Angehörigen und Betroffenen genannt. Was braucht es, um diese umzusetzen?

Ich würde gerne ein wenig von den Erwartungshaltungen der einzelnen Betroffenen abkommen – auch weil die genau wissen, dass sie nicht als Individuen, sondern als Teil einer verhassten Gruppe angegriffen wurden. Ich finde es wichtig, die Bedürfnisse der migrantischen Communities in Deutschland allgemein anzusprechen, denn die lassen sich ohnehin nicht mit diesem Prozess durchsetzen, und auch nicht mit noch zwei Untersuchungsausschüssen. Die Bekämpfung des alltäglichen Rassismus, des systemischen wie des individuellen auf der Straße, im Büro, in der Schule, ist zum Beispiel eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, da gehört der Kampf gegen die AfDisierung der Politik genauso dazu wie die Aufklärung der NSU-Taten. Und wir dürfen nicht vergessen, dass der NSU nur einer der vielen Ausflüsse der »Generation Hoyerswerda« ist, also der Generation von Neonazis, die in den 1990ern gemerkt haben, dass sie mit Gewalt ihre politischen Ziele durchsetzen können, und die genau das auch aktuell wieder mit Gewalttaten gegen Geflüchtete und ihre Unterkünfte versuchen.

Danke Dir für das Interview und viel Erfolg bei der Nebenklage im NSU-Prozess.

Zusammen mit dem Rechtsanwalt Alexander Hoffmann betreibt Björn Elberling das Blog www.nsu-nebenklage.de, auf dem über jeden Prozesstag auf Deutsch, Englisch und Türkisch berichtet wird.


THEODOROS
BOULGARIDES
1964-2005
GEDENKEN AN EINEN
ERMORDETEN MÜNCHNER
ZU SEINEM 11 TODESTAG


Theodoros Boulgarides wurde 1964 im nördlichen Griechenland
geboren. Als Kleinkind zog er mit seiner Familie nach
Deutschland. Seit 1973 lebte die Familie in München, wo
T. Boulgarides aufwuchs, eine Grundschule und Gymnasien
besuchte, eine eigene Familie gründete und bis zu seinem Tod
wohnte. Seit seiner Jugendzeit war er Fußballspieler beim
FC Wacker. Außerdem war er ein aktives Mitglied beim Verein
der Griechen aus Pontos in München e.V.
Am 15. Juni 2005 wurde T. Boulgarides in München von der
rechtsextremen Gruppe „Nationalsozialistischer Untergrund"
ermordet. Zu diesem Zeitpunkt war T. Boulgarides 41 Jahre alt,
lebte in München und war Geschäftsinhaber. Er hinterlässt eine
Witwe, zwei Kinder und


Abdurrahim Özüdoğru
*21.05.1952 in Yenisehir + 13.06.2001 in Nürnberg
Abdurrahim Özüdoğru war das zweite Mordopfer des NSU. Der Tatort ist eine Änderungsschneiderei in einer kleinen Ladenwohnung im Stadtteil Steinbühl in Nürnberg. Er wurde aus nächster Nähe durch zwei Kopfschüsse getötet. Er hinterlässt eine Ehefrau und eine Tochter.
Kein Vergeben. Kein Vergessen.

Aufklärung?

NSU-Aufklärung und der Umgang mit rechtem Terror in den Bundesländern – ein Überblick.

Mindestens in zehn Bundesländern gab es einen direkten Bezug zum »Nationalsozialistischen Untergrund« (NSU), zu seinen Morden, zu seinen Anschlägen und Überfällen sowie zu seinem Unterstützungsnetzwerk in der Neonazi-Szene. Während einige Länder seit der Selbstenttarnung des rechten Terrornetzwerks intensiv an der Aufklärung arbeiten oder vor Ort der Opfer der rassistischen Mord- und Anschlagsserie gedenken, gibt es in anderen Ländern offenbar kaum ein Interesse, Hintergründe aufzudecken, rassistische Gewalt zu thematisieren und mögliche Konsequenzen zu ziehen. Zuletzt richtete der Brandenburger Landtag – endlich nach fünf Jahren Kenntnis über den NSU und die fatale Rolle eines Brandenburger Spitzels in der gewalttätigen Neonazi-Szene – einen parlamentarischen Untersuchungsausschuss (UA) ein, um mögliche Fehler und Verstrickungen der Sicherheitsbehörden und die Entstehung rechter Terrorstrukturen in dem Bundesland zu untersuchen.

Baden-Württemberg: Zweite Runde für die Aufklärung

von Sven Ullenbruch

Es ist eine lange Liste: Über 100 Personen, 25 Bands, mehr als 20 Organisationen, sechs Firmen und Rockergruppen, sieben Szenetreffs und neun Veranstaltungen zählte der erste NSU-Untersuchungsausschuss in Stuttgart in einer internen Auswertung zu möglichen Bezügen der Terrorgruppe nach Baden-Württemberg auf. Weil den ParlamentarierInnen die Zeit davonlief, befasst sich ab September 2016 nun ein zweiter Ausschuss mit dem Thema. Dabei wird die Frage, wer am 25. April 2007 in Heilbronn die Polizistin Michèle Kiesewetter erschoss und ihren Kollegen schwer verletzte, nicht mehr im Mittelpunkt stehen. Für den Landtag ist klar: Die NSU-Mitglieder Uwe Mundlos und Uwe Böhnhardt hielten auf der Theresienwiese die Waffen in der Hand. Der Anschlag soll sich gegen die Polizei als verhasste Institution gerichtet haben.
Damit folgen die Abgeordneten einer Indizienkette, die von der Bundesanwaltschaft vor dem Münchner Oberlandesgericht vertreten wird. Zwar erscheint es sonderbar, dass eine im thüringischen Quellgebiet des NSU aufgewachsene Polizistin hunderte Kilometer entfernt »Zufallsopfer« der aus Thüringen stammenden Neonazis geworden sein soll. Allerdings konnten bisher auch unabhängige Recherchen die staatliche Tatversion kaum erschüttern. Trotzdem könnte sich das Drängeln des ersten Ausschusses noch rächen: Die Abgeordneten versuchten, sich in wenigen Monaten durch umfangreiches und komplexes Aktenmaterial zu wühlen. Am Ende schlossen sie zwar Mittäter in Heilbronn nicht vollkommen aus. Sie bemühten sich aber, die Aussagen glaubwürdiger ZeugInnen, die in Tatortnähe mehrere zum Teil blutverschmierte Personen beobachteten, vom Tisch zu fegen. Auch mit fragwürdigen Mitteln wie einer Tatortbegehung, die einer Inszenierung ähnelte.
Dabei drängt sich gerade im Südwesten die Frage nach möglichen HelferInnen des NSU auf. Bis 2001 hielten sich Mundlos, Böhnhardt und Beate Zschäpe regelmäßig in Ludwigsburg auf. Dass es sich bei den dortigen party- und alkoholaffinen Szenebekanntschaften um die einzigen AnsprechpartnerInnen der Untergetauchten im Süden handelte, gilt als unwahrscheinlich. In der Region existiert ein Netz ehemaliger Kader von »Blood & Honour« (B&H) mit vielfältigen Verflechtungen nach Sachsen. Enge Bande bestehen auch zwischen der Heilbronner Neonazi-Szene und Gleichgesinnten in Jena. Den Marbacher Neonazi Jug P. verdächtigt das Bundeskriminalamt (BKA), an Waffenlieferungen an das Trio aus der Schweiz beteiligt gewesen zu sein. Mit mindestens zwei schwäbischen Ablegern des »Ku-Klux-Klans« (KKK), in denen auch V-Leute des Verfassungsschutzes aktiv waren, hat sich der erste Ausschuss zwar befasst. Deren Bedeutung für die Szene konnte das Gremium aber nicht klären. Auch weil sich die Abgeordneten vom Geheimdienst vorführen ließen – mit zurückgehaltenen Akten und wortkargen ZeugInnenauftritten.

Bayern: War da was?

von Robert Andreasch

Am Oberlandesgericht der Landeshauptstadt München geht der NSU-Prozess ins vierte Jahr. Eine parlamentarische Aufarbeitung des NSU-Komplexes findet in Bayern jedoch nicht statt. Die Neonazis des NSU ermordeten mindestens fünf Menschen in Bayern. Warum begann der NSU seine Anschlagsserie und seine Mordserie jeweils in Bayern? Wieso dominierte in den mit der Mordserie befassten, bayerischen Polizeigremien (Sonderkommissionen »Halbmond« und »Bosporus«) ein institutioneller Rassismus?
Von Juli 2012 bis Juli 2013 befasste sich ein UA des bayerischen Landtags (»Rechtsterrorismus in Bayern - NSU«) mit dem Skandal. Das Ausschussgesetz schrieb vor, den vollständigen Fragenkatalog bereits vor dem Ausschussbeginn zu beschließen. Das damalige Wissen über den NSU war jedoch noch gering und die antifaschistische Recherche zu dessen bayerischen Netzwerken erst angelaufen. Die Zeit bis zum Ende der Legislaturperiode war viel zu knapp. Ganztägige Ausschusssitzungen wie im Bundestag oder wie im Thüringer Landtag gab es nicht. Fast alle Sitzungen waren zeitweise nichtöffentlich, mehrfach wurden Teile gar als geheim eingestuft. Zwei eifrige Vertreter des Innenministeriums wachten bei ZeugInnenaussagen und Diskussionen akribisch über eingeschränkte Aussagegenehmigungen und Geheimhaltungsvorschriften. Nach kurzer Zeit kamen so gut wie keine JournalistInnen mehr.
SPD und »Die Grünen« hatten außerdem nicht ihre ExpertInnen zur »extremen Rechten« in den Ausschuss geschickt. Sie hakten selten nach, wenn die Verantwortlichen wieder einmal jede Schuld von sich wiesen oder sich mit Erinnerungslücken retteten. Von der »Operation Rennsteig« der Verfassungsschutzämter – unter maßgeblicher Beteiligung des Bayerischen Amtes – wollten beispielsweise viele ZeugInnen nichts mehr wissen. Und die vermeintlich kritischste Frage der SPD an den Innenminister Joachim Hermann (CSU) war die nach einer möglicherweise zu geringen Einstellungsquote von MigrantInnen bei Polizei und Verfassungsschutz.
Zum V-Leute-Einsatz des bayerischen Inlandsgeheimdienstes wurde lediglich der Fall Kai Dalek behandelt. Der V-Mann vernetzte die Szene bundesweit elektronisch (»Thule-Netz«), initiierte Zeitschriftenprojekte und Organisationen in Nordbayern und Thüringen. Mit seiner Fokussierung auf Anti-Antifa-Arbeit prägte er die süddeutsche Neonazi-Szene. Einem eventuellen Wissen des bayerischen Verfassungsschutzes über die Existenz des NSU vor November 2011 wurde nicht nachgegangen. Der Zwickauer V-Mann Ralf Marschner, in dessen Firma es Autofahrten gab, die zu den Tattagen der Morde in Nürnberg und München korrespondieren, war damals noch kein Thema.
Am Ende der Ausschuss-Arbeit erschien ein halbwegs brauchbarer Abschlussbericht. Er enthält die Forderung nach einer Kommission, die künftig die Umsetzung der Empfehlungen des Ausschusses überprüft. Ihre Einsetzung wird seitdem jedoch durch die mit absoluter Mehrheit regierende CSU verhindert. Das Verhalten der Opposition ist ähnlich ärgerlich: Bis heute – zweieinhalb Jahre nach Beginn der aktuellen Legislaturperiode – hat im Landtag niemand einen zweiten UA gefordert.

Brandenburg: Quellenschutz vor Aufklärung

von Svenna Berger und Sven Kames

Auch Brandenburg hat nun einen NSU-Untersuchungsausschuss, der nicht nur Verbindungen in die militante Neonazi-Szene, sondern auch die Rolle des Verfassungsschutzes klären soll. Denn die Schlapphüte hätten durch die Weitergabe ihrer Erkenntnisse die Taten womöglich verhindern können. Viel zu lange hat es gedauert. Im Juli 2016, bald fünf Jahre nach der Selbstenttarnung des »Nationalsozialistischen Untergrunds«, fand die konstituierende Sitzung des Untersuchungsausschusses im Brandenburger Landtag statt, allerdings unter Ausschluss der Öffentlichkeit. Ab September soll es tatsächlich losgehen. Zehn Ausschussmitglieder von SPD, CDU, »Die Linke«, »Die Grünen« und auch der »Alternative für Deutschland« (AfD) sollen klären, ob und wie die Behörden durch »Handeln oder Unterlassen« die Bildung und Taten des Nazitrios und des militanten Neonazismus gefördert sowie die Aufklärung von rechten Straftaten be- oder verhindert haben.

In Brandenburg hat der NSU – zumindest soweit bekannt – nicht gemordet. Mit mindestens 28 Todesopfern steht das Bundesland jedoch bundesweit an trauriger Spitze der Statistik rechter Tötungsdelikte. Die frühen 1990er Jahre waren, wie in großen Teilen Ostdeutschlands, gezeichnet durch rassistische Ausschreitungen und Anschläge, rechte Jugendliche dominierten das Straßenbild, falsche und fehlende Konzepte prägten den Umgang von Jugendarbeit, Verwaltung, Politik und Polizei mit den Neonazis. Inzwischen wurde manches dagegen getan: Gelder flossen in die »Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus«, das Handlungskonzept »Tolerantes Brandenburg« als Leitbild der Landesregierung wurde verabschiedet, eine Antirassismusklausel in die Landesverfassung aufgenommen und als erstes Bundesland hat Brandenburg die staatliche Anerkennung der Todesopfer neu bewertet. Eine starke Zivilgesellschaft hat sich entwickelt. Ein Vorzeigeland, könnte man meinen.

Genug getan? Warum dann mit dem NSU beschäftigen? Ginge es nach der SPD, die hier seit 1990 in unterschiedlichen Koalitionen regiert, wäre eine Aufarbeitung des NSU im Rahmen eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses nicht notwendig gewesen. Stattdessen sollten die kritischen Stimmen mit einer öffentlichen Sitzung der Parlamentarischen Kontrollkommission im Landtag beruhigt werden. Die vorgetragene Abhandlung des Verfassungsschutzsprechers zur Geschichte des Geheimdienstes und über die schwierige Rekonstruktion, wie viele V-Leute denn überhaupt geführt worden seien, zeigte eindrücklich, dass Aufklärung so nicht zu leisten ist.

In München stehen im NSU-Prozess bald die Urteile an, andere Bundesländer sowie der Bundestag arbeiten seit mehreren Jahren an der Aufklärung. Der Landtag zieht nun, nach langem Zögern und immensen Widerwillen, nach. Überraschenderweise auf Druck der Oppositionsparteien CDU und »Die Grünen«, und nicht wie anderswo durch »Die Linke«, die an der Landesregierung beteiligt ist und scheinbar mehr Wert auf den Koalitionsfrieden legt. Auch Zivilgesellschaft und Wissenschaft hatten in der Vergangenheit auf einen Untersuchungsausschuss gepocht. Der Tropfen, der das Fass zum Überlaufen brachte, war die Weigerung des Innenministeriums, Akten an das Oberlandesgericht München freizugeben. Es ging um den V-Mann ‹Piatto›. Für Brandenburgs Verfassungsschutz galt nicht zum ersten Mal: Quellenschutz vor Aufklärung.

Neubewertung der letzten 25 Jahre

‹Piatto› war der Deckname des militanten Neonazis Carsten Szczepanski, der spätestens von 1994 an bis 2000 als Verfassungsschutzspitzel arbeitete. Seit 1998 soll er den Behörden mindestens fünfmal Auskunft über die abgetauchten Uwe Böhnhardt, Uwe Mundlos und Beate Zschäpe gegeben haben, darunter Informationen über deren Aufenthaltsort. Warum dies nicht zur Festnahme der drei – noch vor dem ersten Mord – geführt hat, soll der Untersuchungsausschuss herausfinden. Die Behörden, allen voran ‹Piattos› V-Mann-Führer, der heutige Chef des Sächsischen Verfassungsschutzes Gordian Meyer-Plath sowie der Beamte mit dem Decknamen »Reinhardt Görlitz«, müssen sich dafür verantworten. Doch allzu viel ist nicht zu erwarten. Zu ‹Piatto› im Bundestags-Untersuchungsausschuss befragt, sagte Meyer-Plath, dass dessen Arbeit »aus Sicht des Beschaffers« positiv zu bewerten sei. Er habe die »Früchte gern geerntet« und sei zufrieden, dass Szczepanski während seiner Zuträgertätigkeit zu einer wichtigen Szenegröße geworden wäre. Der Westberliner Neonazi, später vor allem in Königs Wusterhausen aktiv, war Anfang der 1990er Jahre einer der umtriebigsten Aktivisten: »Nationalistische Front«, »Ku-Klux-Klan«, »Hilfsgemeinschaft für nationale politische Gefangene und deren Angehörige« (HNG). Zudem stand er dem »Blood & Honour«-Netzwerk nahe und gab die Zeitschrift »United Skins« heraus, gründete das Fanzine »Der Weisse Wolf« mit. In letztgenanntem Heft wurden 2002 »Grüße an den NSU« abgedruckt. 1995 wurde Szczepanski wegen versuchten Mordes an dem nigerianischen Asylbewerber Steve Erenhi im Jahr 1992 zu acht Jahren Haft verurteilt. Wohl aufgrund seiner Spitzeltätigkeit erhielt er schnell Hafterleichterungen und kam bereits 1999 auf Bewährung frei.

Doch er ist nicht die einzige Verbindung nach Brandenburg, genauer: zum hiesigen Verfassungsschutz. Ein weiterer V-Mann ist der Gubener Neonazi Toni Stadler. Er musste im April wegen vermuteter NSU-Kontakte, die er bestreitet, vor dem Untersuchungsausschuss in Nordrhein-Westfalen aussagen. 2002 stand Stadler in Berlin wegen des Vertriebs von Rechts-Rock vor Gericht. Dass er spätestens seit 2000 für den Geheimdienst als Spitzel arbeitete, führte im Prozess zu einem Eklat. Der Richter am Landgericht Berlin warf dem Brandenburger Verfassungsschutz vor, den Neonazi geschützt, ihn mit Informationen und ‹sauberer› Technik ausge-

stattet, die Straftaten geduldet und die Strafverfolgung vereitelt zu haben. Er forderte damals, dass ein parlamentarischer Untersuchungsausschuss eingerichtet werden müsse. Dazu ist es nie gekommen.

Dass RechtsRock eine wichtige Rolle spielte, zeigt das verbotene »Blood & Honour«-Netzwerk in Brandenburg. Es bestand aus der Sektion Brandenburg, maßgeblich um Bands aus Potsdam, und der »Sektion Südbrandenburg«. Einen guten Draht soll es in den 1990er Jahren zwischen dem Potsdamer RechtsRock-Aktivisten Uwe »Uwocaust« Menzel und der sächsischen Sektion gegeben haben.

Die Aufarbeitung des NSU dreht sich jedoch nicht nur um direkte Kontakte, sondern verlangt eine Neubewertung des militanten Neonazismus im Ganzen. Die Verstrickungen der Behörden machen deutlich, dass der Aufbau und die Entwicklung von Neonazistrukturen in Brandenburg ohne den Verfassungsschutz nicht denkbar sind. Ein weiterer Skandal, der bis heute nicht aufgeklärt ist, betrifft nicht nur den Verfassungsschutz, sondern auch die Polizei. In den Jahren 2000 und 2001 hatte die sogenannte »Nationale Bewegung« mit mindestens 14 Propagandaaktionen und Brandanschlägen auf Denkmäler, die Jüdische Gemeinde, kulturelle Einrichtungen und Veranstaltungen sowie Imbisse die Landeshauptstadt terrorisiert. Der Neonazi und Verfassungsschutz-Spitzel Christian K. warnte den mutmaßlichen Polizei-Informanten Sven Sch. vor einer anstehenden Razzia. Da das LKA dieses Gespräch belauschte, konnten die Durchsuchungen im Februar 2001 vorverlegt werden. Dabei wurden zwar Schlag-, Stich- und Handfeuerwaffen samt Munition gefunden, jedoch keine Hinweise auf die »Nationale Bewegung«.

Vieles von dem, was der Ausschuss aufklären soll, liegt Jahre zurück. Nichtsdestotrotz wird sich das Gremium mit jüngeren Ereignissen beschäftigen müssen, denn es gibt zahlreiche Verbindungslinien in die heutige Zeit. Im vergangenen Jahr etwa wurde die bundesweit grassierende rassistische Protestbewegung gegen Asylsuchende auch in Brandenburg durch Gewalttaten flankiert. Es kam zu Brandanschlägen auf mehrere Flüchtlingsunterkünfte. Wie in Nauen, wo im August 2015 eine Turnhalle, die von Flüchtlingen bezogen werden sollte, niedergebrannt wurde. Nach monatelangen Ermittlungen folgten im März dieses Jahres mehrere Festnahmen. Mittlerweile wurde gegen sechs Beschuldigte Anklage wegen Gründung und Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung erhoben. Die Liste der Straftaten umfasst neben der Brandstiftung unter anderem Angriffe auf Büros der Partei »Die Linke«. Anführer der Gruppe soll der regional bekannte NPD-Politiker Maik Schneider gewesen sein. Der Nauener Stadtverordnete, Jahrgang 1987, war an zahlreichen »Nein zum Heim«-Aufmärschen beteiligt und unterhielt Kontakte zu strammen Neonazis, die in den NSU-Ermittlungen eine Rolle spielen. So war er mit Maik Eminger vernetzt, dem Zwillingsbruder des im Münchner NSU-Prozess Beschuldigten André Eminger. Ersterer ist seit Jahren landesweit einer der umtriebigsten Neonazis. 2015 war er an der Gründung des Stützpunktes Potsdam-Mittelmark der Partei »Der III. Weg« beteiligt und zog mit der Kampagne »Ein Licht für Deutschland« durch das Bundesland. Er ist zudem im Netzwerk »Gefangenenhilfe« aktiv, das sich den gleichen Aufgaben verschreibt, wie die 2011 verbotene HNG.

Der Blick auf teilweise 25 Jahre alte Vorkommnisse führt direkt in die Gegenwart. Militanter Neonazismus bleibt virulent. Die ProtagonistInnen von einst sind weiterhin aktiv oder legten das Fundament für aktuelle Geschehnisse. Auch Verantwortliche aus der Brandenburger Politik und den Sicherheitsbehörden sind heute noch in Amt und Würden. Eine mögliche Erklärung dafür, warum sich viele von ihnen gegen eine wirkliche Aufklärung sträuben.

NSU Watch Brandenburg

Zeitgleich zum Untersuchungsausschuss gründete sich die Initiative »NSU Watch Brandenburg«, mit dem Ziel, die Arbeit im Potsdamer Landtag kritisch zu begleiten. Die Einrichtung des Gremiums wird von der Initiative begrüßt. Allerdings sei dies fünf Jahre nach der Selbstenttarnung des NSU im November 2011 »wahrlich kein Ruhmesblatt für die Brandenburger Politik«. Mit dieser Kritik stehen sie nicht allein: Nebenklageanwälte im NSU-Prozess vor dem Oberlandesgericht München kritisieren schon länger die fehlende Aufklärungsbereitschaft der Brandenburger Behörden, unter anderem, weil sich das Innenministerium weigerte, Akten an das Gericht herauszugeben, und VerfassungsschutzmitarbeiterInnen während der ZeugInnenanhörungen Gedächtnislücken vorschoben. Für die Initiative steht fest: »Die V-Mann-Skandale im Land Brandenburg haben gezeigt, dass das V-Leute-System mehr Schaden als Nutzen gebracht hat«. Durch die Arbeit des Verfassungsschutzes werde der Aufbau militanter Neonazistrukturen gestärkt, denn »hier werden Gelder in die Neonaziszene gepumpt«. Außerdem hätten antifaschistische und zivilgesellschaftliche Recherchen mehr zur Aufklärung beigetragen, als der Verfassungsschutz.

Der neue Untersuchungsausschuss braucht nicht das aufzuarbeiten, was im NSU-Prozess und anderen Ausschüssen bereits geklärt wurde. Er hat vielmehr dafür Sorge zu tragen, dass das Bild vervollständigt wird, welche Brandenburger Strukturen den NSU unterstützt haben und welche Verantwortung die Behörden beim Aufbau von Neonazistrukturen hatten und haben. Die Chance dabei: Wenn es gelingt, das Mauern der Offiziellen zu knacken, wäre der Wahrheit und dem Anspruch, die NSU-Verbrechen aufzuklären, ein großer Dienst getan. Das Risiko zugleich: Der Ausschuss könnte daran scheitern, Licht in das Innenleben der Behörden zu werfen. Dann würden bekannte Fakten nur ein weiteres Mal auf den Tisch gepackt und letztlich ergebnislos rekapituliert.



Dortmund, 4. April 2016
Der von den NSU-Terroristen begangene Mord an dem Dortmunder Mehmet Kubaşik jährt sich zum zehnten Mal.
Mit der Familie Kubaşik versammeln sich rund 500 Menschen an der Gedenkstätte vor dem ehemaligen Kiosk der Familie und ziehen später zur Gedenkstätte für die zehn NSU-Opfer nahe des Hauptbahnhofs vor dem ehemaligen Gestapo-Gefängnis Steinwache.



Hamburg: Aussagen ohne Folgen

von Andreas Speit

»Er wollte noch was sagen, aber er konnte nicht mehr.« Im Saal A 101 des Münchener Oberlandesgerichts klangen am 22. September 2013 die Sätze von Ali Taşköprü nach. Langsam sprach der Vater über die Ermordung seines Sohnes Süleyman in Hamburg. Auf Nachfrage des Vorsitzenden Richter Manfred Götzl, »Sie haben doch zwei Männer gesehen?«, wiederholte er erst seine Aussage, die er wenige Stunden nach dem Mord am 27. Juni 2001 bei der Polizei machte: »Ja, ich wusste nicht, ob das Passanten oder Kunden waren«, sagte er und beschrieb sie erneut: groß, schlank, zwischen 25 und 30 Jahren und Deutsche, keine Südländer.

Im Gerichtssaal verwies wieder einmal ein Betroffener auf eine Spur nach rechts, die nie verfolgt wurde. Nur wenige Minuten entfernt vom Gemüsegeschäft an der Schützenstraße, wo Süleyman Taşköprü niedergeschossen wurde, war Ali Taşköprü den Männern begegnet: Waren es Mundlos und Böhnhardt? 2016 ist nur eins sicher: An der Elbe will der SPD-regierte Senat keinen Untersuchungsausschuss – und nur »Die Linke« machte in der Bürgerschaft Druck dafür. Der Senat hatte am 29. April 2014 einen 87 Seiten langen Bericht zur NSU-Mordserie vorgelegt, mit dem für ihn alle Fragen beantwortet scheinen. Die NebenklagevertreterInnen der Familie sehen indes bis heute Fragen offen: »Wir fordern eine umfassende Aufklärung, eine Befassung lediglich durch den Kontrollausschuss ist unzureichend«, sagte Gül Pinar, denn auch die Versäumnisse und Fehler der Hamburger Behörden seien nicht aufgeklärt. Auch der Umgang der Behörden mit der Aussage des Zeugen Ali S. im April 2006 hätte neu geprüft werden können. »Was soll ein Auftragskiller bei einem Schneider, Kioskbesitzer, Internetcafé- und Döner-Imbiss-Betreiber?«, fragte er und warf ein: Vielleicht sei es ein Rassist, ein Nazi, der Türken und Ausländer hasse, gewesen? Die Ermittler notierten: »Keine Aussage von Substanz zum Motiv«. Sie sprachen in den Akten gar selbst von dem Opfer als »Schmarotzer«.

Doch auch mögliche Verbindungen und Verstrickungen Hamburger Neonazis sind für Pinar nicht aufgearbeitet. Ein gefundener Papierschnipsel vom BKA in der ehemaligen Wohnung der NSU-Zelle mit Namen von rechten Organisationen wie dem »Deutschen Rechtsbüro« und Zeitungen wie der »Nordischen Zeitung« legt nahe, dass der NSU nicht bloß dem Neonazi-Heft »Der Weisse Wolf« Spendengeld gesendet haben könnte. Das »Rechtsbüro« und die »Nordische Zeitung« waren eng mit dem 2009 verstorbenen Neonazi-Anwalt Jürgen Rieger aus Hamburg-Blankenese verwoben.

2014 setzte der Bezirk Altona am Todestag des dritten NSU-Opfers ein Zeichen. In Gedenken an Taşköprü wurde eine Straße nach ihm benannt. Nein, nicht dort wo er in seinem Laden ermordet wurde. Die BewohnerInnen der modernen Backsteinbauten sammelten Unterschriften dagegen und auch die Traditionsfirma Kühne wehrte sich. Der nördliche Teil der Kohlentwiete durfte umbenannt werden.

Hessen: Zum Stand der Aufklärung

von Sarah Müller (NSU-Watch Hessen)

In Hessen wurde 2014 ein Untersuchungsausschuss im Landtag eingesetzt, um Hintergründe des Mordes an Halit Yozgat, der am 6. April 2006 in seinem Internetcafe in Kassel getötet wurde, zu klären. Eine zentrale offene Frage ist die Anwesenheit des hessischen Verfassungsschutzbeamten Andreas Temme, der zur Tatzeit am Tatort war und am selben Tag zweimal mit Benjamin Gärtner, einem V-Mann aus der rechten Szene, telefonierte. Zudem fragt der UA nach möglichen NSU-UnterstützerInnen in Kassel sowie Beziehungen zwischen der nordhessischen und der Dortmunder Szene. Der kurze zeitliche Abstand von nur zwei Tagen zwischen dem Mord an Mehmet Kubaşık und dem an Yozgat und die enge Vernetzung von Dortmunder und Kasseler Neonazis, etwa durch die Neonaziband »Oidoxie« und deren UnterstützerInnengruppe »Oidoxie Street Fighting Crew«, werfen die Frage nach UnterstützerInnen des NSU vor Ort auf.

Bisher war die Befragung der ZeugInnen aus Kreisen der ErmittlerInnen, StaatsanwältInnen und VerfassungsschutzmitarbeiterInnen häufig von parteitaktischem Kalkül geprägt. Die Frage, ob der damalige Innenminister und heutige Ministerpräsident Volker Bouffier (CDU) die Ermittlungen 2006 behindert hatte, verhindert eine gemeinsame kritische Ausschussarbeit. Auf Seiten der Regierungsparteien offenbart sich immer wieder Voreingenommenheit gegenüber dem UA. Beispielsweise erklärte der UA-Vorsitzende Hartmut Honka (CDU), Temme sei »zur falschen Zeit am falschen Ort gewesen«. Diese eigentlich noch ungeklärte Frage scheint für Honka beantwortet zu sein. Damit teilt er, im Gegensatz zu anderen UA-Mitgliedern, die Ansicht des Münchner Gerichts, dass Temme glaubwürdig sei. Manch befragter Polizist äußerte sich über Temme und den Verfassungsschutz kritischer als einige VertreterInnen der Regierungsparteien.

Besonders deutlich wurden die Schwächen des Ausschusses während der Befragung von vermeintlich ehemaligen Neonazis im Frühjahr 2016. Im UA konnten sich einige als AussteigerInnen präsentieren, obwohl Zweifel an diesen Inszenierungen bestehen. Widersprüche in ihren Aussagen wurden nicht hinterfragt, kritische Nachfragen blieben aus. Die Entscheidung des UA, Neonazis zu befragen, steht in Kontrast zu einer kaum vorhandenen Betroffenenperspektive. Während Neonazis sich als AussteigerInnen präsentieren konnten, mangelt es dem UA an Stimmen, die auf die rassistischen Ermittlungen aufmerksam machen oder bei Befragungen entsprechender ZeugInnen nachhaken.

Die große Enthüllung, der den Grund für Temmes Anwesenheit am Tatort und mögliche Verbindungen des NSU nach Hessen aufdeckt, ist nicht in Sicht. Trotz aller Kritik bietet der Ausschuss Einblicke in die hessische Neonazi-Szene, in ihre Vernetzung sowie in die Arbeit der hessischen Behörden. Insbesondere das »Landesamt für Verfassungsschutz« erscheint als eine vollkommen verselbstständigte Behörde, die sich jeglicher Kontrolle zu entziehen versucht.

Mecklenburg-Vorpommern

von »Mord verjährt nicht!« (Rostock)

»Viele Indizien weisen darauf hin, wie eng (...) die NSU-Terroristen mit Kameraden im Nordosten vernetzt waren«, schrieb der Journalist Patrick Gensing 2015 in der »taz«. Der Verfassungsschutz von Mecklenburg-Vorpommern sieht das ganz anders: »Für die Ermittlungsbehörden haben sich (...) bislang keine Ansätze (...) ergeben, so dass derartige Aussagen journalistisch geprägte Spekulationen bleiben.« Ist das wirklich so? Rostock ist die einzige ostdeutsche Großstadt, in der die Neonazis des NSU mordeten. Am 25. Februar 2004 erschossen sie im Stadtteil Toitenwinkel Mehmet Turgut, der in einem Imbissstand arbeitete. In Stralsund sollen zudem zwei Banküberfälle auf ihr Konto gehen. Sind diese Taten ohne Vernetzung mit lokalen Neonazi-Strukturen denkbar? Hat der Verfassungsschutz einfach nur nichts gewusst, aber keine konkreten Fehler

gemacht? Waren die Ermittlungen der Polizei nach dem Mord nicht von rassistischen Vorurteilen geprägt?
Der Imbissstand, in dem Turgut ermordet wurde, lag sehr abgelegen. Die Wahrscheinlichkeit, dass er ohne Hilfe von außen und zufällig ausgewählt wurde, ist gering. Es gibt Fotos, die Zschäpe, Böhnhardt und Mundlos Mitte der 1990er Jahre auf einer Feier in der Rostocker Innenstadt zeigen. Auf der Telefonliste, die in den Trümmern der NSU-Wohnung in Zwickau gefunden wurde, ist eine Telefonnummer aus Rostock vermerkt. Es gibt das Fanzine »Der Weisse Wolf«, in dem 2002 der NSU namentlich gegrüßt und sich für eine Geldspende bedankt wurde. Verantwortlich war der spätere NPD-Abgeordnete im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern David Petereit. Gab es also wirklich keine Verbindungen des NSU in den Nordosten?
In den Bundesländern, die mit einem parlamentarischen Untersuchungsausschuss auf die Morde reagierten, sind Verwicklungen des Verfassungsschutzes und Ermittlungsfehler der Polizei bekannt geworden. In Mecklenburg-Vorpommern haben die Behörden nach Ansicht des CDU-geführten Innenministeriums dagegen alles richtig gemacht. Das ist kaum vorstellbar. Doch ein Untersuchungsausschuss scheiterte 2013 an »Die Grünen«, die nach einer Sitzung der geheim tagenden »Parlamentarischen Kontrollkommission« von ihrer Forderung nach einem solchen Abstand nahmen.
Nach der Landtagswahl am 4. September 2016 soll ein neuer Anlauf gewagt werden. Diesmal scheint zwischen SPD, »Die Grünen« und »Die Linke« Einigkeit zu bestehen. Was aus den Forderungen wird, muss sich zeigen. Fortschritte macht hingegen die Gedenkpolitik. Nachdem seit 2011 linke und migrantische Verbände das Gedenken an Mehmet Turgut organisierten und mit inhaltlichen Veranstaltungen begleiteten, gelang es 2016, eine gemeinsame Gedenkveranstaltung mit der Stadt Rostock durchzuführen – es war eine Forderungen der Hinterbliebenen, dass Mehmet Turguts auch von offizieller Seite gedacht wird.

Nordrhein-Westfalen: Zentrale Fragen bleiben offen

von Kim Müller

Einen Mord in Dortmund und zwei Sprengstoffanschläge in Köln verübte der NSU in Nordrhein-Westfalen. Das Bundesland verfügt über eine militante Neonazi-Szene, ihr konnten jedoch bisher keine direkten Kontakte zu Böhnhardt, Mundlos und Zschäpe nachgewiesen werden. Aus diesem Grund blieben zwei zentrale Fragen des nordrhein-westfälischen Untersuchungsausschusses bis heute ungeklärt: Nach welchen Kriterien hat der NSU seine Opfer hier ausgewählt und hatte er UnterstützerInnen vor Ort?
Gerade bei dem Sprengstoffanschlag auf den Kiosk einer iranischen Familie in der Kölner Probsteigasse drängt sich diese Frage auf, zumal das Phantombild des Täters, der die Bombe im Dezember 2000 im Geschäft ablegte, wenig Ähnlichkeit mit Mundlos oder Böhnhardt aufweist. Bei einer Lichtbildvorlage nach 2011 identifizierten zwei AugenzeugInnen keinen der beiden zweifelsfrei als den Täter. Für Unruhe sorgte in diesem Zusammenhang die Erkenntnis, dass die Generalbundesanwaltschaft im Februar 2012 die mögliche Tatbeteiligung eines langjährigen V-Mannes des nordrhein-westfälischen Verfassungsschutzes geprüft hatte – ohne weitere Schritte einzuleiten. Zu einem endgültigen Ergebnis kam der Ausschuss, der noch bis spätestens Mai 2017 läuft, in dieser Sache bislang nicht.
Ungeklärt ist auch, ob es nur Zufall war, dass der NSU die Morde in Dortmund und Kassel mit nur zwei Tagen Abstand verübte und zur gleichen Zeit die Dortmunder RechtsRock-Szene enge Kontakte nach Kassel pflegte. Hinweise darauf, dass Böhnhardt und Mundlos kurze Zeit vor den Morden an einem RechtsRock-Konzert in Kassel teilgenommen hatten, erhärteten sich jedoch nicht. Deutlich wurde allerdings, dass es Anfang der 2000er Jahre eine äußerst militante und terroraffine Szene in Dortmund gegeben hat, die sich an Konzepten von »Combat 18« orientierte und die »Turner Tagebücher« las. Mittendrin: Sebastian Seemann, ehemaliger V-Mann des Verfassungsschutzes von Nordrhein-Westfalen.
An der Blockadehaltung des »Bundesamtes für Verfassungsschutz« (BfV) biss sich der Ausschuss die Zähne aus, als er die Todesumstände von Thomas Richter untersuchen wollte. Das Amt verweigerte Akten und ZeugInnen zu dem ehemaligen V-Mann »Corelli«, der im April 2014 bei Paderborn an einem Zuckerschock verstorben war. Eine überraschende Erkenntnis kam dann von anderer Seite: Ein medizinischer Gutachter räumte ein, dass als Todesursache nicht nur ein unerkannter Diabetes, sondern auch das Rattengift Vacoor in Frage käme. Die Paderborner Staatsanwaltschaft nahm daraufhin das Todesermittlungsverfahren wieder auf und gab ein neues Gutachten in Auftrag.

Sachsen: Vom Bohren dicker Bretter

von Kerstin Köditz

»Neonazistische Terrornetzwerke in Sachsen« heißt der zweite Untersuchungsausschuss in dem Bundesland, das für über ein Jahrzehnt der Rückzugsraum für das Kerntrio des NSU war. »Blood & Honour«, die »Hammerskins« und ähnlich ausgerichtete Gruppen stehen nun damit im Fokus. Mit dieser Erweiterung des Untersuchungsauftrags hat man sich viel vorgenommen, denn dem Aufklärungswunsch der einsetzenden Fraktionen »Die Linke« und »Die Grünen« steht nicht der entsprechende Aufklärungswille der Regierungskoalitionen zur Seite. Im Gegenteil. Ganze acht bis neun Sitzungen pro Jahr finden statt, Sondersitzungen oder gar eine Blockwoche, wie in der letzten Legislaturperiode, werden bisher von der Mehrheit des Ausschusses strikt verweigert. Im Zeitraum zwischen 10 und 16 Uhr werden jeweils zwei ZeugInnen vernommen. Mehr nicht. Es gilt also dicke Bretter zu bohren, wenn man der Aufklärung bis zum Ende der Legislaturperiode tatsächlich ein Stück näher kommen will. Keinen Beitrag dazu hat bisher die Fraktion der »Alternative für Deutschland« geleistet, die nun auch in dem Gremium vertreten ist. Immerhin ist es den ParlamentarierInnen bisher schon gelungen, einige der im Umlauf befindlichen Verschwörungsmythen zu entkräften. So kann nach entsprechenden Vernehmungen nun nicht mehr einfach behauptet werden, etliche der im Brandschutt gefundenen Asservate seien nachträglich dort verbuddelt worden. So hat die Fraktion der »Die Linke« jenen Polizisten ausfindig gemacht, der die Česká – die Mordwaffe also – gefunden hatte. Intensiv vernommen wurde zum Beispiel der Hausmeister, der laut Polizeiangaben die Telefonnummer Zschäpes besessen haben soll, dies in der Vernehmung jedoch vehement bestritt. Zu den für die kommenden Sitzungen geladenen ZeugInnen gehören unter anderem Zwickaus Oberbürgermeisterin Pia Findeiß sowie der ehemalige Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz (BfV) Heinz Fromm und sein Nachfolger Hans-Georg Maaßen. In allen drei Fällen wird wahrscheinlich der Spitzel des BfV Ralf Marschner eine besondere Rolle spielen. Bisher waren die Plätze für BesucherInnen und die Presse weitgehend leer, das Medienecho blieb schwach. Vielleicht ändert sich dies, wenn die Prominenz auf der ZeugInnenbank sitzt.



Sachsen-Anhalt: keine weiteren Fragen?

von Arnd Graf

Dafür, dass der NSU Verbindungen nach Sachsen-Anhalt hatte, gibt es Hinweise. Doch viele Fragen fanden keine Antwort oder wurden nie gestellt.
Thomas Richter (V-Mann »Corelli«) war eine Top-Quelle des Verfassungsschutzes in der Neonazi-Szene. Als er im Zuge des NSU-Skandals aufflog, gab es auch in Sachsen-Anhalt Fragen. Schließlich war Richter hier eine der Schlüsselfiguren der Szene, der mit seinen Internet-Projekten (»Nationaler Beobachter«, »Nationale gegen Kinderschänder«, ...) ein früher Pionier der Nutzung des Internets durch die Szene war. Doch allzu sehr forschte man Richter nicht nach. Da er seit den frühen 1990er Jahren V-Mann des Bundesamtes und nicht des Landesamtes war, gab es scheinbar in Sachsen-Anhalt keine Veranlassung für Nachfragen, obwohl er zuvor für die Schlapphüte des Bundeslandes tätig war. Unmittelbar nach Richters Enttarnung trat der damalige Chef des hiesigen Verfassungsschutzes, Volker Limburg, zurück – aus heutiger Sicht wegen einer Lappalie. Auf Nachfrage des Kontrollgremiums des Landtages konnten die Akten aus der Zeit, in der »Corelli« für den Verfassungsschutz Sachsen-Anhalt gearbeitet hatte, nicht vollständig beigebracht werden. »Die Linke« und »Die Grünen« verlangten Aufklärung. Doch als diese ausblieb, war dies dennoch kein Anlass, das Thema weiter zu verfolgen. Einen parlamentarischen NSU-Untersuchungsausschuss gab es in Sachsen-Anhalt nicht, obwohl es ungeklärte Fragen gibt. So fuhr Beate Zschäpe in den Tagen ihrer Irrfahrt durch Deutschland im November 2011, nachdem sie die Wohnung des NSU in Zwickau in Brand gesetzt hatte, auch nach Halle (Saale), wo sie auch zuvor wiederholt gewesen war. Warum? Traf sie vielleicht Thomas Richter? Eine von Richters Handynummern jedenfalls fand sich im Fundus des NSU. Zschäpe soll außerdem in Halle in zahnärztlicher Behandlung gewesen. Warum dort? Und die Einnahmen eines neonazistischen Konzerts in Lützen in Sachsen-Anhalt sollen an den NSU gegangen sein. Auch hier gibt es offene Fragen.
Echte Räuberpistolen des Verfassungsschutzes aus den wilden 1990er Jahren, wie es sie in Thüringen gab, sind aus Sachsen-Anhalt nicht bekannt. Auch blieben spektakuläre Enttarnungen von Spitzeln aus. Klar ist nur, dass der Geheimdienst anlässlich schwerer neonazistischer Gewalttaten in den 1990er Jahren keine gute Figur machte. So musste der damalige Verfassungsschutz-Chef Wolfgang Heidelberg zurücktreten, nachdem bekannt geworden war, dass sein Dienst von der rassistischen Hetzjagd auf Migranten am Himmelfahrtstag 1994 vorab gewusst, die Polizei aber nicht informiert hatte.
Ebenso wie Mecklenburg-Vorpommern und bis vor kurzem Brandenburg steht Sachsen-Anhalt für FachjournalistInnen, Antifa und Politik bei der Aufarbeitung der Spuren des NSU im Schatten von Sachsen und Thüringen. Eine Reportage des MDR über Thomas Richter fasste immerhin verdienstvoll seine Rolle in der Neonazi-Szene zusammen. Doch weitere Recherchen blieben aus.

Thüringen: Aufklärung fortsetzen

von Katharina König

In Thüringen wurde der erste NSU-UA »Rechtsterrorismus und Behördenhandeln« im Februar 2012 eingesetzt. Die ersten Sitzungen konzentrierten sich auf die 1990er Jahre und die Verfestigung der rechten Szene in Thüringen. Bereits die Anhörung der Sachverständigen, unter denen sich auch Aktive der damaligen antifaschistischen Szene befanden, deutete die Verwicklungen und Unterstützung durch Sicherheitsbehörden, wie dem »Thüringer Landesamt für Verfassungsschutz« (TLfV), für die extreme Rechte an.
Aufgrund der mutmaßlich kompletten Übergabe der Akten des TLfV sowie weiteren Lieferungen aus Justiz- und Sicherheitsbehörden zum »Phänomenbereich rechts« standen bereits 2012 umfängliche und ungeschwärzte Akten zur Verfügung. 11.681 Akten wurden dem UA übergeben. Die Akteneinsicht, das konsequente Befragen von ZeugInnen quer durch die Sicherheits- und Justizbehörden sowie das kontinuierliche Thematisieren von Neonazi-Strukturen führte zu detaillierten Erkenntnissen zur Entstehung des »Thüringer Heimatschutzes«, dem politischen Sozialisationsfeld des späteren NSU. Der UA arbeitete in 68 Sitzungen die Verantwortungslosigkeit damaliger Verantwortungsträger, Aktivitäten von Verfassungsschutzbehörden im Zusammenhang mit V-Leuten und Neonazi-Strukturen, sowie das systemische Fehlverhalten von Polizei und Staatsanwaltschaften heraus. In dem 2014 veröffentlichten Abschlussbericht heißt es: »Die Häufung falscher oder nicht getroffener Entscheidungen und die Nichtbeachtung einfacher Standards lassen aber auch den Verdacht gezielter Sabotage und des bewussten Hintertreibens eines Auffindens der Flüchtigen zu.«
Im April 2015 fand dann die erste Sitzung des zweiten Thüringer NSU-UA statt. Seit mehr als einem Jahr beschäftigt sich der Ausschuss nun mit den Abläufen und offenen Fragen des 4. November 2011, als sich in Eisenach der NSU selbst enttarnte, und den Folgemaßnahmen der Behörden. Polizeibeamte, Rettungskräfte, Feuerwehr, AnwohnerInnen, Obduzenten und Pathologin sowie JournalistInnen wurden als ZeugInnen gehört. Die Abläufe des 4. November sind so mittlerweile weitestgehend geklärt.
Die nächsten Schwerpunktaufgaben des UA, der spätestens zum Ende der Legislatur im Sommer 2019 beendet sein muss, sind im Untersuchungsauftrag formuliert: Aufklärung über das UnterstützerInnen-Netzwerk des NSU, die mögliche Kenntnis dieses Netzes durch Sicherheitsbehörden, mögliche Verbindungen des NSU zur Organisierten Kriminalität sowie der Mord an der Polizistin Michèle Kiesewetter. Dies würde dem im ersten Abschlussbericht formulierten Anspruch gerecht: »Wir setzen uns dafür ein, dass auch künftig im Freistaat Thüringen alle Anstrengungen unternommen werden, um die Verbrechen des NSU und die Tatbeiträge ihrer Unterstützer aufzuklären, und dass diese Aufklärung nicht vor der Verantwortung von Sicherheits- und Strafverfolgungsbehörden halt macht.«

»Sie haben uns nur gegeben, was sie wollen. Nicht, was wir wollen.«

von Caro Keller und Lee Hielscher

Die Thematisierung der rassistischen Morde an Enver Şimşek, Abdurrahim Özüdoğru, Süleyman Taşköprü, Habil Kılıç, Mehmet Turgut, İsmail Yaşar, Theodoros Boulgarides, Mehmet Kubaşık und Halit Yozgat begann nicht erst im November 2011, als sich durch die Selbstaufdeckung des NSU die Vermutungen vieler Angehöriger bestätigte, dass es sich um rechte Morde handelte. Schon 2006 gingen über 2.000 Menschen, vorwiegend aus den sogenannten migrantischen Communities, in Kassel und in Dortmund auf die Straße, um der Ermordeten zu gedenken und um Aufklärung zu fordern. Sie trugen die Bilder ihrer Väter, Söhne und Brüder mit sich. Damals wurden die Ermordeten noch als Mitschuldige an ihrem eigenen Tod verdächtigt. Trotz der Bemühungen um Öffentlichkeit fanden diese Demonstrationen keine nennenswerte öffentliche Beachtung. Von staatlicher Seite wurden die Demonstrierenden mit Sätzen abgespeist wie: »Ich weiß, dass bei Ihnen eine große Verunsicherung stattfindet, weil es eine ganze Reihe von Gerüchten gibt, die ausländerfeindliche Hintergründe vermuten lassen, für die aber keinerlei Beleg da ist«, so ein Vertreter der Stadt Kassel auf der Demonstration. Auch antifaschistische Initiativen hörten die Stimmen der Betroffenen nicht und gingen den deutlichen Hinweisen auf einen möglichen rechten Hintergrund nicht nach.

Marginalisierung der Angehörigen

Seit 2011 gibt es kein Ausweichen mehr, was die rassistischen Hintergründe der Taten des NSU betrifft. Allerdings nur in einem engen Rahmen: Böhnhardt, Mundlos und Zschäpe seien EinzeltäterInnen gewesen.

Mit der nachträglichen Anerkennung als Opfer rechter Gewalt setzte sich auch eine staatliche Gedenkmaschinerie in Gang. Denn wo rechte Taten eingeräumt werden müssen, liegt internationale Aufmerksamkeit und Druck auf dem Standort Deutschland. Oft ist die Konsequenz deutsche Gedenkpolitik mit all ihren Widersprüchlichkeiten. Den Anfang machten Versprechen von PolitikerInnen im ganzen Land: Aufzuklären, nicht zu vergessen. Dies entsprach weitestgehend auch den Wünschen der Angehörigen. Schon bald verständigten sich die Bürgermeister der Tatort-Städte auf eine gemeinsame Erklärung sowie die Verlegung von Gedenksteinen.

Was sonst von kleinen Initiativen über Jahre erstritten werden muss, wurde hier von staatlicher Seite eigenständig umgesetzt. Wie heute festgestellt werden muss, jedoch nicht, um die Opfer und Hinterbliebenen anzuerkennen, sondern um die Deutungshoheit zu behalten. Bei den staatlichen Gedenkveranstaltungen wurden die Angehörigen mehr und mehr marginalisiert. Waren sie bei den ersten Gedenkfeiern noch als RednerInnen auf der Bühne – was in einigen Fällen sogar gegen die Veranstaltenden durchgesetzt werden musste –, so wurden sie in puncto Gedenksteine nicht kontaktiert. Ihre Reden wurden falsch übersetzt, konkrete Forderungen übergangen.

Das Versprechen der Aufklärung wird gebrochen und den Hinterbliebenen stattdessen eine StatistInnenrolle zugewiesen. Statt an das Geschehene in seinem ganzen Ausmaß zu erinnern, wird viel eher über Integration und Zusammenhalt gesprochen – in einem Staat, der ein mordendes Neonazinetzwerk bestens integrierte. So scheinen die staatlichen Gedenkaktivitäten eher dem Bild des Staates selbst zu dienen, als den Betroffenen.

In allen Städten, in denen der NSU mordete, gibt es – außer in Rostock und Nürnberg – inzwischen Gedenktafeln oder Gedenksteine mit einem einheitlichen Text sowie den Namen der Toten. Mehrfach wurden Tafeln mit falschen Namen oder Lebensdaten angebracht. In Rostock entschied sich die Stadt für einen eigenen Text, obwohl eine Gedenkinitiative mit Mitgliedern der Familie Turgut bereits eine Gedenktafel erstellt hatte. In Nürnberg gibt es bis heute keine offiziellen Schilder, eine Gedenkinitiative hat hier eigenständig Tafeln aufgehängt. Die Sprache der Gedenkplatten ist deutsch, eine Übersetzung ins Türkische fand nur am Rostocker Gedenkort statt – Mehmet Turgut war kurdischer Abstammung. Die Forderung nach Aufklärung hingegen wird von staatlichen Institutionen, allen Versprechen entgegen, nicht eingehalten beziehungsweise aktiv torpediert.

»Es muss auch mal gut sein« – (Staatliche) Gedenkstrategien

In Hamburg wird der Gegensatz zwischen den geäußerten Wünschen der Angehörigen und der offiziellen Gedenkpolitik am deutlichsten. Wie bundesweit, so machte auch hier die Verlautbarung des damaligen Hamburger Innensenators den Anfang, es werde alles für die Aufklärung getan. Einen Untersuchungsausschuss gibt es bis heute nicht, Aufklärungsbemühungen wurden in den dafür anberaumten Innenausschüssen und Bürgerschaftssitzungen belächelt und torpediert. Gründe für den Tatort Hamburg werden beiseite geschoben und stattdessen von einer Zufallswahl gesprochen. Statt herausgearbeitete Verstrickungen der Hamburger Neonazi-Szene mit dem UnterstützerInnenumfeld des NSU oder den institutionellen Rassismus bei den polizeilichen Ermittlungen zu thematisieren, werden ein Gedenkstein und eine Straßenumbenennung als »Bekenntnis zum NSU« präsentiert. Einen von der Stadt verlegten Gedenkstein, direkt vor dem ehemaligen Gemüseladen, in dem Süleyman Taşköprü erschossen wurde, lehnte die Familie ab. Sie wählte diesen Ort für ein eigenes Gedenken und ließ einen Stern für den Ermordeten ein.

Die nach ihm benannte Straße kommentierte seine Schwester Ayşen Taşköprü: »Für mich hat diese Umbenennung keine große Bedeutung. Was sind schon 300 Meter in irgendeiner Seitenstraße für das Gedenken

an einen Menschen?« Denn nicht die Schützenstraße, wo der Mord stattfand, wurde im Juni 2014 umbenannt, sondern die parallel verlaufende Kohlentwiete, und von dieser auch nur ein Abschnitt. Bei der Umbenennung war zusätzlich der Name des Ermordeten auf den Straßenschildern falsch geschrieben – immerhin dies ist inzwischen behoben. Die eigentliche Forderung, bei einer Straßenumbenennung wenigstens die Schützenstraße umzubenennen, scheiterte aus formalen Gründen.

Die Taşköprüstraße hat heute doppelten Nutzen für Hamburg: Öffentlich kann sich mit ihr gebrüstet werden, sich der Verantwortung gestellt zu haben und damit alle Verpflichtungen den Opfern gegenüber erfüllt zu haben. Es wird gleichzeitig ein Schlussstrich gezogen und die Forderungen nach Aufklärung, die auch während der Umbenennung laut wurden, werden unterbunden. Ein Vergessen nimmt seinen Lauf, bildlich wird dies bei einem Besuch des offiziellen Gedenksteins, der inzwischen bis zur Unleserlichkeit verblasst ist.

Die Hinterbliebenen des Kasseler Mordopfers Halit Yozgat sorgten seit seinem Tod 2006 für dessen beständige Thematisierung. Im Gegensatz zu Hamburg gibt es in Hessen mittlerweile einen parlamentarischen Untersuchungsausschuss, dieser scheitert jedoch regelmäßig an sich selbst. Die Fraktionen sind zerstritten und unterschiedlich stark an Aufklärung interessiert. Die verantwortlichen Behörden sperren sich zusätzlich vehement dagegen, alles offenzulegen.

Familie Yozgat forderte nach 2011 eine Umbenennung der Holländischen Straße, in welcher ihr Sohn aufwuchs und den Tod fand. Sie wollten keine Halit-Yozgat-Straße, sondern eine Halitstraße in Gedenken »an alle Halits« wie es der Vater formuliert. Antifaschistische AktivistInnen benannten wiederum die Holländische Straße eigenmächtig in Halit-Yozgat-Straße um, wofür Geldstrafen wegen Beschädigung öffentlichen Eigentums fällig wurden. Nach längerem Ringen im Stadtrat wurde schließlich ein namenloser Platz in der Nähe der Todesstelle umbenannt sowie durch die Kasseler Verkehrsbetriebe der Haltestellenname um »Halitplatz« erweitert.

Auch hier scheint nicht Anerkennung, sondern das Erfüllen von Verantwortungszwängen im Mittelpunkt zu stehen: »Mit dem Halit-Platz und der Umbenennung einer Haltestelle hat die Stadt einen würdigen Ort des Gedenkens geschaffen. Eine Umbenennung der Holländischen Straße ist nicht beabsichtigt«, ließ ein Stadtvertreter verlauten. İsmail Yozgat, der Vater von Halit Yozgat bringt es auf den Punkt: »Sie haben uns nur gegeben, was sie wollen. Nicht, was wir wollen.«

Die vorgebliche Hinwendung zu den Ermordeten erfüllt so eher die Funktion, einen Schlussstrich unter das Geschehene zu ziehen. Eine Thematisierung der gesellschaftlichen Zustände, die die Entstehung und Deckung des NSU ermöglichte und die Morde unaufgeklärt ließ, findet nicht statt, wie sich auch in der generellen Ausblendung einer Thematisierung des NSU in Zwickau zeigt. In dieser Stadt mordete der NSU nicht, dort war er zuhause. Zwischen seinen NachbarInnen bewegte sich das NSU-Kerntrio wie der sprichwörtliche Fisch im Wasser. Doch davon will in Zwickau niemand etwas wissen. Ein SPD-Stadtrat sagte im Mai 2013, zu Beginn des NSU-Prozesses in München: »Wir wollen unseren Stadtteil, unsere Stadt nicht mehr mit NSU, Nazis, Terrorzelle oder rechter Gewalt in Verbindung gebracht sehen. Es muss auch mal gut sein.«

Der Blick auf den staatlichen Umgang mit dem NSU verdeutlicht, dass Anerkennung rechter Gewalt hier zum Verkennen rassistischer Zustände geführt hat. So versuchte beispielsweise die Stern-Kampagne »Eure Bombe galt auch uns« eine gesamtgesellschaftliche Lesart der NSU-Morde und Anschläge zu schaffen. Prominente posieren hier für Betroffenheit und inszenieren Opfer; der NSU-Terror wird als Angriff auf Deutschland, Weltoffenheit und die Demokratie umgedeutet. Die rassistische Dimension der NSU-Taten wie auch ihr rassistisch begründeter Ausschluss aus der Wahrnehmung und Aufklärung wird damit entnannt.

Antifaschistische Perspektiven

Was bei staatlicher Gedenkpolitik in den Hintergrund gedrängt wird, hat bei selbstorganisiertem Gedenken mehr Raum: Thematisierung des gesellschaftlichen Rassismus, die Wünsche der Angehörigen und der Betroffenen, die Forderung nach und Bemühungen um Aufklärung in Bezug auf das Neonazinetzwerk und die staatlichen Verstrickungen. Seit 2011 gab es zahlreiche Demonstrationen und Kundgebungen, Interventionen im öffentlichen Raum, beispielsweise durch eigenständige Straßenumbenennungen oder das Erstellen von Gedenktafeln. Es entwickelt sich an vielen Orten eine gemeinsame politische Intervention mit den Angehörigen der Mordopfer und Betroffenen der Bombenanschläge. Die Opfer in den Mittelpunkt zu rücken ist richtig und dringend notwendig. Zugleich sollte es nicht darum gehen, ein besseres Gedenken als der Staat zu schaffen und sich dafür der Stimme der Betroffenen zu bedienen. Die sporadische Aufmerksamkeit für die Betroffenen des NSU-Terrors führt vielerorts zum Mangel an einer Zusammenarbeit auf Augenhöhe. Das Erinnern der rassistischen Anschläge muss auch immer wieder eine Thematisierung der sie ermöglichenden Zustände sein. Die jahrelange Nicht-Wahrnehmung, auch durch antifaschistische Initiativen, ist ein Teil davon. Antifaschistische Initiativen sollten sich mit dem Anspruch »den Betroffenen eine Stimme zu geben« nicht selbst überschätzen. Diese Stimme haben die Betroffenen selbst und nutzen sie, vor allem für eine gemeinsame und zentrale Forderung: Aufklärung der Morde und Anschläge, damit dies nie wieder möglich ist. Angesichts des letzten Jahres vor Gericht und in den Untersuchungsausschüssen kann festgestellt werden, dass diese Forderung dringend breiterer Unterstützung bedarf. Jeder Schlussstrich unter die jüngste deutsche Geschichte rückt damit in weite Ferne.

Von Lichtenhagen nach Heidenau

Kontinuitäten und Brüche rassistischer Mobilisierungen seit den 1990er Jahren.

von Anna Wiede und Klaus Niebuhr

Rostock-Lichtenhagen im August 1992: Über vier Tage ziehen sich die Angriffe auf AsylbewerberInnen und vietnamesische VertragsarbeiterInnen hin. Was später das ‹Pogrom von Lichtenhagen› genannt wurde, wird im Rückblick als Auftakt zu einem Jahrzehnt rechten Terrors und Gewalt angesehen. Die Welle rassistischer Gewalttaten begann jedoch mit der Wiedervereinigung 1990 im Zuge einer sie begleitenden nationalistischen Mobilisierung. Damals bildete sich aus der Subkultur der Skinheads eine rassistische und extrem rechte Jugendkultur, die in Ostdeutschland bald zu einem dominierenden Faktor für die Sozialisation von Jugendlichen wurde. Charakteristisch für die rassistische Gewalt der frühen 1990er Jahre war die Form ihrer Ausübung als Massengewalt. Wer die Chroniken der rassistischen Gewalt liest, erfährt von nächtelangen Belagerungen von Asylunterkünften und dem vielerorts nur halbherzigen und verspäteten Eingreifen der Polizei. Brandanschläge und Morde wurden damals oft nur mit großem zeitlichem Verzug und durch hohen Rechercheaufwand von regionalen AntifaschistInnen und wenigen FachjournalistInnen bekannt. Da das Internet nicht für die Verbreitung von Nachrichten zur Verfügung stand, war die Deutungs- und Informationshoheit der Behörden über rassistische Gewalt immens.

In den Jahren zwischen 1990 und 1994, der Hochphase rassistischer Gewalt in Deutschland, wuchs eine Generation rechter und rassistischer TäterInnen heran, für welche die fast schrankenlose und oftmals sanktionsfreie Ausübung rassistischer Gewalt zum politisch sozialisierenden Moment wurde. Der Blick auf den Werdegang von Mundlos, Böhnhardt und Zschäpe zeigt dies ganz deutlich. Sozialisiert in der Phase rassistischer Massengewalt radikalisierten sie sich nach deren Abebben ab 1994 bis hin zu rechtsterroristischen Morden.

Mit der Änderung des Asylrechts 1993 verlor der militante Neonazismus vorerst eines seiner zentralen Agitations- und Mobilisierungsthemen: Flucht und Asyl. Doch die Zahl der rechten und rassistischen Gewalttaten stabilisierte sich dauerhaft auf hohem Niveau. Das Milieu des militanten Neonazismus bildete seit Mitte der 1990er Jahre verbotsresistente Strukturen in Form von »Kameradschaften« und jugendkulturellen Subszenen. Mit Unterstützung der im ersten Jahrzehnt der 2000er Jahre im Aufstieg begriffenen NPD eroberte die Szene Sozialräume in Regionen, in denen andere gesellschaftliche Institutionen auf dem Rückzug waren. In einigen Regionen Ostdeutschlands stiegen Neonazis zu gesellschaftlich normalisierten sozialen Akteuren auf.

Mit Rückblick auf die Entwicklung rassistischer Gewalt zu Beginn der 1990er Jahre stellt sich die Frage, wie sich seitdem die Voraussetzungen zur Entstehung wirkmächtiger rassistischer Mobilisierungen geändert haben.

Die heutige Situation unterscheidet sich von jener zu Beginn der 1990er Jahre in mehrfacher Hinsicht. Die Zusammensetzung der ausübenden Gruppen rassistischer Gewalt hat sich verändert. Dominierten in den 1990er Jahren Jugendliche und Heranwachsende aus der Jugendkultur der rechten Skinheads die TäterInnengruppen, so werden heute vielfach TäterInnen festgestellt, die zuvor in keinem rechten oder rassistischen Kontext aufgefallen sind. Der Verlauf der rassistischen Mobilisierungen gegen Flüchtlinge seit 2011 zeigt zudem, dass das Berührungstabu zwischen rassistisch argumentierenden WutbürgerInnen und militanten Neonazis weggefallen ist. Beide Seiten profitieren davon in der Organisation von Versammlungen. Erfahrene Neonazis bieten rassistischen WutbürgerInnen eine Plattform, die diese bereitwillig nutzen, woraus Neonazis wiederum die Legitimation ziehen, im Namen des Volkes zu handeln.

Die Mobilisierung gegen Asylsuchende über soziale Netzwerke hat zu einer Vernetzung geführt. In dieser Parallelgesellschaft stützen und beglaubigen sich die einzelnen gegenseitig in einer endlosen Argumentationsschleife; das Resultat ist eine Inflation von Gerüchten, Lügen und Hetze. Nicht zuletzt hat die allgegenwärtige Verfügbarkeit von Filmaufnahmen die Wirkung rassistischer Protestformen verändert. Nicht mehr nur ein Ereignis an sich entfaltet seine regional mobilisierende Wirkung. Die Wiedergabe einer Demonstration gegen Flüchtlinge im Video vervielfältigt die Reichweite des Inhaltes und wird so andernorts zur Vorlage für Gleiches und Gleichgesinnte.

Im Vergleich zeigt sich, dass Formen und Reichweite rassistischer Mobilisierungen Schwankungen unterliegen, deren Ursachen sowohl im gesellschaftlichen Diskurs über Flucht und Migration liegen, als auch in der Fähigkeit von Neonazis, Kampagnenformate zu organisieren und zu popularisieren. Zwischen dem Pogrom in Rostock-Lichtenhagen und den ähnlich gearteten Ereignissen in Dresden-Heidenau im August 2015 liegen mehr als zwei Jahrzehnte. Doch es zeigt sich, die Geschichte rassistischer Mobilisierungen wiederholt sich nicht – es sei denn als Farce.

Halit Yozgat
* 6.2.1985 - ermordet am 6.4.2006

Folgerungen aus dem NSU?

Fünf Jahre nach der Selbstenttarnung des NSU kann nicht von einem generellen Mentalitätswechsel der Behörden gesprochen werden.

von Gerd Wiegel

Was hat sich seit der Selbstenttarnung des NSU und der Arbeit von inzwischen elf Untersuchungsausschüssen zum NSU bei den Sicherheitsbehörden und speziell beim Verfassungsschutz verändert? Bereits im Februar 2014 hat die Bundesregierung einen »Bericht zur Umsetzung der Empfehlungen des 2. Untersuchungsausschusses der 17. Wahlperiode« vorgelegt. Betrachtet man die hier getroffenen Ausführungen, so stellt man fest, dass mehr oder weniger alle Empfehlungen des »Parlamentarischen Untersuchungsausschusses« (PUA-NSU), die im Verantwortungsbereich der Bundesregierung liegen, umgesetzt worden sind. Für den Bereich der Justiz und des Verfassungsschutzes hat die Bundesregierung Gesetzentwürfe vorgelegt, die auf festgestellte Mängel reagieren und zur Umsetzung der Empfehlungen beitragen sollen. Ob die inzwischen verabschiedeten gesetzlichen Änderungen tatsächlich die vom Ausschuss herausgearbeiteten Fehler beseitigen und im Sinne der Empfehlungen zu einer realen Änderung führen, ist politisch umstritten, wie sich nicht zuletzt in den Anhörungen und Debatten zu den angeführten Gesetzentwürfen gezeigt hat. In der Antwort zu einer Großen Anfrage der Fraktion »Die Linke« zur Umsetzung aller 47 Empfehlungen des PUA-NSU führt die Bundesregierung die Umsetzung fast aller Empfehlungen aus.

Vor allem beim Verfassungsschutz ist nach wie vor nichts davon zu erkennen, eigenes Versagen oder schuldhaftes Handeln im Zusammenhang mit dem NSU aufklären zu wollen. Das Trauerspiel um die nach Jahren immer noch neu auftauchenden Kommunikationsmittel des V-Mannes »Corelli« ist der schlagende Beleg dafür, dass der Verfassungsschutz strukturell reformunfähig ist. Anlässlich seiner Vernehmung im NSU-Untersuchungsausschuss ließ der Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz (BfV), Hans-Georg Maaßen, dann auch die ParlamentarierInnen wissen, was er von solchen Instrumenten der parlamentarischen Kontrolle hält: nämlich nichts. Sie seien ein Sicherheitsrisiko für die Arbeit der Dienste.

Verfassungsschutz als Gewinner

Im dritten Teil der ARD-Trilogie zum NSU sagte der smarte junge Verfassungsschützer zum aufrechten Thüringer Ermittler: »Ich bin überzeugt, die Ämter werden gestärkt aus dieser Sache hervorgehen.« Aus heutiger Sicht ist eine solche retrospektive Prognose nicht schwer, aber es ist nicht unwahrscheinlich, dass auch im Winter 2011 und Frühjahr 2012 die Überzeugung im Sicherheitsapparat vorherrschte, man werde die Krise für sich zu nutzen wissen. Viereinhalb Jahre nach der Selbstenttarnung des NSU muss man feststellen, dass sich Prognose und Überzeugung bewahrheitet haben und die Sicherheitsbehörden – allen vorweg der Verfassungsschutz –, die im Zentrum der Kritik standen und stehen, deutlich gestärkt aus dem NSU-Skandal hervorgegangen sind.

Dies gilt in jedem Fall für die materielle Ebene, das heißt die Frage der finanziellen Ausstattung und der Ausweitung der Befugnisse. Beobachten lässt sich ein völliges Auseinanderfallen von öffentlichem Ansehen des Verfassungsschutzes und dem realen Einflussgewinn, insbesondere des Bundesamtes bei gleichzeitigem finanziellem und personellem Zuwachs. Nimmt man die erwähnte ARD-Trilogie oder auch die zahlreichen Dokumentationen zum NSU, Hintergrundartikel und Recherchen zum Thema, dann wird dem Verfassungsschutz in der Öffentlichkeit so ziemlich jedes Verbrechen in diesem Zusammenhang zugetraut – von der bewussten Verhinderung der Festnahme des Trios, über die Kenntnisse ihres Aufenthaltes und wahlweise auch ihrer Taten bis hin zur Liquidierung von ZeugInnen, die zur Aussage bereit sind. Die hierfür gesammelten und präsentierten Indizien, die sich bisher jedoch nicht handfest beweisen lassen, perlen freilich am Amt ohne jegliche sichtbaren Folgen ab.

Noch während des laufenden ersten NSU-Untersuchungsausschusses wurden die Weichen in Richtung Stärkung des Bundesamtes gestellt. Unverzüglich und mit einer an anderen Stellen vergeblich erhofften Schnelligkeit wurde das »Gemeinsame Abwehrzentrum Rechts« (GAR) gegründet, das dann kurze Zeit später, der Extremismuslogik folgend, zum »Gemeinsamen Extremismus- und Terrorismusabwehrzentrum« (GETZ) mutierte. Hier wird der vom Ausschuss tatsächlich angemahnte bessere und schnellere Austausch von Informationen zwischen Polizei und den Verfassungsschutzbehörden organisiert – immer unter Wahrung des Trennungsgebots, wie natürlich versichert wird.

Fehler im System

Herzstück der Veränderungen beim VS ist die Reform des Verfassungsschutzgesetzes des Bundes (Bundestagsdrucksache 18/4654), die 2015 verabschiedet wurde. Neu geregelt wird hier der Informationsaustausch im Verfassungsschutzverbund, womit dem Bundesamt die Funktion einer Zentralstelle zugebilligt wird. In den Landesämtern stieß diese Änderung auf wenig Begeisterung, will man sich hier doch nicht auf eine Zuträgerrolle für das BfV reduzieren lassen. Zentraler Punkt in der Debatte zum Gesetzentwurf waren jedoch die Regelungen für den Einsatz von verdeckten MitarbeiterInnen sowie Vertrauenspersonen (VP). Insbesondere der Einsatz letzterer – angeworbene Spitzel aus der Neonazi-Szene – hatte im Rahmen der NSU-Untersuchungsausschüsse gezeigt, dass sich das V-Leute-System in Teilen zu einer Finanzierungs- und Organisationsbasis für die extrem rechte Szene entwickelt hatte, die entweder völlig aus dem Ruder gelaufen war oder mit welcher bewusst die Szene gesteuert und

finanziert wurde. Eklatante »Auswüchse«, welche die PUA-NSU bekannt gemacht hatten, sollte das Gesetz eindämmen. So dürfen die Honorare nicht länger die Hauptfinanzierungsquelle der V-Leute darstellen, die »erlaubten« szenetypischen Straftaten fasst das Gesetz genauer und es konkretisiert die Ausschlussgründe für die Werbung von Spitzeln. »Verurteilungen wegen eines Verbrechens oder zu einer Freiheitsstrafe, deren Vollstreckung nicht zur Bewährung ausgesetzt worden« sind, sollen die Anwerbung und den Einsatz grundsätzlich ausschließen. Damit sollte auf den Fall »Piatto« (Carsten Szczepanski) reagiert werden, einem V-Mann aus dem NSU-Zusammenhang, den das Landesamt für Verfassungsschutz Brandenburg trotz schwerster Straftaten angeworben hatte. Ausnahmen sind, so wird es in der Begründung zum Gesetz formuliert, jedoch unter Abwägung der konkreten Umstände möglich und da in solchen Fällen die Behördenleitung die Entscheidung treffen kann, werden die errichteten Barrieren gleich wieder eingerissen.

Sieht man sich die aktuelle Debatte zu der Frage an, ob Uwe Mundlos und Beate Zschäpe möglicherweise zwischen 2000 und 2002 in Firmen eines damaligen V-Mannes des Bundesamtes (Ralf Marschner) beschäftigt waren, dann wird die fatale Wirkung der V-Leute deutlich. Sollte sich der Verdacht bestätigen, dann zeigt sich bestenfalls die Nutzlosigkeit des Mittels, da der V-Mann dem Amt zentrale Ereignisse eben nicht berichtete oder – schlimmer, aber nicht unwahrscheinlich – das Amt kannte durch seinen V-Mann den Fakt, wollte aber aus Gründen des Quellenschutzes keine Informationen an die Polizei weitergeben. Wie immer die Antwort ausfallen wird, die einzig richtige Schlussfolgerung aus dem NSU-Skandal wäre der sofortige Verzicht auf das Mittel VP gewesen.

Durchgreifende Veränderungen beim Verfassungsschutz hat es indes nirgends gegeben. Zwar mussten diverse Amtschefs nach dem Auffliegen des NSU ihren Hut nehmen, strukturell hat sich jedoch wenig bis nichts geändert. Selbst eine angemahnte und von Bund und Ländern 2012 beschlossene zentrale V-Leute-Datei ist erst Ende 2015 eingerichtet worden. Einzig in Thüringen wurde von der rot-rot-grünen Landesregierung der generelle Verzicht auf V-Leute erklärt, wenngleich man sich auch hier eine Hintertür (besondere Lagen) offen gelassen hat. Dennoch hat diese einschneidende Entscheidung zu einer weiteren Isolierung Thüringens im Verfassungsschutzverbund geführt, denn kein anderes Bundesland war zu einem solchen folgenreichen Schritt bereit.

Motiv Rassismus erkennen

Neben dem Verfassungsschutz war es vor allem die als strukturell rassistisch kritisierte Ermittlungsarbeit der Polizei im Rahmen der Ceska-Mordserie, die massive Änderungen nahelegte. In den Antworten der Bundesregierung auf eine Große Anfrage der Fraktion »Die Linke« nach Umsetzung der Empfehlungen des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses NSU fällt die starke Differenz zwischen Polizei (BKA und Bundespolizei) auf der einen und Verfassungsschutz und Justiz auf der anderen Seite auf. Während für den Bereich der Polizei die Thematisierung der NSU-Erfahrungen in Aus- und Fortbildung sehr detailliert aufgeführt wird, finden sich bei Verfassungsschutz und Justiz nur allgemeine Bekenntnisse.

Eine zentrale Folgerung für die in zahlreichen Fällen strukturell rassistischen Ermittlungen zog die Empfehlung Nr. 1 des Untersuchungsausschusses. Demnach soll bei Gewaltdelikten, die aufgrund der Person des Opfers einen rassistischen oder anderen politischen Grund haben könnten, dieser geprüft und der Vorgang dokumentiert werden. Lange hat es gedauert, bis die Voraussetzungen für die Umsetzung dieser Empfehlung zwischen Bund und Ländern abgestimmt und formuliert wurden. Ob sie jedoch in der Praxis die Ermittlungsarbeit der Polizei verändern, muss abgewartet werden. Die Bundesregierung legte einen Gesetzentwurf vor, mit dem es unter anderem zu einer Verschärfung von §46 StGB gekommen ist, womit eine festgestellte »rassistische, fremdenfeindliche oder sonstige menschenverachtende« Motivation einer Tat als strafverschärfend gewertet werden soll. Viele ExpertInnen verweisen darauf, dass es sich bei dieser Verschärfung vor allem um Symbolpolitik handelt. Einerseits, weil eine höhere Strafzumessung bei entsprechender Motivation auch vorher schon möglich gewesen sei und andererseits, weil nicht die Frage der Strafzumessung, sondern die Berücksichtigung und Thematisierung der rassistischen Motivation entscheidend sei. Noch immer wird diese Dimension bei zahlreichen Taten bagatellisiert oder schlicht nicht zur Kenntnis genommen.

Fazit

Auf politischer Ebene sind Schlussfolgerungen aus dem NSU gezogen worden, wenn auch teilweise nicht weitgehend genug und aus antifaschistischer Sicht häufig die falschen. Ob die im positiven Sinne veränderten Rahmenbedingungen zur rassistischen Tatmotivation tatsächlich zu einer größeren Sensibilität führen, bleibt abzuwarten. Die Reaktionen auf die Tat von München am fünften Jahrestag der Breivik-Morde waren ernüchternd: Rassistische Einstellungen des Täters, Menschen mit Migrationshintergrund als Opfer und Tatausführung am Jahrestag eines der schlimmsten extrem rechten Massaker – und dennoch war das Wort »Rechtsextremismus« als Element der Tatmotivation nur (und ausgerechnet) vom bayerischen Innenminister Joachim Hermann zu hören. Es scheint so, als falle die Politik sehr schnell hinter den selbstformulierten Anspruch beim Thema Rechtsterrorismus zurück.

Mehmet-Kubaşık-Damm

Keupstraße

5 - 6

In der Wagenburg

Der NSU, die Polizei und der schwierige Weg zu einer Fehlerkultur

von Günter Born

Der Unmut unter den Mitgliedern des NSU-Untersuchungsausschusses des nordrhein-westfälischen Landtags wuchs von Minute zu Minute. Grund für die Missstimmung war der Auftritt des pensionierten Kripo-Beamten Georg Anders. Im April 2016 sollte er vor dem Ausschuss Auskunft geben über die damaligen Ermittlungen des seinerzeit von ihm geleiteten Dortmunder Staatsschutzes im Zusammenhang mit den Morden an drei PolizistInnen durch den Neonazi Michael Berger am 14. Juni 2000. Die Zeugenbefragung durch die Ausschussmitglieder blieb jedoch überwiegend ergebnislos. Anders gab vor, sich an nichts erinnern zu können – weder an Michael Berger noch an den maßgeblich in seinem Zuständigkeitsbereich aktiven »Nationalen Widerstand Ruhrgebiet«, der die PolizistInnenmorde in zynischer Weise abfeierte. Sogar die Androhung eines Ordnungsgeldes durch den Ausschussvorsitzenden Sven Wolf vermochte es nicht, dem Gedächtnis von Georg Anders auf die Sprünge zu helfen.

Polizei und Verfassungsschutz – »Erstarrte Organisationen«?

Auch wenn der frühere Kripo-Beamte die Kooperation mit dem Untersuchungsausschuss in besonders dreister Form sabotierte, war er keineswegs der einzige Zeuge aus den Geheimdiensten und Strafverfolgungsbehörden, der auffallende »Erinnerungslücken« geltend machte und auch darüber hinaus einen verstockten und desinteressierten Eindruck hinterließ. Trotziges Beharren auf der in polizeilichen Kreisen immer noch verbreiteten Selbstsicht, bei den »Nicht«-Ermittlungen im Kontext der Verbrechen des NSU keine wesentlichen Fehler gemacht zu haben, oftmals verbunden mit einer bemerkenswerten Empathielosigkeit gegenüber den Opfern und deren Angehörigen, kennzeichnen bis heute die Auftritte der meisten GeheimdienstmitarbeiterInnen und PolizistInnen vor den diversen Untersuchungsausschüssen. Vom ständig in behördenoffiziellen und regierungsamtlichen Verlautbarungen beschworenen Aufklärungswillen konnte allenfalls in Ausnahmefällen die Rede sein. Mit Blick auf Verfassungsschutz und Polizei hat Barbara John, Ombudsfrau für die Hinterbliebenen der Opfer der NSU-Morde von »erstarrten Organisationen« gesprochen, die »von außen« kaum zu ändern seien.

Bereits kurz nach der Selbstenttarnung des NSU im November 2011 formierte sich eine »polizeiliche Wagenburg«, innerhalb derer Kritik an den vorurteilsbehafteten Ermittlungspraktiken ebenso als Anmaßung gedeutet wurde, wie die Forderungen, die Strukturen sowie die Aus- und Fortbildung der Polizei auf Sensibilität für extrem rechte und rassistische Haltungen hin grundlegend zu reformieren. Zu Wortführern dieser Verweigerungsmentalität avancierten die im DGB organisierte Gewerkschaft der Polizei (GdP) und die kleinere, weiter rechts stehende Deutsche Polizeigewerkschaft (DPolG). Deren Vorsitzender Rainer Wendt machte sich schon zu einem frühen Zeitpunkt daran, die polizeilichen Reihen zu schließen. Als im Juni 2012 der damalige BKA-Präsident Jörg Zierke einräumte: »Wir haben versagt«, echauffierte sich Wendt, dass »derart pauschale Urteile völlig abwegig« seien. Den Verdacht des »institutionellen Rassismus« geißelte er als »völlig überzogenen, gefährlichen und populistischen Unsinn«. Nicht viel anders fielen die Reaktionen der GdP aus, deren stellvertretender Bundesvorsitzender Jörg Radek vor allem die »enorme seelische Belastung« seiner KollegInnen hervorhob, die im Zusammenhang mit den NSU-Ermittlungen mit Rassismusvorwürfen konfrontiert seien.

Selbstviktimisierung statt Fehlerkultur

An dieser Haltung änderte auch der im August 2013 veröffentlichte Abschlussbericht des Bundestagsuntersuchungsausschusses wenig. Vermied der gemeinsame Bericht – im Gegensatz zu den Sondervoten von SPD, »Bündnis 90/Die Grünen« und »Die Linke« – in Bezug auf das Handeln der Polizeibehörden zwar den Begriff des »Rassismus«, kam er aber gleichwohl zu dem Schluss, dass der »Umgang mit den Opfern und ihrem Umfeld im Rahmen der Ermittlungen in vielen Fällen nicht angemessen und sachgerecht« gewesen sei. Die »Empfehlungen für den Bereich der Polizei« konstatierten einen Handlungs- und Reformbedarf in der polizeilichen Aus- und Fortbildung. Gefördert werden sollten demnach »interkulturelle Kompetenz« und eine »Arbeitskultur, die anerkennt, dass (…) selbstkritisches Denken kein Zeichen von Schwäche ist. Es müsse eine »Fehlerkultur« gefördert werden, um der »Tendenz entgegenzuwirken, dass sich Dienststellen abschotten.« Diese Empfehlungen stießen bei den Polizeigewerkschaften überwiegend auf Skepsis.

Zwar betonte vor allem die GdP die Notwendigkeit, entschieden gegen Rechtsextremismus vorzugehen, ihr Bundesvorsitzender Oliver Malchow beharrt aber bis heute darauf, dass es keinen »strukturellen Rassismus« in der Polizei gebe. Aus seiner Sicht seien derartige Vorwürfe nicht zuletzt deshalb gefährlich, da sie dazu beitragen könnten, die Autorität der Polizei in Frage zu stellen und somit »zunehmend gewaltsame Übergriffe« auf PolizistInnen zu fördern. Diese Argumentation kann als charakteristisch für die Polizeigewerkschaften insgesamt gelten. Sie setzt darauf, gleichsam einen selbstviktimisierenden »Gegendiskurs« zur Kritik an polizeilichen Strukturen und Ermittlungspraktiken im Kontext des NSU-Komplexes zu etablieren, der darauf abzielt, PolizistInnen zu Opfern ungerechtfertigter Anschuldigungen, »nachträglicher Besserwisserei« (Rainer Wendt) und nicht zuletzt einer angeblich steigenden Gewaltbereitschaft zu stilisieren. Verwunderlich ist daher kaum, dass es in den Verlautbarungen der GdP und der DPolG bis heute keine über polemische Zurückweisungen hinausgehende Auseinandersetzung mit dem »institutionellen Rassismus« der Polizeibehörden gegeben hat. Konsequenterweise werden auch teilweise schon vor der Selbstenttarnung des NSU diskutierte

Reformvorschläge von BürgerInnen- und Menschenrechtsorganisationen wie beispielsweise die Einrichtung unabhängiger Polizeibeschwerdestellen beziehungsweise Polizeibeauftragter rigoros abgelehnt. Ohnehin benötige man keinen »Nachhilfeunterricht« von amnesty international, die Polizei selbst, so lautet eine von Rainer Wendt regelmäßig kolportierten Plattitüden sei »die größte Menschenrechtsorganisation« in Deutschland. Als Ausdruck einer Fehler- und Kritikkultur lassen sich derartige Haltungen freilich nicht bezeichnen.

»Interkulturelle Kompetenz« als Leerformel

Die Polizeigewerkschaften wissen sich in diesen Punkten meist im Einklang mit den Innenministerien und den Behördenleitungen in Bund und Ländern. Von »institutionellem Rassismus« und fragwürdigen polizeilichen Praktiken wie dem »Racial Profiling« wird auch hier nicht gesprochen. Stattdessen sah die Bundesregierung die Polizei und den Verfassungsschutz bereits in einem im Februar 2014 veröffentlichten Bericht über den Umsetzungsstand der Empfehlungen des Bundestagsuntersuchungsausschusses auf einem guten Weg. Die »Schulung in komplexen und interkulturellen Kommunikationsprozessen« gehöre schon heute zum »Kernbestandteil des Berufsbildes« der Polizeibehörden des Bundes. Verwiesen wird zudem auf die verstärkte Einstellung von Menschen mit Migrationshintergrund bei den Sicherheitsbehörden. Was allerdings unter »interkultureller Kompetenz« verstanden und wie sie vermittelt werden soll, bleibt nicht nur in dem Bericht der Bundesregierung höchst unklar. Der Terminus erscheint als weitgehend inhaltsleere Floskel, die im Zweifelsfall kulturalisierende Deutungsmuster reproduziert. Der Begriff des Rassismus taucht indessen nur in Verbindung mit »Rechtsextremismus« und »politisch motivierter Kriminalität« auf.

Ansprüche und Realitäten polizeilicher Ausbildung

Die Empfehlungen des Ausschusses sowie die öffentlichen Debatten um die Aufarbeitung des NSU-Komplexes fanden noch am ehesten in den Aus- und Fortbildungseinrichtungen der Polizei in Bund und Ländern Beachtung. Hier entstanden auch einige Forschungsarbeiten, die sich beispielsweise dem Problem des »institutionellen Rassismus« zumindest annäherten. Zu nennen ist hier die August 2014 an der Fachhochschule Polizei Sachsen-Anhalt veröffentlichte Studie zum »Polizeilichen Umgang mit migrantischen Opferzeugen«, die unter anderem zu dem Schluss kommt, dass »mangelnde Sensibilität im polizeilichen Umgang mit migrantischen Opferzeugen (…) bei politischer Kriminalität nicht von der Hand zu weisen ist.«

In den verschiedenen Einrichtungen fanden und finden zudem wiederholt Diskussionsveranstaltungen zum NSU und den Folgen für die Sicherheitsbehörden statt, zu denen auch externe »polizeikritische« ReferentInnen eingeladen wurden. Die Initiativen hierfür gehen jedoch häufig von einzelnen Dozierenden aus, eine übergreifende, institutionalisierte Auseinandersetzung lässt sich kaum beobachten. Bemerkenswert ist die teilweise erhebliche Differenz zwischen den programmatisch postulierten, sich häufig an bürgerpolizeilichen Leitbildern orientierenden Ausbildungszielen und den tatsächlich vermittelten Inhalten und Haltungen, mit denen die BeamtInnen die polizeilichen Bildungseinrichtungen letztlich verlassen.

Im nordrhein-westfälischen NSU-Untersuchungsausschuss verwies Reinhard Mokros, Präsident der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung in NRW, auf die vorläufigen Erkenntnisse einer bislang unveröffentlichten Studie, der zufolge unter den künftigen PolizistInnen des bevölkerungsreichsten Bundeslandes Einstellungen im Hinblick auf einzelne Syndrome gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit im Laufe des Studiums zunehmen würden – obwohl freilich das Gegenteil intendiert sei. Offenkundig erweisen sich zum einen also die vorwiegend theoretischen Aspekte der Ausbildung im Vergleich zu deren Praxisanteilen auf den Wachen und in den Dienstgruppen – dort also, wo nach Auffassung der BeamtInnen »richtige Polizeiarbeit« stattfindet – als wenig prägend. Zum anderen attestieren KritikerInnen den Fachhochschulen der Polizei selbst Teil des Problems zu sein. Der an der Akademie der Polizei in Hamburg lehrende Soziologe Rafael Behr bezeichnet etwa die Bildungseinrichtungen als »Ausbildungsstätten für ein schnelles Funktionieren in der Praxis«.

Ernüchternde Bilanz

Der kursorische Blick auf die Konsequenzen, die die Polizei aus dem NSU-Desaster gezogen hat, muss demnach bisher ernüchternd ausfallen. Von der geforderten Fehler- und Kritikkultur scheinen die Polizeibehörden noch weit entfernt. Solange »Rassismus« nicht »Rassismus« genannt und als solcher analysiert wird, kann es aus der Polizei heraus kaum eine ernsthafte Auseinandersetzung mit den vielfach durch rassistische Bilder und Projektionen geprägten Ermittlungen im Zusammenhang mit dem NSU geben. Mehr noch: Dass sich derartige Ermittlungspraktiken fortsetzen und reproduzieren, scheint unter diesen Voraussetzungen allzu wahrscheinlich. Da helfen auch die Beschwörungen vermeintlicher »interkultureller Kompetenz« wenig. Die Polizei täte gut daran, die Wahrnehmungen und die Kritik, aber auch die vielen konstruktiven Vorschläge, die aus der Zivilgesellschaft, von BürgerInnen- und Menschenrechtsorganisationen an die Behörden herangetragen werden, ernst zu nehmen. Vereinzelte Ansätze hierzu gibt es durchaus, denn auch die Polizei ist keineswegs ein »homogener« Apparat.

chèle
ewetter

Habil Kılıç

Halit Yozgat

Enver Şimşek

Enver Şimşek

Am 9.9.2000
von Nazis ermordet.
Kein Vergeben - kein Vergessen!

Parlamentarische Aufklärung?

Über die Möglichkeiten der Aufklärung von Geheimdienst-Skandalen mit dem Instrument des Untersuchungsausschusses sprach Ernst Kovahl für »der rechte rand« mit Martina Renner, Sprecherin für antifaschistische Politik der Fraktion »Die Linke« im Bundestag und Expertin für Innenpolitik.

drr: Können Untersuchungsausschüsse (UA) Geheimdienst-Skandale aufklären?

Martina Renner: Untersuchungsausschüsse können nur Teil einer Auseinandersetzung mit den Machenschaften von Geheimdiensten sein. Ihr Erfolg ist davon abhängig, mit welcher Haltung Abgeordnete an die Aufgabe gehen. Entscheidend ist, ob sie ihre Rolle und Befugnisse ernst nehmen und kooperative Vorstellungen zur Regierungsbank ablegen. Ich spreche keinem CDU/CSU- oder SPD-Abgeordneten ein Aufklärungsinteresse ab. Aber im zweiten NSU-UA im Bundestag zeigt sich, dass die Abgeordneten der Regierungsfraktion vor allem Geheimdienste schützen wollen und deren Verantwortung für den NSU-Komplex ausblenden. Lügende ZeugInnen, verschwundene Akten und unangemessene Geheimhaltung erfordern aber entschiedene parlamentarische und juristische Antworten. Der Werkzeugkasten ist klar: Auch ein UA kann Zwangsmittel, wie Ordnungsgelder, verhängen oder eine juristische Klärung bei Missachtung seiner Rechte verlangen. Zwangsmittel sind leider nur mit Mehrheit und Klagen nur unter großer Kraftanstrengung möglich. Ohne öffentliches Interesse und Druck von Engagierten, ohne das Wechselspiel mit JournalistInnen, ohne antifaschistisches Hinterland wie im Fall der NSU-Aufklärung oder ohne Begleitung durch unabhängige Blogs funktioniert das nicht. Dann wird Ausschussarbeit zur Selbstbeschäftigung. Ich will die Rolle der parlamentarischen Aufklärung nicht klein reden. Denn dort wo es keinen Versuch zur Aufklärung gab, sehen wir die Folgen. Die Bundesrepublik ist eines der wenigen Länder, das die klandestine Nato-Stay-Behind-Struktur nicht untersucht hat. Bis heute wissen wir nicht, welche Wechselwirkung es mit rechtsterroristischen Strukturen gab. Auch dass es in Bayern keinen UA zum Oktoberfest-Attentat gab, erschwert die Klärung, welche Rolle Staatsregierung, Landeskriminalamt und Verfassungsschutz spielten. Bisher verweigern die Geheimdienste Auskunft zur Rolle von V-Leuten in der »Wehrsportgruppe Hoffmann«. Einen Versuch, das aus dem Dunkel der Geheimdienstarchive zu holen läuft zur Zeit mit einer Klage vor dem Bundesverfassungsgericht.

Die Funde mehrerer Handys des Nazi-Spitzels »Corelli« in einem Safe im »Bundesamt für Verfassungsschutz« (BfV) zeigen, dass Beweismittel zurück gehalten wurden. Wäre es im Fall des NSU sinnvoll gewesen, sofort alle Akten und Beweismittel zu beschlagnahmen?

Ja, eigentlich hätte man auch nicht auf das Einsetzen der Ausschüsse warten müssen. Als klar war, dass sich die Behörden im Zusammenhang mit der Führung von Spitzeln in den 1990er und frühen 2000er Jahren möglicherweise strafbar gemacht haben, hätte das Bundeskriminalamt (BKA) das Recht und die Pflicht gehabt, Akten, Dateien und Hinterlassenschaften von V-Leuten zu sichern. Es geht ja um Strafvereitelung, Anstiftung zu Straftaten, Geheimnisverrat, mögliche Beihilfedelikte und Unterstützung einer terroristischen Vereinigung. Spätestens seit dem Auffinden der »NSU-NSdAP-CD« bei einer Sichtung des BKA in den Räumen des Inlandsgeheimdienstes 2014 war klar, dass es offenbar Beweismittelunterdrückung gab. Passiert ist aber nichts, weil die Ermittlungsführerin die Bundesanwaltschaft ist. Sie ist seit Jahrzehnten in die V-Leute-Führung durch das BfV involviert, so dass sie nicht Teil der Lösung sein wird.

Auch ein UA hat das Recht, Akten vor Ort in Behörden beizuziehen. Aber da hapert es beim Selbstverständnis vieler Abgeordneter, die sagen: Wir sind doch kein Gericht. Aber hier wird verkannt, dass der UA genau diese Funktion hat. Beweis zu erheben zu Annahmen, dass Rechtsverstöße begangen wurden und Schaden durch Regierungshandeln entstanden ist, Verantwortliche ausmachen und Konsequenzen verlangen.

Wie wichtig sind Recherchen von Medien, Archiven, Wissenschaft oder Antifa-Initiativen für den Erfolg eines Untersuchungsausschuss?

Das ist das A und O. Was wir heute zum NSU sagen können, wäre unvollständig ohne investigative Arbeit von Außen. Die Behörden hätten von sich aus nur ein Bruchteil der um den NSU platzierten Spitzel benannt, wären die Namen nicht auf anderen Wegen bekannt geworden. Ein weiteres Beispiel: Der Dank an den NSU in der Neonazi-Zeitschrift »Der weisse Wolf« aus dem Jahr 2002 wurden nur durch das Antifa-Archiv »apabiz« bekannt. Aber ohne solches Hintergrundwissen funktioniert Aktenstudium nicht. Das gilt auch für den NSU-Prozess vor dem OLG München. Die unangenehmen Fragen an Nazi-Zeugen und V-Leute kommen von der Nebenklage und nicht vom Gericht oder dem Bundesankläger. Antifaschistische Recherche lieferte Gegenbelege zu lügenden ZeugInnen, die die Neonaziszene verharmlosten.

Fünf Jahre Enttarnung des NSU. Welches sind die größten offenen Baustellen?

Das sind viele. Unbewiesen, aber nicht unwahrscheinlich ist, dass die Geheimdienste seit Anfang der 2000er Jahre aus Spitzel-Berichten, Überwachungsmaßnahmen und Hinweisen ausländischer Dienste eine Vorstellung von der Entstehung rechtsterroristischer Strukturen, deren Bewaffnung, Ideologie und Aktionen hatten. Unsere Fragen sind klar: Was wussten die Geheimdienste durch die V-Leute bei »Blood & Honour« (B&H), in den thüringischen und sächsischen Kameradschaften und Hammerskin-Chaptern über das NSU-Kerntrio und ihre UnterstützerInnen? Gab es V-Leute oder V-Mann-Führer, die Informationen über die Bewaffnung des NSU, die Überfälle und die rassistische Mord- und Anschlagsserie hatten? Wenn ja, was ist mit dem Wissen passiert? Oder haben die V-Leute ihr Wissen wirklich verheimlicht? Ich halte es für nicht ausgeschlossen, dass es im BfV Aktenordner zum NSU gab. Vielleicht nicht unter diesem Namen, aber im Kern zu deren Organisation. Wir müssen alle Akten zu V-Leuten, die im NSU oder Umfeld waren, bekommen und Druck machen, dass vernichtete Akten rekonstruiert werden. Die Untersuchungsausschüsse müssen alle Klarnamen der Spitzel erfahren und die V-Mann-FührerInnen hochnotpeinlich befragen. Außerdem fehlen weiterhin Operativakten zu V-Leuten. Und wir kennen bis heute nicht alle Identitäten der Spitzel, deren Akten am 11. November 2011 vernichtet wurden. Welche Erkenntnisse liegen bei ausländischen Behörden und Diensten vor, die zum Beispiel aufgrund der Kontakte des NSU zum europäischen Netzwerk von B&H entstanden?

»Deren Schicksal in den Fokus rücken«

Seit November 2013 wurde die Ausstellung »Die Opfer des NSU und die Aufarbeitung der Verbrechen« bereits in über 100 bundesdeutschen Orten gezeigt. Mit Birgit Mair, die die Wanderausstellung konzipierte, sprach Margarete Schlüter von »der rechte rand« über die Hintergründe und Inhalte der Ausstellung, die Reaktionen vor Ort und die Notwendigkeit eines breiten Engagements gegen Rassismus sowie rechtes Denken und Agieren.

drr: Frau Mair, was waren Ihre Beweggründe, in erster Linie eine Ausstellung zu den Opfern des NSU zu machen und nicht zu den TäterInnen und UnterstützerInnen?
Birgit Mair: In der Presseberichterstattung nach dem Auffliegen des NSU war erstaunlich wenig über die Opfer zu lesen. Das bewog mich, deren Schicksal und Sichtweise in den Fokus zu rücken.

Wie kam der Kontakt mit den Angehörigen der Opfer zustande und wie konnten diese sich in die inhaltliche und bildliche Gestaltung der Ausstellung einbringen?
Mein ursprüngliches Ziel, die Angehörigen zu filmen und direkt zu interviewen, konnte ich nicht umsetzen, da viele Angehörige und Überlebende zum Zeitpunkt der Erstellung der Ausstellung dazu noch nicht bereit waren. Wohl aber haben sie in den Fotoalben gestöbert und mir bis dato unveröffentlichte private Fotos ihrer Liebsten zur Verfügung gestellt. Auch die Kurzbiografien der Ermordeten wurden in Zusammenarbeit mit den Angehörigen erstellt. Der Kontakt kam damals über die Nebenklage-Anwälte zustande.

In der Ausstellung beleuchten Sie auch die Geschichte des NSU, die Einblick in die neonazistische Szene der 1990er Jahre gibt. Darüber hinaus wird eine Auseinandersetzung mit der politischen, polizeilichen und gesellschaftlichen Aufarbeitung der Verbrechen des NSU gezeigt. Wie bedeutsam ist diese für die Angehörigen der Opfer des NSU?
Die Angehörigen möchten wissen, warum ihre Ehemänner, ihre Väter, ihre Kinder sterben mussten, wie die Opfer ausspioniert und »ausgewählt« wurden. Weiter möchten viele wissen, warum es den Behörden über 13 Jahre lang nicht gelang, die TäterInnen zu fassen. Einigen wird schmerzlich bewusst, dass ein relevanter Teil des NSU-Netzwerkes nach wie vor frei herumläuft und wohl gerichtlich nicht belangt werden wird. Der Vater von Halit Yozgat bezichtigt den Verfassungsschutz-Mitarbeiter, der zur Tatzeit am Kasseler Tatort war, ein Lügner zu sein. Dass sich mehr als drei Dutzend V-Leute der Verfassungsschutzbehörden im Umfeld des NSU tummelten, fördert nicht gerade das Vertrauen in die staatlichen Instanzen.

In den letzten zweieinhalb Jahren war die Ausstellung in vielen Orten der Bundesrepublik Deutschland zu sehen. Welche Institutionen oder Vereine buchen die Ausstellung?
Seit November 2013 war die Ausstellung bundesweit in mehr als 100 Einrichtungen zu sehen. Die Ausstellungsorte sind ein interessanter Mix aus Schulen, Landratsämtern, Rathäusern, Gewerkschaftshäusern, Landtagsgebäuden, freien Bildungseinrichtungen, KZ-Gedenkstätten, einer Moschee bis hin zu einem Einkaufszentrum in Magdeburg.

Wie waren die Reaktionen vor Ort? Wurde die Ausstellung angenommen? Traf sie auf Ablehnung?
Die Reaktionen waren zum allergrößten Teil positiv. Häufig gelobt wurden die im sachlichen Stil verfassten Biografien der Ermordeten. Häufig beobachtete ich, dass bereits vor dem offiziellen Eröffnungstermin Menschen schon an den Tafeln ‹klebten› – sie werden von den Gesichtern der Ermordeten regelrecht angezogen.
Auf Ablehnung traf die Ausstellung – wie nicht anders zu erwarten – in der Neonazi-Szene. Im Rostocker Rathaus wurde während meines Vortrags ein Stein gegen das Rathausfenster geschleudert. In Berlin-Buch bauten sich Neonazis vor dem Veranstaltungsort auf, in Aschersleben wurden mit Rotstift der Satz »Es lebe die NSU« sowie ein Hakenkreuz an den Ausstellungsplanen angebracht. Letzteres geschah in einer Polizeihochschule.

Sie stellen neben einem Eröffnungsvortrag auch begleitende Bildungsangebote zur Verfügung. Unter anderem werden SchülerInnen zu SchülerInnencoaches ausgebildet, um selbstständig durch die Ausstellung zu führen. Inwieweit ist der NSU bei diesen bekannt und welche Fragen bewegen die Jugendlichen?
Dass hinter dem Kürzel NSU Neonazis stecken, ist der jungen Generation fünf Jahre nach Aufdeckung bekannt. In der Diskussion fallen immer noch Schlagworte wie »Dönermorde« – da sind wir dann schon mitten im Thema. Die jungen Menschen können es häufig kaum fassen, dass über einen so langen Zeitraum hinweg gegen die Überlebenden der Bombenanschläge und gegen die Ermordeten selbst und deren soziales Umfeld ermittelt wurde.

Mit Ihrer Ausstellung tragen Sie zur Sensibilisierung für Rassismus und rechtes Denken und Handeln bei. Wie Sie aufgezeigt haben, ist Rassismus ein gesellschaftliches Problem, das sich auch in Institutionen wie der Polizei wiederfindet. Was braucht es Ihrer Meinung nach, um dem nachhaltig begegnen zu können?
Viele Menschen in Deutschland – aber auch in anderen Ländern – neigen dazu, für die sich verschlechternden sozialen Bedingungen Gruppen von Menschen verantwortlich zu machen, die nicht die VerursacherInnen dieser Probleme sind. Im Moment werden Muslime und Geflüchtete zu Sündenböcken gestempelt. Insofern ist die »Sensibilisierung für Rassismus und rechtes Denken und Handeln« durch diesen wichtigen Aspekt zu ergänzen. Und, last but not least: Bildungsarbeit wird vervollständigt durch antirassistische und antifaschistische Politik. Ohne fortschrittliche Protestbewegungen, die öffentlichen Druck erzeugen, verändert sich nichts, weder in den Institutionen noch in den Individuen.

Vielen Dank für das Gespräch und weiterhin viel Erfolg mit Ihrer Arbeit.

Weitere Informationen zur Ausstellung: www.opfer-des-nsu.de


İsmail Yaşar
Am 9.6.2005
von Nazis ermordet.
- kein Vergessen!
İSMAIL YAŞAR

Rechter Terror in Europa

Bei der nun seit fünf Jahren andauernden Aufarbeitung des »Nationalsozialistischen Untergrunds« gerät bei Etlichen aus dem Fokus, dass rechter Terror weder ein neues Phänomen noch eines ist, das an der Landesgrenze halt macht.

Großbritannien

von David Williams

Die britische extrem rechte Szene bedient sich einer gewalttätigen Rhetorik. Aber trotz all der »harten Diskussionen« über »bevorstehende Rassen-Kriege« gibt es derzeit keine rechtsgerichteten Terrorgruppen in Großbritannien. Ohne kohärente Strukturen ist die terroristische Bedrohung durch Rechte eher das Werk von »Solo Actors« – ein passenderer Begriff als »Lone Wolf«, den rechtsgerichtete TerroristInnen benutzen, um ihre eigenen Handlungen zu mystifizieren.

Bis zum Mord an der »Labour«-Abgeordneten Jo Cox im Juni durch Thomas Mair, einen Mann mit alten Verbindungen zur extremen Rechten, hatte Großbritannien lange Zeit das Glück, keine wesentlichen Attentate durch Rechtsterrorismus erleben zu müssen. Der letzte Bombenanschlag wurde im April 1999 vom ehemaligen »British National Party«-Aktivisten David Copeland begangen. In London detonierten drei Nagelbomben und töteten drei Menschen, über 140 wurden zum Teil schwer verletzt. Ziel seiner Sprengsätze waren Menschen nicht-weißer Hautfarbe und die schwul/lesbische Szene. Die Behörden haben seitdem die meisten Terrorpläne im Vorfeld vereiteln können. Im Jahr 2011 kamen 17 extrem Rechte wegen terroristischer Straftaten in Haft, im Folgejahr waren es 14. Für die letzten Jahre wurden keine eindeutigen Zahlen veröffentlicht.

Beispielhaft ist der Fall von Ian und Nicky Davison, Vater und Sohn, die wegen der Herstellung von Sprengstoff im Jahr 2010 zu Gefängnisstrafen verurteilt wurden. Häufig jedoch sind diese Möchtegern-Terroristen ebenso eine Gefahr für sich wie auch für andere. 2014 verlor ein Teenager, der mit anti-muslimischen Gruppen sympathisierte, beide Hände beim Versuch zu Hause eine Bombe zu bauen. Eine Ausnahme war Pavlo Lapshyn, ein ukrainischer Student, der nur fünf Tage nach seiner Ankunft in Großbritannien einen älteren muslimischen Mann ermordete und dann eine Serie von kleinen Bomben an mehreren Moscheen in den West Midlands detonieren ließ.

Das 2011 von Anders Breivik in Norwegen verübte Massaker veranlasste die britische Regierung, die Schlagkraft der »National Domestic Extremism Unit« – die Polizeieinheit, welche die extreme Rechte überwacht – zu ‹verbessern›. Der Anti-Terror-Strategie der Regierung unter dem Namen »Prevent« wird häufig vorgeworfen ‹auf dem rechten Auge blind› zu sein und sich zu sehr auf dschihadistischen Terrorismus zu konzentrieren, da »Prevent« extrem rechten Terrorismus als »viel weniger verbreitet, systematisch oder organisiert« betrachtet.

Die aktuelle Ausrichtung von »Prevent« rückte die »anhaltende Bedrohung für unsere Sicherheit durch die extreme Rechte« stärker in den Vordergrund. Zum Beispiel durch das »Channel«-Programm, das Unterstützung und Hilfe für Personen bietet, die »anfällig« für gewalttätigen »Extremismus« sind.

Das 2007 eingeführte Programm macht es möglich, die Bedrohung durch die extreme Rechte zu beziffern. Auf nationaler Ebene wurden von der Einführung bis zum 31. März 2013 insgesamt 2.653 Fälle behandelt. Extrem Rechte machten 14 Prozent der Fälle aus, islamistisch inspirierter Extremismus 70 Prozent. Auf regionaler Ebene verschieben sich die Relationen: in Yorkshire machten extrem Rechte die Hälfte und in den East Midlands 30 Prozent der Fälle aus. Das gibt Anlass zur Besorgnis.

Dänemark

von Anne Jessen

Eine aktive, auf Gewalt fokussierte extrem rechte Szene gibt es in Dänemark schon seit Jahren nicht. Kleinere Gruppen wie die »Danish Defence League« und »Danmarks Nationale Front« hatten in den letzten Monaten im Rahmen von PEGIDA-Aufmärschen Auftritte in der Öffentlichkeit. Dabei treffen sich monatlich zwischen 25 und 40 TeilnehmerInnen und laufen, die dänische Fahne schwenkend, durch das Zentrum Kopenhagens. Ihre islam- und fremdenfeindlichen Slogans entsprechen denen der »Dänischen Volkspartei« und neuer rechter Parteien wie »Die Partei der Dänen« vom ehemaligen Mitglied der »Dänischen Nationalsozialistischen Bewegung« (DNSB), Daniel Carlsen, und der sogenannten »Neuen Konservativen«, einer Splittergruppe der konservativen Partei.

Anfang der 1990er Jahre war die Szene gewaltaffiner. Ausländerfeindliche Gruppen schickten Drohbriefe an linke und antirassistische Gruppen sowie an Geschäfte von MigrantInnen und Moscheen. Ähnlich wie im benachbarten Deutschland fanden viele Brandanschläge und andere Überfälle statt. Die Angriffe erreichten am 16. März 1992 ihren Höhepunkt. Im Büro der »Internationalen Sozialisten« explodierte eine Briefbombe. Ein 29-jähriger politischer Aktivist und Antirassist wurde getötet. Das Bombenattentat war der erste politische Mord in Dänemark seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs. Die Untersuchungen der Polizei waren äußerst mangelhaft, und bis heute wurde der Mord nicht aufgeklärt. Es herrscht jedoch kein Zweifel daran, dass die TäterInnen aus der extrem rechten Szene kamen.

Ende der 1990er Jahre orientierten sich die Gruppen und Personen in und um »Blood & Honour« (B&H) und »Combat 18« (C 18) am Konzept des »führerlosen Widerstandes« wie es der US-amerikanische Neonazi William Pierce in seinen »Turner Diaries« entworfen hatte. Konzepte wie ‹leaderless resistance›, ‹weißer arischer Widerstand› und ‹Rassenkrieg› waren Drehpunkte in ihrem militanten und gewalttätigen Aktivismus.

Mitte Januar 1997 wurden schließlich sieben dänische Neonazis – darunter auch DNSB-Mitglieder und drei führende Personen von B&H und C18 – in der Nähe von Kopenhagen verhaftet. Gleichzeitig wurden bei Malmö im benachbarten Schweden drei unfertige Briefbomben sichergestellt. Die Briefbomben waren an britische Adressaten gerichtet. Bei anschließenden Hausdurchsuchungen in Dänemark wurden Zünder, Sprengstoff und ein Revolver beschlagnahmt. »Blood & Honour« und »Combat 18« waren ein Teil der dänischen Neonazi-Szene, die sehr enge Kontakte zu schwedischen und deutschen gewaltbereiten Neonazigruppen hatte. Viele Jahre wurden über Dänemark verbotene RechtsRock-CDs und Nazimaterial nach Deutschland verschickt. Dabei spielte der 2001 verstorbene deutsche Staatsbürger Marcel Schilf eine wichtige Rolle im Aufbau der Neonazi-Szene in Dänemark. Er wohnte in Dänemark und organisierte gemeinsam mit der DNSB mehrere sogenannte Hess-Märsche mit internationaler Beteiligung in Dänemark. 1994 wurde Marcel Schilf wegen Besitzes von Sprengstoff verurteilt. In den Jahren 1997 und 1998 wurden mehrere deutsche Musikvideos von B&H produziert, die sogenannten »Kriegsberichter«, auf denen unter anderem gegen namentlich genannte und abgebildete dänische AntifaschistInnen Todesdrohungen ausgesprochen wurden.

Österreich

von Toni Brandes

Der Kampf um Südtirol war für den Burschenschafter (»Burschenschaft Olympia«, 1961 verboten) und Vorsitzenden der »Nationaldemokratischen Partei« (NDP, 1988 verboten) Norbert Burger eine Möglichkeit seinen großdeutschen Wahn auszuleben. Nach der Inhaftierung der Gründer des 1959 etablierten »Befreiungsausschuß Südtirol« (BAS) dominierten Burger und seine Neonazis. In den Jahren zwischen 1962 und 1967 fielen über 30 Menschen dem Terror zum Opfer; PassantInnen, italienische Beamte und BAS-Mitglieder. Ernste Konsequenzen hatte Burger in Österreich nicht zu befürchten. In Italien zu lebenslanger Haft verurteilt, wurde Burger 1968 in Wien zu acht Monaten Gefängnis verurteilt. Die Schatten, die der 1992 verstorbene rechte Terrorist wirft, reichen bis in die Gegenwart. Der heutige Bundesparteiobmann der »Freiheitlichen Partei Österreichs«, Heinz-Christian Strache, war Anfang der 1990er Jahre mit der Tochter von Norbert Burger liiert. Dadurch öffnete sich für das junge FPÖ-Mitglied das Tor zur neonazistischen Szene. Zeltlager, Wehrübungen, Veranstaltungen: HC Strache war dabei. Von den Neonazis distanzierte er sich später. Norbert Burger hingegen war für ihn ein »Vaterersatz«.

Während es im benachbarten Deutschland in den 1970er und 1980er Jahren Wehrsportgruppen und -übungen gab, Neonazis Morde begingen und Banken überfielen, war es in Österreich vergleichsweise ruhig. Dennoch gab es Verbindungen zu den »deutschen Kameraden«, so tauchte der in Deutschland verurteilte Ekkehard Weil in Österreich unter und wurde nach einem Hinweis von Norbert Burger gefasst, verurteilt und 1987 nach Deutschland ausgeliefert. In den 1980er Jahren gab es einige Banküberfälle und nicht aufgeklärte Anschläge auf BürgerInnen jüdischen Glaubens.

Die Ruhe in der scheinbar heilen Welt der Alpenrepublik wurde am 3. Dezember 1993 erschüttert. Zwei Briefbomben bildeten den Auftakt einer Serie, die bis 1996 dauerte. Opfer waren Menschen, die sich direkt oder indirekt für die Belange von Minderheiten und MigrantInnen engagierten. Zahlreiche Opfer wurden schwer verletzt oder verstümmelt. In Bekennerschreiben übernahm die »Bajuwarische Befreiungsarmee« die Verantwortung für die Anschläge; auch für den folgenschwersten Anschlag in der Nacht auf den 5. Februar 1995: Bei einer Roma-Siedlung in Oberwart explodierte eine Sprengfalle und riss vier junge Männer in den Tod.

Am 1. Oktober 1997 enttarnte sich der damals 48-jährige Franz Fuchs selbst, als er eine Rohrbombe detonieren ließ und dabei beide Unterarme verlor. Im anschließenden Prozess wurde er 1999 zu lebenslanger Haft verurteilt und beging im Februar 2000 in seiner Zelle Selbstmord. Der Prozess wurde von der Frage nach dem Motiv von Fuchs und möglichen MittäterInnen dominiert. Die Einweisung in eine »Anstalt für geistig abnorme Rechtsbrecher« negierte die extrem rechte Gesinnung des Täters, die er in seinen Bekennerschreiben und vor Gericht zur Genüge präsentierte. Auch legte sich das Gericht früh auf die These »Einzeltäter« fest. Mit beiden Ansichten befand sich das offizielle Österreich in Gesellschaft des damals gängigen Umgangs mit rechtem Terrorismus.

Frankreich

von Bernard Schmid

Nahezu zeitgleich zum Beginn des Münchener NSU-Prozesses – über dessen Hintergründe ausführlich berichtet wurde – gab es eine Debatte um extrem rechte Gewalt rund um den Tod von Clément Méric. Er wurde am 5. Juni 2013 im Alter von 18 Jahren durch einen zwei Jahre älteren Skinhead, Esteban Morillo, erschlagen. Der Täter stand mit der neofaschistischen Kleingruppe unter Führung von Serge Ayoub, »Troisième Voie« (»Dritter Weg«), sowie deren schlagendem Arm – den »Jeunesses Nationalistes Révolutionnaires« (JNR), also der »revolutionär-nationalistischen Jugend« – in enger Verbindung. Im Juni und Juli 2013 wurden daraufhin ein halbes Dutzend extrem rechte, gewaltorientierte außerparlamentarische Gruppierungen verboten. Zu ihnen zählten »Troisième Voie« und die JNR, aber auch Gruppen, die mit dem Tod von Clément Méric in direkter Weise nichts zu tun hatten, jedoch als gewaltaffin bis offen gewalttätig galten wie die »Jeunesses nationalistes« (JN, »Nationalistische Jugend«) unter Alexandre Gabriac. Seit dem Sommer 2013 hat die Mehrheit der betroffenen Gruppierungen aufgehört zu existieren. Die JN sowie ihre vormalige Dachorganisation, »L'Oeuvre française« unter Yvan Benedetti, setzen freilich unter dem Publikationsnamen »Jeune Nation« (»Junge Nation«) eine Reihe von Aktivitäten fort. Andere Strukturen sind real verschwunden. Serge Ayoub widmet sich seit Anfang 2015 dem Versuch, über einen Motorradclub seine Ideologie zu verbreiten. Rechte Straßengewalt oder gar Rechtsterrorismus ist innerhalb Frankreichs seitdem faktisch kein Thema mehr. Vorläufig scheinen die Verbote eine Lösung geschaffen zu haben. Die extreme Rechte konzentriert sich derweil auf ihre Strukturierung sowie auf das Vorbereiten von Wahlen, ihre Gewalttendenzen hat sie derzeit weitgehend unter Kontrolle.

Weiterlesen ...!

Bücher zu NSU, rechtem Terror und dem Verfassungsschutzskandal

von Timo Schenker

Seit dem Auffliegen des »Nationalsozialistischen Untergrundes« (NSU) im November 2011 sind eine Reihe von Büchern zum Thema erschienen. Die Vielzahl zeigt die Breite unterschiedlicher Interessen und Zugänge zum Komplex NSU: Bisher wenige wissenschaftliche Arbeiten, ein Stapel journalistischer und antifaschistischer Recherchen zwischen Buchdeckeln, kaum etwas aus Sicht der Opfer sowie einige rechte und verschwörungstheoretische Ansätze. Die für Sachbücher vergleichsweise hohen Auflagen einiger Titel belegen dabei das öffentliche Interesse am Thema. Auf die rechten und verschwörungstheoretischen Publikationen soll hier nicht eingegangen werden, diese Sparte muss eigenständig betrachtet werden.

»Heimatschutz«

Das Standardwerk zum Thema NSU ist und bleibt der dickleibige Wälzer *Heimatschutz. Der Staat und die Mordserie des NSU* (2014, Pantheon Verlag) der beiden Journalisten Stefan Aust und Dirk Laabs. Auf fast 900 Seiten schreiben sie detailverliebt die Geschichte des NSU – von seinen Anfängen im Jenaer Plattenbau in den frühen 1990er Jahren, den rassistischen Pogromen der damaligen Zeit über die Morde und Anschläge des NSU bis zum tödlichen Ende in einem Campingmobil in Eisenach im November 2011. Sie weisen auf unzählige Ungereimtheiten in dem Fall und die relevanten offenen Fragen hin, beschreiben kenntnisreich die Neonazi-Szene und ihre HelferInnen, zeigen Pannen der Behörden auf und analysieren schonungslos das fatale Spitzel-System der Verfassungsschutzämter, das als intransparente und verselbständigte Parallelgesellschaft beschrieben wird. Die beiden Journalisten haben wahrscheinlich fast alle greifbaren Akten, Berichte und Protokolle gelesen und mit unzähligen Beteiligten gesprochen. Ein Makel dieser Fleißarbeit ist allerdings das Fehlen eines mit Seitenzahlen untersetzten Registers.

»Nicht nur der NSU«

Eine kompetente Einführung ins Thema Rechtsterrorismus bietet Fabian Virchow. In dem Buch *Nicht nur der NSU. Eine kleine Geschichte des Rechtsterrorismus in Deutschland* (2016, Landeszentrale für politische Bildung Thüringen) beschreibt der Politikwissenschaftler rechte Terrorgruppen seit den Gründungsjahren der Bundesrepublik, Konzepte wie »führerloser Widerstand« und die Entstehungsbedingungen rechter Terrorgruppen. Einen kritischen Blick wirft Virchow auf die Praxis der Verfassungsschutzämter und das Versagen von Behörden und Politik, die zu einer »Kultur weitgehender Straflosigkeit« gegenüber rechten Taten geführt hätten.

»... in bester Gesellschaft«

Auf den Umgang der Gesellschaft mit dem NSU, seinen Taten und den deutschen Rassismus blicken die AutorInnen des Sammelbandes *Der NSU in bester Gesellschaft. Zwischen Neonazismus, Rassismus und Staat* (2015, Unrast), herausgegeben von Sebastian Friedrich, Regina Wamper und Jens Zimmermann. Das Agieren der »hegemonialen Medien« und der Ermittlungsbehörden, struktureller Rassismus, die Sicht der extremen Rechten auf den NSU und das Erinnern an die Opfer sind einige Themen, die sachkundig erörtert werden. Für eine vertiefende Beschäftigung ein unerlässliches Buch mit interessanten Reflexionen über den NSU und die bundesdeutsche Gesellschaft.

»Das Unwort erklärt die Untat«

Wie Medien über die Morde und Anschläge des NSU berichteten, bevor diese der rechten Terrorgruppe zugeordnet werden konnten, zeichnet die Studie *Das Wort erklärt die Untat. Die Berichterstattung über die NSU-Morde – eine Medienkritik* (2015, Otto Brenner Stiftung) nach. Elke Grittmann, Tanja Thomas und Fabian Virchow belegen das Versagen der Medien, die konsequent falsche Verdächtigungen und falsche Ermittlungsansätze der Polizei wiedergaben und so rassistische Klischees mitbedienten. Vermutungen über Neonazis als Täter oder rassistische Motive der Taten wurden in den Redaktionen offenbar nie erwogen und teils sogar unterdrückt. Es sei ein »strukturelles Merkmal« deutscher Medien, dass MigrantInnen als »Bedrohung« gesehen würden, resümieren die AutorInnen.

Terror, Nazi-Netzwerke, rassistische Gewalt

Seit 2012 erschien eine Reihe journalistischer und antifaschistischer Recherchen und Reportagen zum Neonazismus, zu rechter Gewalt und zum NSU – darunter auch wenig fundierte Schnellschüsse. Empfehlenswert sind aus dieser Sparte mindestens neun Bücher, die Hintergrundmaterial zur Neonazi-Szene seit den 1990er Jahren und zum Entstehen des NSU, zu rechter Gewalt und Terrorplanungen, zu den damaligen Zuständen in Gesellschaft, Politik, Behörden und zum Verfassungsschutz bieten. Andrea Röpke und Andreas Speit: *Blut und Ehre: Geschichte und Gegenwart rechter Gewalt in Deutschland* (2013, Ch. Links Verlag) / Maik Baumgärtner und Marcus Böttcher: *Das Zwickauer Terror Trio. Ereignisse, Szene, Hintergründe* (2012, Das Neue Berlin) / Andreas Förster (Hrsg.): *Geheimsache NSU: Zehn Morde, von Aufklärung keine Spur* (2014, Klöpfer & Meyer) / John Goetz und Christian Fuchs: *Die Zelle. Rechter Terror in Deutschland* (2012, Rowohlt) / Hajo Funke: *Staatsaffäre NSU. Eine offene Untersuchung* (2015, Kontur Verlag) / Johannes Radke und Toralf Staud: *Neue Nazis. Jenseits der NPD: Populisten, Autonome Nationalisten und der Terror von rechts* (2012, Kiepenheuer und Witsch) / Bodo Ramelow (Hrsg.): *Made in Thüringen? Nazi-Terror und Verfassungsschutz-Skandal* (2012, VSA Verlag) / Bodo Ramelow (Hrsg.): *Schreddern, Spitzeln, Staatsversagen. Wie rechter Terror, Behördenkumpanei und Rassismus aus der Mitte zusammengehen* (2013, VSA Verlag) / Olaf Sundermeyer: *Rechter Terror in Deutschland. Eine Geschichte der Gewalt* (2012, C.H. Beck).

Die Stimmen der Opfer

Die Stimmen der Opfer und ihrer Angehörigen blieben auch im Fall des NSU oft ungehört. In ihrem Buch *Schmerzliche Heimat: Deutschland und der Mord an meinem Vater* (2013, Rowohlt) beschreibt Semiya Şimşek, Tochter des 2000 in Nürnberg ermordeten Enver Şimşek, eindrücklich den Mord an ihrem Vater, die völlig unbegründeten Verdächtigungen und Ermittlungen der Polizei gegen ihre Familie und die Auswirkungen der Tat auf ihr Leben in Deutschland und das tief erschütterte Vertrauen in Staat und Gesellschaft. Auch die »Ombudsfrau der Bundesregierung für die Hinterbliebenen der Opfer der NSU-Morde«, Barbara John, stellt in ihrem Buch *Unsere Wunden kann die Zeit nicht heilen. Was der NSU-Terror für die Opfer und Angehörigen bedeutet* (Herder Verlag, 2014) das Leben der Opfer des NSU in den Mittelpunkt. Zwölf Angehörige von NSU-Mordopfern und eine Betroffene des Kölner Sprengstoff-Anschlags kommen mit ihrer Sicht auf die rassistische Mord- und Anschlagsserie des NSU zu Wort. Sie schildern, wie dramatisch sich nach den Taten die haltlosen Verdächtigungen gegen die Opfer und ihre Angehörigen auf ihre Leben auswirkten und die Polizei systematisch Hinweise auf rassistische Motive zurückwies.



Anzeige

Das Magazin von und für AntifaschistInnen im Abo direkt nach Hause!

Hiermit abonniere ich »der rechte rand« – Magazin von und für AntifaschistInnen bis auf Widerruf.

Name _______________________________ E-Mail-Adresse _________________________

Anschrift ____

Ab der Ausgabe __________ möchte ich für 6 Ausgaben ein

_____ Inlandsabo für 21,- Euro

_____ Soli Inland für 25,- Euro

_____ Super Soli für 50,- Euro

_____ Auslandsabo für 35,- Euro bestellen.

Nach Lieferung der 6. Ausgabe läuft das Abo – wenn es nicht gekündigt wird – weiter. Wir verschicken frühzeitig eine Email als Zahlungsaufforderung. Rechnungen schicken wir aus Kosten- und Verwaltungsgründen nur, wenn ausdrücklich gewünscht. Für alle Bestellungen gilt Vorkasse, d. h. das Abo wird erst nach Eingang der Abozahlung eingerichtet. Eine gültige Email-Adresse muss angegeben werden. Änderungen der Anschrift oder der Email-Adresse sind bitte umgehend mitzuteilen.

☐ Ich bin einverstanden mit den hier genannten Bedingungen und habe das Geld überwiesen. Bildung & Publizistik - Sparkasse Hannover, Konto: 910222045, BLZ: 25050180

☐ Ich weiß, dass ich die Abo-Bestellung innerhalb von 7 Tagen schriftlich widerrufen kann.

Datum ____________ Name ______________________________

Dieses Formular ist nur mit vollständigem Namen, Adresse (inkl. Email-Adresse) und Bezahlung gültig. Diese Abo-Bestellung bitte an abo@der-rechte-rand.de schicken oder an die Redaktionsadresse.

Photos

Mark Mühlhaus / attenzione (Seiten 3, 8)
drr-Archiv (Seiten 6, 13,)
Initiative Mord verjährt nicht! (Seite 16)
a.i.d.a. e. V. München (Seite 19)
JG-Stadtmitte Jena (Seite 20)
Roland Geisheimer / attenzione (Seite 24)
Nürnberger Bündnis Nazistopp (Seiten 40, 43)

Impressum

V.i.S.d.P.: Alexander Hoffmann
der rechte rand
Rolandstr. 16, 30161 Hannover
redaktion@der-rechte-rand.de

Aboverwaltung:
abo@der-rechte-rand.de
www.der-rechte-rand.de

Druck: berger + herrmann gmbh,
berger@interdruck.net
Erscheinungsweise: 6x im Jahr

Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht immer die Meinung der Redaktion wieder.

